

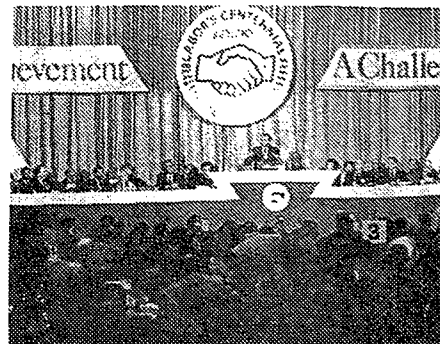
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



19. Dezember 1981
Jg. 2 Nr. 26

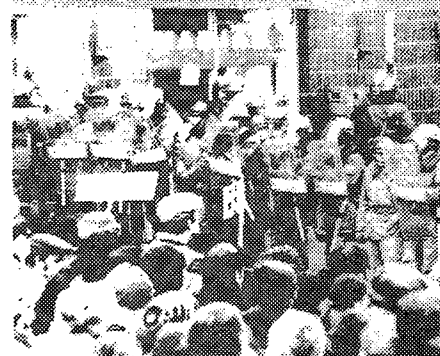
G 7756 D Preis:
2 DM



US-Arbeiterbewegung: Wachsender Widerstand gegen das Lohnraub-, Plünderungs- und Kriegsprogramm der Reagan-Regierung Seite 3



Lohnbewegung 81/82: Die IG Metall hat ihre Forderungen erhoben Seite 10



Polen: Staatsrat verhängt Kriegsstatus – katholische Kirche gibt den Segen Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

US-Arbeiterbewegung: Wachsender Widerstand gegen das Lohnraub-, Plünderungs- und Kriegsprogramm der Reagan-Regierung	Seite 3	Lage der ausländischen Schüler an Westberliner Schulen	Seite 22
Organisationen und Forderungen der amerikanischen Indianer	Seite 4	Nordrhein-Westfalen: Einsparungen bei Schülerfahrtkosten	Seite 23
US-Karibikpolitik: Ob Bananen oder Mikrochips – Marineinfanterie gehört immer dazu	Seite 5	IGM Bayern: Bayernmonat fällt	Seite 23
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6	Jugendhilfe: Aus Jugendheim wird Jugendgefängnis ...	Seite 24
Landwirtschaft: Wird den kleinen Bauern endgültig der Garaus gemacht?	Seite 7	„Volksmiliz“-Prozeß: Einstellung, aber 3 000 DM Bußgeld	Seite 24
Bundestag: Scheinheilige Initiative zur „Abrüstung“ ...	Seite 7	Schüler und Studenten: Streiks und Aktionen vom 7. bis 11.12. gegen die Sparbeschlüsse	Seite 25
Arbeitslosenversicherung: Kapitalisten: Arbeitslosengeld runter! Besser: Almosen unabhängig vom Lohn! ..	Seite 8	Forderungen der studentischen Organe während der Streikwoche	Seite 26
Niederlande: Regierungsprogramm für weitere Lohnsenkung	Seite 9	Stichwort: Ausbildungsförderung	Seite 27
Öffentliche Dienste: ÖTV gegen Baums Notverordnungs politik	Seite 9	Internationale Nachrichten	Seite 28
Lohnbewegung 81/82: Die IG Metall hat ihre Forderungen erhoben	Seite 10	Polen: Staatsrat verhängt Kriegszustand, katholische Kirche gibt den Segen	Seite 29
EKD-Kirchen: Halten DDR-Kirchen aus, stiften Unruhe	Seite 11	Indien: Eintägiger Generalstreik am 19. Januar	Seite 29
BRD—DDR: Der Kanzler auf Erpressungsreise	Seite 12	VR China: Getreideernte gut, Krise in der Schwerindustrie	Seite 30
Militarismus: Frieden durch Wehrkraft! Regierung und Opposition Hand in Hand beim Ausbau der „wehrhaften Demokratie“	Seite 13	Österreich: Kostendämpfung — „Freizeit macht krank“	Seite 30
Innere Führung, innere Ordnung, Auftragstaktik	Seite 16	Irland: Britische Umarmungsversuche	Seite 31
Ausbildung ausländischer Offiziere: lauter Interventionsmöglichkeiten!	Seite 17	Brasilien: Streiks der Automobilarbeiter	Seite 31
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18	Jugoslawien: Kampf um die Verfügung über die Produktion	Seite 32
Schwarzwald-Baar-Heuberg: Sanierungskonkurse und Massenentlassungen in der Metallindustrie	Seite 19	Aus den Beschlüssen des III. Selbstverwalterkongresses	Seite 33
Gesundheits-„sicherstellung“: Dienstverpflichtung im Gesundheitswesen	Seite 19	Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Schwerbehindertentagung Bad.-Württ.: „Neueinstellung eines Schwerbehinderten — derzeit wie ein 6er im Lotto“	Seite 20	Löwe der Wüste: Guter Film über den libyschen Befreiungskampf und seinen Führer Omar El-Mukhtar	Seite 34
Stadtverwaltung: 255 Stellen gestrichen — aber Aufgaben gestiegen	Seite 21	„Zombies“ — der Mensch wird zur Bestie	Seite 34
Wasserversorgung: Bayerischer Bauernverband gegen Anschlußzwang	Seite 21	Moewig verherrlicht Karriereritter Rommel	Seite 34
Westberlin: Ausländer — die „Juden“ von morgen? CDU-Senat betreibt Massendeportation	Seite 22	Tanzanisches Dorf gegen Kolonialherrsinn	Seite 35
		MAK-Werte: Wem bieten sie Schutz? Kapitalisten oder Arbeitern?	Seite 35
		Polnische Kirche: Bischöfe entwickeln Überlebenstaktik für das Christentum	Seite 36
		Kulturpolitik des DGB: Über 100 Kulturinitiativen für eine Kunst gegen die Reaktion	Seite 37
		Lohnskalabelegung in den Unterbranchen der Metallindustrie	Seite 38

Mitteilung: Wegen steigender Herstellungs- und Vertriebskosten müssen wir den Preis der POLITISCHEN BERICHTE ab der nächsten Nummer — 1/82 — auf 2,50 DM erhöhen. Ab 1.1.82 neue Abonnementbedingungen. Bestehende Abonnements bis Ende der Laufzeit zu den alten Bedingungen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3–12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13–17) Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Wachsender Widerstand gegen das Lohnraub-, Plünderungs- und Kriegsprogramm der Reagan-Regierung

„Überall in der City von New York, dem Zentrum der amerikanischen Bekleidungsindustrie, blühen erneut die fürchterlichen „Schweißbläden“, die Anfang 1900 üblich waren. In den Lagern von Chinatown, den Garagen von Queens und der Süd-Bronx placken sich Arbeiter von der Morgendämmerung bis weit über Sonnenuntergang hinaus, nähen Unterwäsche, Röcke, Blusen für erbärmliche 8 Penny das Stück ... Bei einer Razzia auf Schweißbläden in Chinatown fanden Inspektoren der Bundesregierung eine 90 Jahre alte Frau, die für 1 \$ die Stunde arbeitete, und ein elf Jahre altes Kind. Die Betreiber dieser Schweißbläden sind normalerweise Einwanderer, die sich vom Arbeiter zum „Manager“ hochgearbeitet haben. Sie bekommen ihre Aufträge von Dutzenden von Fabrikanten aus Manhattan.“

„Von den Gurkenfeldern Marylands über die Orangenhaine Floridas zu den Tomatenfeldern Kaliforniens leben Tausende von Landarbeitern in erbärmlichen Hütten mit Gemeinschaftslatrinen, ohne fließendes Wasser. Obst- und Gemüsepflanzer versichern, daß sie den Mindestlohn zahlen, aber das Geld wird oft an die Arbeitsvermittler gezahlt, die die Arbeiter anwerben. In vielen Fällen ziehen diese sogenannten Crew-Chefs, die normalerweise selbst Einwanderer sind, enorme Beträge für Verpflegung, Miete und Transport von den Löhnen der Arbeiter ab.“

Wie kommt das US-Nachrichtenmagazin „Time“ zu solchen Enthüllungen über die Segnungen des „freien Unternehmertums“ in den USA? Noch vor einem Jahr hatte „Time“ den Wahlsieg Reagans bejubelt. Endlich würde das „freie Unternehmertum“ zeigen können, was es vermag! Freie Bahn dem Tüchtigen! Laßt uns Amerika wieder an die Arbeit bringen! Eine Welle von Patriotismus schien das Land zu überschwemmen. Bourgeoispolitiker überschlugen sich in Forderungen nach neuen Rüstungsprogrammen. Hatten nicht auch Gewerkschaften wie die Teamster und die der Fluglotsen zur Wahl Reagans aufgerufen? Und jetzt so etwas in der „Time“?

In der Reagan-Regierung selbst wachsen die Widersprüche. Noch im September hatte Reagan einen ausgeglichenen Bundeshaushalt bis 1984 angekündigt. Jetzt lassen die Minister raus, daß 1982 das Haushaltsdefizit nicht 43 Mrd. \$ betragen werde, son-

dern 109 Mrd. \$. 1983 wird dieses Defizit auf 152 Mrd. \$, 1984 auf 162 Mrd. \$ steigen. Für die Banken ein glänzendes Geschäft, doch wo bleibt der Vorwand für die Senkung der Sozialausgaben?

Seit einigen Wochen verhandeln die Minister über den Haushalt 1983, der im Februar dem Kongreß vorgelegt werden muß. Normalerweise wird der Präsident bei strittigen Entscheidungen zu acht oder neun Haushaltstiteln hinzugezogen. Jetzt haben die Minister Reagan 80 bis 90 Titel vorgelegt. Das Justizministerium meldete am 10.12., 800000 Jugendliche hätten sich der 1980 unter Carter durchgeführten Wehrerfassung entzogen. Das Ministerium werde aber vorläufig keine Klagen erheben. Erst müsse das Weiße Haus entscheiden. Hat das US-Justizministerium seinen patriotischen Mumm verloren? Nein. Aber die Minister verlangen, daß ihr oberster Boß den Kopf hinhält, für alle Fälle.

Die wachsenden Widersprüche innerhalb der Regierungsmannschaft wie die erstaunlichen Enthüllungen des „Time“-Magazins haben eine gemeinsame Grundlage. Die wachsende Kritik an der Politik der Reagan-Regierung und an dem brutalen Elend der Volksmassen hat den chauvinistischen Tummel, den die Reagan-Mannschaft noch vor einem Jahr inszenieren konnte, weitgehend zurückgedrängt. Die Lohnabhängigen, die unterdrückten Nationen der Schwarzen, Mexikaner und Indianer greifen die Regierung

und die Kapitalisten an, mit Enthüllungen und Protestaktionen gegen ihre brutale Ausbeutung und Unterdrückung, mit Anklagen gegen ihr durch die Wirtschaft der Kapitalisten hervorgerufenes Elend.

Vom 16. bis 19.11. führte der Gewerkschaftsbund AFL-CIO in Washington seinen Bundeskongreß durch. Die Beschlüsse des Kongresses sind eine entschiedene Kampfansage an die Politik der Regierung.

– Einwanderer: Nach Schätzungen des AFL-CIO beuten die Kapitalisten 6 Mio. illegale Einwanderer zu brutalsten Bedingungen aus. Der Gewerkschaftsbund fordert die *sofortige* Einbürgerung aller illegalen Einwanderer, die seit dem 1.1.1980 in den USA arbeiten. Außerdem erneuerte der Kongreß seine Verurteilung des „Gastarbeiterprogramms“ der Regierung. Dieses Programm, das Reagan im Sommer vorlegte, soll den US-Kapitalisten erlauben, jährlich 50000 mexikanische Arbeiter für neun bis zwölf Monate Ausbeutung in den USA anzuwerben. Bereits im August hatten AFL-CIO und der mexikanische Gewerkschaftsbund erste gemeinsame Schritte gegen dieses Programm beraten.

– Niedriglöhne: Der Kongreß fordert, die von der Regierung auf 3,35 \$ eingefrorenen Mindestlöhne auf künftig 60% des Durchschnittslohns der Arbeiter bei privaten Kapitalisten anzuheben. Das würde eine sofortige Anhebung der Mindestlöhne auf 4,40 \$



Washington, 19.9.81: 400000 demonstrieren gegen die Reagan-Regierung

Organisationen und Forderungen der amerikanischen Indianer

Seit die Indianer in einer Reihe von großen Kämpfen in den sechziger und siebziger Jahren einige Erfolge gegen die US-Regierung errungen haben, wenn auch unter Opfern, haben sie ihr Selbstbewußtsein als indianische Nation gestärkt und sich bemüht, sich durch höhere Organisiertheit gegen ihre endgültige Vernichtung zur Wehr zu setzen. Das Büro für Indianische Angelegenheiten (BIA), eine mit 16000 Beschäftigten und einem Jahresetat von 240 Mio. \$



Stehender Bär, Häuptling der Poncas, erzwang 1879 vor Gericht die Anerkennung der Indianer als Personen.

ausgestatteten Unterabteilung des Innenministeriums, hat neue verbrecherische Programme begonnen, um die Ausrottung der Indianer doch noch zu Ende zu bringen. Insbesondere, als die US-Imperialisten feststellen mußten, daß die Zahl der Indianer leicht zunimmt und wieder 600000 erreicht hat, schreckten sie nicht davor zurück, unter dem Deckmantel der Sozialfürsorge Sterilisationen an tausenden indianischen Frauen ohne deren Wissen zu verüben und von den bereits geborenen Kindern 25% ihren Eltern wegzunehmen und von nichtindianischen Familien aufziehen zu lassen. Dagegen ist die Forderung der Indianer dringend, das Gesundheitswesen selber zu verwalten.

Um das Überleben ihrer Kultur zu sichern, fordern sie ein eigenes Schulwesen. Einige Schulen für die körperliche und geistige Erziehung ihrer Kinder haben sie bereits eingerichtet. Dort wollen sie auch die Alten mit ihren reichen Kenntnissen als Lehrer einsetzen, statt sie in weißen Altersheimen sterben zu lassen. Damit wenden sie sich gegen die Praxis, daß ihre Kinder aus den Reservationen geholt

und in weit entfernte Sonderschulen gebracht werden, wo sie unter Verächtlichmachung ihrer traditionellen Kultur und Religion dazu gebracht werden sollen, sich dem Christentum und der Herrenideologie der Imperialisten zu unterwerfen. Sie lernen nichts über ihre eigene Geschichte und werden durch Körperstrafen davon abgehalten, ihre eigene Sprache zu gebrauchen.

Geleitet und koordiniert werden die Kämpfe der Indianer seit 1968 von der Dachorganisation „Bewegung der amerikanischen Indianer (AIM)“, die 79 Untergruppen in den USA und Kanada bildete. 1972 organisierte AIM einen großen Marsch quer durch die USA von der Küste bis nach Washington. Als die Indianer dort nicht empfangen wurden, besetzten sie sieben Tage die Zentrale des BIA und erlangten durch die Entschlossenheit, das Gebäude niederzubrennen, die telegraphische Zusicherung Präsident Nixons, sich binnen sechs Monaten mit ihren zwanzig Forderungspunkten zu befassen. Diese enthielten Einhaltung der Verträge der US-Regierung mit den indianischen Nationen, Selbstbestimmung für das indianische Volk, Rückgabe von 100 Mio. Morgen Land an die Ureinwohner und Abschaffung des Büros für Indianische Angelegenheiten. Nach ihrem Abzug fanden die Beamten die Inschrift vor: „Ich entschuldige mich nicht für die Trümmer noch für die sogenannte Zerstörung dieses Mausoleums, denn um Neues aufzubauen, muß erst das Alte zerstört werden.“

In Alaska hat die Vertreibung und Ausrottung der dort wohnenden Indianer, Eskimo und Aleuten, die dort von Fisch- und Robbenfang und von der Jagd leben, gerade erst begonnen. Große Ölfunde veranlaßten die US-Imperialisten 1968 zu erklären, das Land an der Nordküste sei leer, ungeachtet der Tatsache, daß dort 4000 Eskimo leben, die niemals ihr Land an die US-Regierung abgetreten haben und sich zu Recht als die Besitzer des Landes betrachten. Das Recht, Alaska zu besteuern und zu regieren, wurde 1867 vom zaristischen Rußland an die USA verkauft, nicht aber das Land, auf das Rußland gegenüber den Eingeborenen nie Anspruch erhoben hatte. Die drei Völker schlossen sich gegen diese Bedrohung zusammen in der Föderation der Eingeborenen Alaskas (AFN).

die Stunde (ca. 10 DM) bedeuten. Alle Gewerkschaften werden aufgefordert, die Beseitigung der Niedriglohngruppen anzustreben, „unabhängig davon, ob sie als typische Männer- oder Frauenarbeitsplätze betrachtet werden“. Der Kampf gegen die Niedriglöhne, vor allem für Schwarze, Mexikaner und Frauen, sei eine „kritische“ Aufgabe der Gewerkschaften, erklärte AFL-CIO-Vizepräsident Joyce Miller.

– Sozialversicherung, Sozialhilfe: Die Kürzung der Unterstützung durch Lebensmittelmärkte „bringt den Hunger zurück in die Vereinigten Staaten“, erklärte ein Sprecher der Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter. Der Kongreß verlangt die Verlängerung des Arbeitslosengeldanspruchs von derzeit 26 auf mindestens 39 Wochen, die Wiedereinführung einer Mindestrente, volle Inflationsanpassung aller Sozialversicherungszahlungen. Die Kürzungen in der Gesundheitsversicherung werden zurückgewiesen: „Die wirkliche Antwort ist eine Nationale Gesundheitsversicherung“, erklärte ein Sprecher der Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Zur Stärkung der Kampfkraft des Gewerkschaftsbundes beschloß der Kongreß, die Beiträge der Einzelgewerkschaften von bisher 19 Cents je Mitglied und Monat bis 1.1.1983 auf 27 Cents zu erhöhen. Ein Teil des Geldes soll zur Stärkung der Gewerkschaften in den Südstaaten verwendet werden. So will der AFL-CIO zusammen mit 30 Einzelgewerkschaften in den nächsten zwei Jahren in Houston (Texas) 700000 Lohnabhängige organisieren.

Schließlich beschloß der Gewerkschaftsbund, am 1.1.1982 wieder dem „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ beizutreten. 1969 war der AFL-CIO aus dem IBFG aus Protest gegen dessen Kontakte zu kommunistischen Gewerkschaften ausgetreten.

Diese Beschlüsse können den Lohnabhängigen in den USA in den nächsten Monaten wichtige Unterstützung sein im Kampf gegen die brutalen Lohnsenkungspläne der Kapitalisten. Ob sie diese Kämpfe für sich entscheiden können, ist damit freilich noch nicht entschieden. Zwar mußte die Regierung unter dem Druck der andauernden Unterstützung der Fluglotsen durch die Gewerkschaftsbewegung inzwischen zum ersten Mal nachgeben. Reagan hob die dreijährige Einstellungssperre für alle streikenden Fluglotsen auf, ihre Einstellung bei Bundesbehörden ist jetzt wieder möglich – nur nicht als Fluglotsen. Aber die auf fast 9 Millionen gestiegene Arbeitslosigkeit drückt gewaltig auf die Lage aller Lohnabhängigen. Die ersten wuchtigen Kürzungsprogramme der Regie-

US-Karibikpolitik: Ob Bananen oder Mikrochips – Marineinfanterie gehört immer dazu

Nicht nur Bananen und Kaffee, sondern auch Baseball-Handschuhe, Büstenhalter und Mikrochips sollen die mittelamerikanischen und karibischen Länder künftig in die USA exportieren. Zu diesem wahrhaft erhebenden „Fortschritt“ soll ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm für das karibische Becken führen, das Reagan nächstes Jahr durch den Kongreß bringen will. Außenminister Haig stellte auf der Jahreskonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Hauptpunkte vor:

Aufhebung der Einfuhrzölle für bestimmte Produkte (ein Regierungsbeamter nannte der „New York Times“ zur Erläuterung die angeführten Artikel); „Anreize“ für US-Konzerne, zwecks Herstellung dieser Produkte in den Karibikländern zu investieren (durch Steuervergünstigungen und Versicherung gegen „politische Risiken“); schließlich durch höhere „Finanzhilfe“, also weitere zinsträchtige Kreditgeschäfte für die US-Banken. Kurz: Produktion für den US-Markt in Niederlassungen von US-Konzernen, mit Infrastruktur, für die die Zinsen nach New York zu zahlen sind. Nebenbei wären mit den „einseitigen Handelspräferenzen“ die westeuropäischen und

sozialimperialistischen Konkurrenten aus dem Markt zu werfen. Allen wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen der Karibikländer wäre durch Züchtung einer Wirtschaftsstruktur, die für den US- statt für den Eigenbedarf produziert, eine neue Fessel angelegt.

Die neokoloniale Modernisierung des „Hinterhofs“ der Supermacht, die Reagan jetzt beschleunigen will, ist schon seit anderthalb Jahrzehnten im Gang. Ihre politischen Hebel sind blutige Militärdiktaturen, wie in El Salvador und Guatemala, wo allein in diesem Jahr 11000 Menschen niedergemetzelt worden sind. Die vollständige Unterwerfung der – bislang noch teilweise in feudalen Verhältnissen geknechteten – Massen als Lohnarbeiter unter US-Kapital erfordert Niederschlagung der Aufstandsbewegung in El Salvador und Guatemala, Konterrevolution gegen Kuba und Nicaragua.

Dazu laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Der US-Kommandeur für Mittel- und Südamerika (Sitz: Panama) hat Mitte November gefordert, die Befehle zu „überdenken“, die die US-„Berater“ in El Salvador bisher noch an direkter Gefechtsbeteiligung hinderten. Seit dem 1.12. ist erstmals ein eigenes US-Oberkommando „Karibik“ mit Sitz in Key West, Florida,

eingerrichtet. Das Außenministerium hat im Pentagon Pläne für Militäraktionen gegen Kuba und Nicaragua angefordert, die für alle Eventualitäten, von Seeblockaden über Agentenkommandos bis zu direkter Invasion reichen sollen. Die US-Presse vermittelt den Eindruck, der einzige, der sich gegen solche Aktionen noch sperren würde, wäre – Verteidigungsminister Weinberger.

Reagan hat erklärt, die USA hätten nicht vor, Kampftruppen nach Mittelamerika zu entsenden. Eine Invasion Kubas oder Grenadas, Kommandounternehmen und Flottenaktionen gegen Staaten auf dem Festland sind damit nicht einmal verbal ausgeschlossen. Überdies erläuterte Haig den OAS-Außenministern: „Die USA sind bereit, mit anderen zusammen alle geeigneten und notwendigen Schritte zu tun, um zu verhindern, daß ein Land Mittelamerikas eine Plattform von Terror und Krieg in der Region wird.“ Auf der OAS-Konferenz konnten die USA eine Resolution durchdrücken, mit der die Wahlfarce der salvadorensischen Militärdiktatur unterstützt und „Gewalt und Terrorismus“, also der Befreiungskampf, verurteilt werden. Nur Nicaragua, Grenada und Mexiko stimmten dagegen. Eine Erstikung der Revolution in Mittelamerika würde auch Mexikos Unabhängigkeit direkt bedrohen.

rung sind im Oktober wirksam geworden und entfalten jetzt ihre ganze Gemeinheit. Die Regierung hat kein einziges ihrer Lohnraub-, Plünderungs- und Unterdrückungsgesetze zurückgezogen. Tausende, wenn nicht zehntausende Arme werden in den Wintermonaten vor der Alternative stehen, entweder zu hungern oder zu erfrieren.

Auch auf den beschäftigten Arbeitern lastet die hohe Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die Kürzung der Sozialversicherungen. Die Automobilarbeitergewerkschaft, deren Tarifvertrag mit den Kapitalisten im September 1982 ausläuft, mußte jetzt dem Druck der Kapitalisten nachgeben und frühzeitigen Neuverhandlungen der lokalen Tarifbestimmungen auf Fabrikebene zustimmen. Auch die Teamster-Gewerkschaft, deren Tarif für 300000 LKW-Fahrer Ende März abläuft, verhandelt seit letzter Woche mit den Kapitalisten über einen frühzeitigen neuen – schlechteren – Tarif.

In dieser Lage versuchen Politiker wie der Multimillionär Kennedy und der Carter-Vizepräsident Mondale erneut, die Gewerkschaften für eine feste Koalition mit der Demokratischen Par-

tei und für chauvinistische Positionen zu gewinnen. Und tatsächlich forderten Vertreter der Stahlarbeiter und der Automobilarbeiter auf dem AFL-CIO-Kongreß erneut schärfere Zölle gegen Stahl- und Automobilimporte, beschloß der Kongreß, den nächsten „Tag der Solidarität“ – in Anlehnung an die Massendemonstration in Wa-



Milwaukee, 30.7.: 6000 Schwarze demonstrierten gegen den brutalen Mord an einem Schwarzen durch drei weiße Polizisten

shington am 19. September – auf den 2. November 1982 zu legen, den Tag der nächsten Wahlen zum Kongreß.

Um so bedeutender ist, daß sich jetzt auch in den Kirchen, die große Teile der Schwarzen und Mexikaner ideologisch fesseln und gängeln, Widerstand gegen den Kriegs- und Plünderungskurs der Reagan-Regierung regt. Der Präsident der römisch-katholischen Bischofskonferenz erklärte: „Was für Gewehre ausgegeben wird, verringert den Betrag, der für die Qualität der Sorge und des Lebens der Schwächsten unter uns verfügbar ist.“ Der protestantische „Nationalrat der Kirchen“ hat für Anfang 1982 eine Konferenz einberufen, um die Auswirkungen der Reaganschen Kürzungsmaßnahmen zu prüfen und Maßnahmen dagegen zu beraten. Hinter der pfäffischen Sorge um das Wohlergehen der Armen steckt die Sorge vor dem offenen Ausbruch der Widersprüche des US-Völkergefängnisses. Aufstände der Armen gegen die Kapitalisten und die Regierung könnten auch die Kirchen ihres Einflusses auf die unterdrückten Nationen in den USA, auf Mexikaner und Schwarze, berauben.

Die NATO nimmt sich Spaniens an

Nachdem das spanische Parlament gegen den heftigen Widerstand der Volksmassen den Beitritt zur NATO beschlossen hatte, hatten es die NATO-Außenminister eilig, die Sache unter Dach und Fach zu bringen. Am 10.12. unterzeichneten sie das Beitrittsprotokoll, nach der Ratifizierung bis vermutlich Mitte 1982 wird der Beitritt vollstreckt. Bis dahin, schreibt die „Europäische Wehrkunde“, führen die USA und Spanien mehrere gemeinsame Land- und Seemanöver durch, „um die Bündnisfähigkeit der spanischen Armee zu erproben“. Ein Manöver ist inzwischen angelaufen.

Strategisch ist die Einvernahme Spaniens durch das imperialistische Militärbündnis NATO von großer Bedeutung. Die europäische „Gegenküste“ der USA wird gesichert, damit die Nachschubwege der

USA für den Krieg um Europa. Spanien hält die Azoreninseln in Besitz, die NATO erhält einen für die Seeherrschaft im Atlantik überaus bedeutsamen Stützpunkt. Weiterhin bringt Spanien Madeira und die Kanarischen Inseln, vor der Küste Marokkos bzw. der DARS gelegen, in das Bündnis ein. Auf marokkanischem Territorium selbst hält Spanien mit Ceuta und Melilla zwei Städte kolonial besetzt. „Marokko als konservativer Muslim-Staat rückt näher an die europäische Politik heran“, begeistert sich A. Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen“ über die Aussichten. Gefestigt wird auch die Mittelmeerherrschaft der westlichen Imperialisten. Hier bringt Spanien neben seiner eigenen Mittelmeerküste die Baleareninseln ein. — Von der ursprünglichen Beitrittsbedin-

gung Spaniens, der Rückgabe Gibraltars, ist längst keine Rede mehr. Als britische Kolonie ist Gibraltar und damit die Kontrolle des westlichen Mittelmeerausgangs dem westlichen Bündnis um so sicherer.

Aber nicht nur für die Seeherrschaft, auch als Hinterland für den Land- und Luftkrieg um Europa bietet Spanien den Imperialisten unschätzbare Vorteile. Seit 1953 halten die USA außer der Marinebasis Rota im Golf von Cadix die beiden Luftstützpunkte Torrejón, der größte Militärflughafen Europas, und Zaragoza. Im September 81 wurden die Stützpunkte um acht Monate verlängert, bis Ablauf sei Spanien dann NATO-Mitglied. Die BRD hatte Anfang der 60er Jahre Stützpunktverhandlungen mit Spanien geführt, allerdings erfolglos. Doch jetzt, so Weinstein, „erhält die spanisch-amerikanische Abmachung europäische Qualität“.

CDU/CSU, BDA gegen Lohnfortzahlung

Zwei Herzen, ein Gedanke: Am 9.12. legten der „Diskussionskreis Mittelstand“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) „Diskussionsbeiträge“ zur Förderung des Angriffs auf die Lohnfortzahlung vor. Die BDA-Mitgliederversammlung beriet über ein Papier ihres Vorstandes, das im Frühjahr 82 beschlossen werden soll. Darin fordert die BDA eine „Reform der Lohnfortzahlung, und zwar gleichermaßen für Arbeiter, Angestellte und die Bediensteten der öffentlichen Hand“. Entweder müßten die Kapitalisten von der Lohnfortzahlung in den ersten drei Tagen der Krankheit ganz befreit werden, oder aber die Lohnfortzahlung müsse gestaffelt werden: Je kürzer die Krankheit, desto weniger wollen die Kapitalisten zahlen.

Der CDU/CSU-„Arbeitskreis Mittelstand“ geht noch weiter. Der Abgeordnete Hauser erläuterte, man habe festgestellt, daß etwa Friseur und Kellner viel seltener krank seien als andere Arbeiter. Dazu Hauser: „Der Verdienst dieser Gruppe richtet sich auch nach der Trinkgeldeinnahme, d.h. jeder Tag Fehlzeit bedeutet ei-

nen enormen Einnahmeverlust.“ Damit sei bewiesen, daß es haufenweise „Schmarotzer“ gebe. Als „Vorschläge“ präsentierte er sodann: Entweder die Einführung von vier Karenztagen, oder aber Zahlung von weniger als dem vollen Lohn durch die Kapitalisten während der gesamten Krankheitsdauer. Außerdem Wiedereinführung des „vertrauensärztlichen Dienstes“. Der Vorschlag der CDU/CSU hat einen doppelten Vorteil für die Kapitalisten. Erstens können die Finanzbourgeois die kleineren Kapitalisten, den „bedrängten Mittelstand“, bei ihrem Angriff auf die Lohnabhängigen vorschicken. Zweitens rät die CDU/CSU, den Angriff zuerst auf die Teile der Lohnabhängigen zu führen, deren Lohn am wenigsten tariflich gesichert ist.

Erstes Urteil im „Schleyer-Fall“

Seit Mitte der siebziger Jahre, nach Antritt der Regierung Schmidt/Genscher, wird der Einfluß der CDU und der Kapitalistenverbände auf die Regierungspolitik immer stärker. Obwohl die politischen Kämpfe heftiger werden und die Gewerkschaftsbewegung erstarkt, können die Angriffe der Kapitalisten und des Staates nur

schwer zurückgeschlagen werden.

1977 erschießt die Rote Armee Fraktion den BDI-Präsidenten Schleyer. 1978 wird Stefan Wisniewski verhaftet und wegen Beteiligung an dem Geschehen gegen Schleyer angeklagt. Seit dieser Zeit wird er isoliert in der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf gefangen gehalten. Am 4. Dezember verurteilt der IV. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf Wisniewski zu lebenslanger Haft. Beweise, daß Wisniewski Schüsse abgab, hat das Gericht nicht anführen können. „Zeugen“, die behaupten, daß Wisniewski an Vorbereitungstreffen teilgenommen habe, blieben im Dunkeln. Der Verteidigung wurden jegliche Rechte genommen, diese „Aussagen“ widerlegen zu können. Ob Wisniewski Schüsse abgegeben hat, sei unerheblich, erklärte der Senatsvorsitzende Wagner. Er könne als Täter behandelt werden, weil er wochenlang die Vorbereitung billigend in Kauf nahm. Zu Recht wies der Rechtsanwalt Wisniewskis auf eine politische Prozeßführung durch das Gericht hin, denn das Urteil ist rechtlich haltlos. In Nazi-Massenmord-Prozessen argumentiert der bürgerliche Staat genau umgekehrt: „Freispruch“, weil der Nachweis im einzelnen nicht geführt ist.

Haltlos und unverfroren

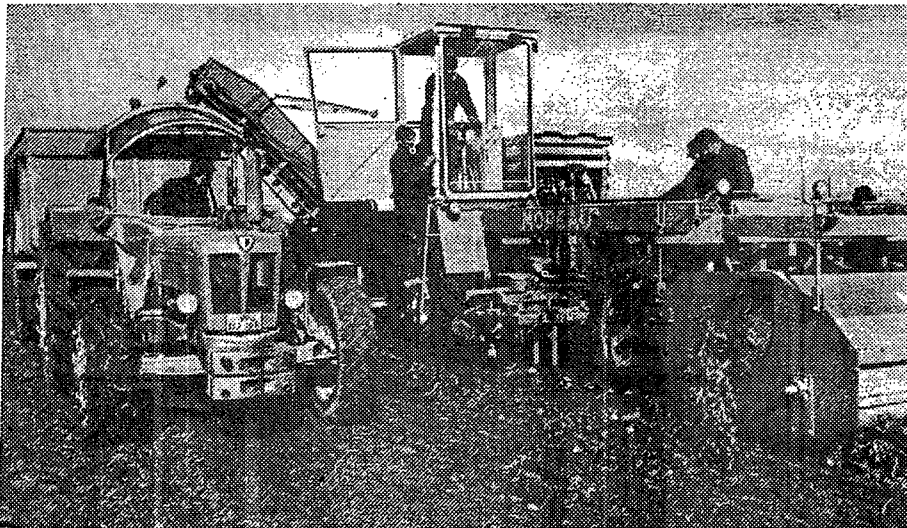
Der Spiegel versucht in seiner Ausgabe vom 14. Dezember, Verbindungen zwischen Neonazis und Kommunisten, genannt werden der BWK und die KPD, bekannt zu machen. Da ist die Rede von einer antisemitischen Parole, die „Genossen vom Bund Westdeutscher Kommunisten“ an eine Wand der Osnabrücker Universität gesprüht hätten. Weder dem AStA noch dem Personalrat noch dem Kanzleramt dieser Uni ist eine solche Wandmalerei bekannt geworden. Da schreibt der Spiegel weiter: „Als unlängst in Hannover Mitglieder des maoistischen BWK mit sowjettreuen Kommunisten in Streit gerieten, kamen den bedrängten Mao-Anhängern volkssozialistische Schlägertrupps zu Hilfe.“ Beim Parteibezirk der DKP Hannover ist von einer solchen Auseinandersetzung nichts bekannt, genauso nicht beim Parteibezirk des BWK Hannover. Neo-Nazis lernten beim BWK den Umgang mit Sprengmitteln, steht einige Zeilen weiter, ein nachprüfbarer Anhaltspunkt wird dem Leser nicht geboten. Einen schwachen Schein von journalistischer Redlichkeit gewinnt das Enthüllungstück, pervers genug, durch die wörtliche Wiedergabe von Zitaten namentlich oder per Funktion genannter Neo-Nazis. Gleichzeitig steht fest, daß der Spiegel sich weder bei der Uni Osnabrück noch bei der DKP noch beim BWK noch bei der KPD über die Richtigkeit seiner Behauptungen vergewissert hat. Es will scheinen, der Spiegel habe seinen Tatsachendurst exklusiv aus neonazistischen Quellen gestillt. Bekannt ist, daß die neonazistischen Organisationen von mitwirkenden Verfassungsschutzagenten dicht durchsetzt sind, bekannt, daß die Forderung nach Verbot neonazistischer Organisationen um sich greift, bekannt, daß der Liberalismus das Verbot von Neonazis mit dem Verbot von kommunistischen Organisationen verbunden wissen will, bekannt schließlich, daß sowohl der Innenminister wie der neue Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wie der Herausgeber des Spiegel der F.D.P. angehören. Man neigt zur Vermutung von Zusammenhängen. Diese müssen politisch stark sein, der presserechtlich verantwortliche Redakteur namens Hans-Werner Kiltz hat das Ding trotz Mangels an nicht-nazistischen Quellen durchgehen lassen, was ihn beunruhigt haben muß und uns dazu bewegt, ihn einen Rufmörder aus Postenerhaltungsgründen oder zum Zwecke der politische Intrige zu bezeichnen.

Wird den kleinen Bauern endgültig der Garaus gemacht?

Am 18.12. wird die EG-Kommission ihre Agrarpreisvorschläge für das im Juli beginnende Wirtschaftsjahr 1982/83 vorlegen. Der westdeutsche Bauernverband fordert die Anhebung um 10%. Die Kommission läßt durchsickern, daß sie eine Anhebung von 8 bis 10% vorschlagen werde. Tatsächlich ist die Forderung des Bauernverbandes mehr als unzureichend. Infolge der EWS-Währungsbeschlüsse (s. Pol. Ber. 22/81) würde sie für die westdeutschen Bauern einen Preis„erhöhung“ von weit unter 5% bedeuten und damit eine reale Preissenkung. Allem Anschein nach hat sich die Bauernverbandsführung der Bauernvernichtungsstrategie von Ertl&Co. verschwo- ren.

stoffdünger um 10–15%. Sinkende Erträge und damit auch weiter sinkende Einkommen der Bauern werden unweigerlich die Folge sein.

Die Banken sehen ihre Stunde gekommen. Sie hatten in den 70er Jahren die Beleihungsgrenzen pro Hektar systematisch angehoben, die durchschnittliche Verschuldung pro Hektar stieg in den letzten zehn Jahren von rund 2000 auf über 3500 DM, die kleineren Betriebe stehen häufig mit über 5000 DM/ha in der Schuld. Jetzt senken die Banken die Beleihungsgrenzen wieder – und üben damit erheblichen Druck auf die Bodenpreise aus. Wie viele Bauern werden in den letzten Jahren, als die Bodenpreise ein relativ hohes Niveau hielten, in der Hoffnung



Um moderne Maschinerie anzuschaffen, haben sich die Bauern in den letzten Jahren zunehmend verschuldet.

Wie Heereman selbst Anfang Dezember mitteilte, ist das Einkommen pro Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1980/81 durchschnittlich um 10% auf 18545 DM gefallen, gegenüber dem Vorjahr ein realer Verlust von rund 15%! Für die kleinen Bauern ist die Lage katastrophal. Rund ein Drittel der Bauernfamilien kann die Lebenshaltungskosten nur durch neue Verschuldung bestreiten. An Investitionen, die die Produktivität ihrer Arbeit erhöhen, ist überhaupt nicht mehr zu denken, selbst die zur Aufrechterhaltung der Produktion benötigten Produktionsmittel und Hilfsstoffe sind kaum noch zu beschaffen. Bereits im vorigen Jahr sank die Nachfrage nach Phosphatdünger um 9%, nach Kalidünger um 5%, in diesem Jahr, angesichts einer Preiserhöhung von 16,9%, dann auch die Nachfrage nach Stick-

gelebt haben, daß sie, wenn sie schon Hof und Land verlieren, dann wenigstens in einer ungewissen Zukunft über finanzielle Rücklagen verfügen! Wie viele Bauern werden sich, wenn die Bodenpreise weiter sinken, dieser ihrer einzigen Hoffnung beraubt sehen!

Trotz der hohen und noch wachsenden Arbeitslosigkeit, die die kleinen Bauern selbst bei niedrigstem Einkommen zwingt, wenn irgend möglich durchzuhalten, wird die Vernichtung der bäuerlichen Existenzen sich beschleunigen. Dafür werden die Zins-treiberei der Banken, das staatliche „Spar“-diktat, die rasanten Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und v.a. die EG-Agrarpolitik sorgen. Die EG-Kommission schlägt vor, die Agrarpreise z.B. für Getreide bis Ende der 80er Jahre auf

das Niveau des US-Getreidestützungspreises zu senken. Das heißt, daß der Erzeugerpreis nominal auf das Niveau Anfang der 70er Jahre sinken würde. Mit ihrem Vorschlag entspricht die EG-Kommission den Forderungen v.a. der westdeutschen Imperialisten nach „Reform“ der EG-Agrarpolitik. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der EG sollen um bis zu 25% und sogar mehr auf Weltmarktpreisniveau gedrückt werden.

Die BRD ist ein großer Agrarimporteur. Bei einigen landwirtschaftlichen Produkten wie Obst und Gemüse, die sie zu Schleuderpreisen meist aus Mittelmeerländern bezieht, wächst ihre Import„abhängigkeit“ in hohem Tempo. Dennoch hat sie die Agrarexporte, hauptsächlich Milchprodukte, aber auch Fleisch und Getreide, in den letzten fünf Jahren fast verdoppeln können. Hier rechnet sie sich noch größere Weltmarktanteile aus, und zwar ohne die bisher aus dem EG-Haushalt zu zahlenden Exporterstattungskosten. Umgekehrt wird sie ihre Importe bei Abschaffung des Zollsystems noch billiger bekommen. Die Vernichtung landwirtschaftlicher Produktionszweige in der BRD, wie z.B. des Gemüseanbaus, ist eine Folge. Die Konzentration der übrigen Agrarproduktion in verhältnismäßig wenigen kapitalistisch organisierten Landwirtschaftsbetrieben die andere.

Bundestag Scheinheilige Initiative zur „Abrüstung“

Übereinstimmung suchten und fanden die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD in der Frage: Wie läßt sich die eigene Aufrüstung am besten betreiben? – Im Gewande des Aufrüstungsgegners! Einmütig verabschiedete der Bundestag am 3.12. einen Antrag der CDU/CSU zur „kontrollierten Abrüstung der biologischen, chemischen und atomaren Waffen“.

So einigte man sich, dafür einzutreten, daß die SU und die USA „in redlicher Absicht Verhandlungen ... führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des atomaren Wettrüstens“. Und woran ist die redliche Absicht am besten zu überprüfen? Daran, ob die Verhandlungen „zunächst im Bereich der landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen konstruktiv“ geführt werden. Konstruktiv ist die UdSSR, wenn sie ihre Mittelstreckenraketen vernichtet, konstruktiv sind die USA, wenn sie ihre Mittelstreckenraketen im Gegenzug nicht auf Land stationieren, sondern – auf See. Das Parlament einigte sich also auf Unter-

stützung für Reagans „Nulllösungs“-strategie und darauf, daß, *wo immer* die Raketen stationiert werden, die konstruktiv Verhandlungen fordernde BRD keinerlei Verantwortung trägt. Wie sehr die westdeutsche Bourgeoisie die Mittelstreckenraketen wirklich will, und wozu sie sie braucht, bekundete sie im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung: Die BRD stimmte *gegen* die Verurteilung eines Erst-Einsatzes von Atomwaffen.

Weiterhin einigte man sich, den „unverzüglichen Abschluß eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen (chemische Waffen) ... zu fordern“. Auch hier versucht sich die Allparteienrüstungscoalition an die Spitze der Friedensbewegung zu setzen. Das Bekanntwerden von US-Giftgaslagern in Rheinland-Pfalz hatte große Empörung ausgelöst. Die Bourgeoisie versucht sich damit herauszureden, daß sie auf die Bewaffnung der

US-Truppen in der BRD keinen Einfluß habe und eben deshalb für eine globale Lösung plädiere. Doch ist dieser Verweis auf die Verantwortung der USA überaus scheinheilig, denn das Nervengas ist auf *westdeutschem* Territorium gelagert. Die US-Truppen sind in der BRD nicht mehr als Besatzungstruppen stationiert, sondern auf Grundlage v.a. des NATO-Vertrages und des Deutschlandvertrages – Verträgen, die die BRD freiwillig und zur gegenseitigen Versicherung der aggressiven Absichten gegen die Länder des Warschauer Paktes geschlossen hat. Zweitens: Die Existenz der Giftgaslager, die mit Kenntnis der BRD in Rheinland-Pfalz unterhalten werden, wurde erstmals 1969 aufgedeckt. Damals antwortete die Bundesregierung – mit der Forderung nach „Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen“. Und in den folgenden zehn Jahren wurde die Lager in aller Ruhe weiter ausgebaut.

beitslosengeldanspruch am 7.12. abgelaufen ist. Früher verdiente er netto ca. 1800 DM. Arbeitslosenhilfe kriegt er jetzt knapp über 1000 DM.

Die Arbeitsämter nutzen den gewaltigen Druck, den diese Senkung des Lebensstandards bedeutet, zu immer unverschämteren Zumutungen. Einem Jugendlichen hat der Beamte gesagt, er solle sich im Umkreis von 50 km eine Arbeit suchen. Eine Sozialarbeiterin sollte sich sogar im Umkreis von 100 km umsehen.

Sowieso zahlen die Arbeitsämter nur selten die gesetzlich vorgeschriebenen 68% des Nettolohns. Der kaufmännischen Angestellten hatte das Arbeitsamt alle betrieblichen Zulagen nicht angerechnet. Ein 59jähriger Bauschlosser hatte vor der Arbeitslosigkeit auf Montage etwa 2400 DM netto verdient. Jetzt zahlt ihm das Arbeitsamt 1250 DM Arbeitslosengeld.

Am 18.12. wird der Bundestag das zwischen Bundesregierung und unionsregierten Ländern ausgehandelte „Sparpaket“ beschließen. Für die Beschäftigten bedeutet das u.a. die Anhebung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 1,5% auf 2%. Für die Arbeitslosen beinhaltet das Paket:

- die *Anwartschaftszeit*, d.h. die Mindestversicherungszeit für den Bezug von Arbeitslosengeld, wird von sechs auf zwölf Monate erhöht. Für „originäre“ Arbeitslosenhilfe steigt sie von 70 auf 150 Tage versicherungspflichtige Beschäftigung;

- die *Sperrzeiten* werden verdoppelt: Bei Meldeversäumnissen von sechs Wochentagen auf zwei Wochen, bei Ablehnung „zumutbarer“ Arbeit bzw. eigener Kündigung von vier auf acht Wochen;

- das *Unterhaltsgeld* für Teilnehmer an Umschulungen wird auf 68% des Nettolohns gekürzt, für Fortbildungskurse ganz auf Kredit umgestellt;

- was „*zumutbare Arbeit*“ ist, soll die Bundesanstalt für Arbeit bis 31.3. 82 neu festlegen. Bisher konnte das

Arbeitslosenversicherung

Kapitalisten: Arbeitslosengeld runter! Besser: Almosen unabhängig vom Lohn!

„Opfert für Nürnberg“, lautete am 7.12. die Schlagzeile des Kapitalistenblattes „Handelsblatt“. Mit „Nürnberg“ war die Bundesanstalt für Arbeit gemeint. Deren Vorsitzender Stingl hatte laut „Handelsblatt“ erklärt: „... der auf 1,6 Mio. Arbeitslose und 900 000 Leistungsempfänger ausgerichtete 1982er Etat seiner Anstalt solle zunächst so stehen bleiben, aber im Laufe des Jahres ‚noch einmal überprüft‘ werden. Wenn Stingl damit einen weiteren Zuschußbedarf seiner Anstalt zumindest nicht ausschließt, so beziffern Oppositionspolitiker diesen bereits mit mindestens sechs Milliarden DM“. Also, so das „Handelsblatt“ frohlockend, stehe bald erneut „das Leistungsvolumen zur Disposition“.

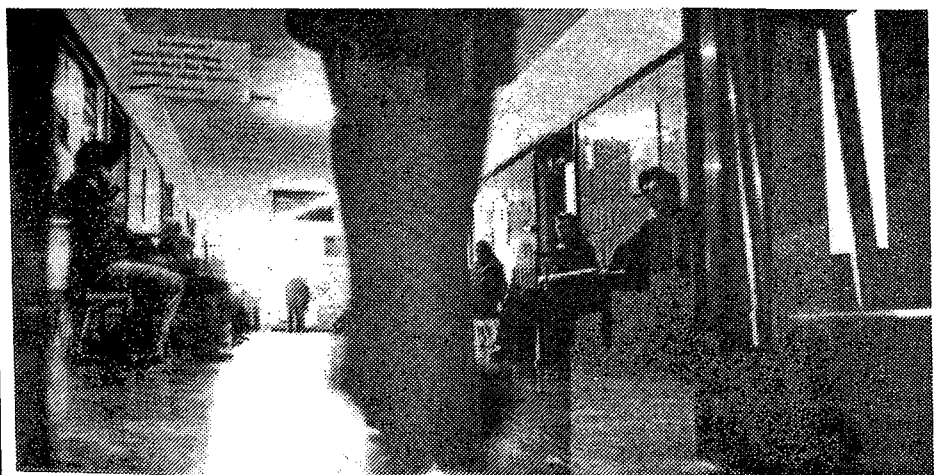
Worauf zielen die Angriffe der Kapitalisten? Mehrere Arbeitslose auf dem Arbeitsamt Köln berichteten uns über die Schikanen des Arbeitsamtes.

Die Wartezeiten für Arbeitslosengeld werden immer länger. Ein Maschinenschlosser, der 20 Jahre bei Felten & Guillaume (Kabelwerk) ausgebeutet worden war, dann Anfang des Jahres wegen Krankheit gefeuert wurde, hat sieben Wochen lang auf das erste Geld warten müssen. Eine kaufmännische Angestellte, seit April arbeitslos, sogar zweieinhalb Monate. Dafür ist die Leitung des Amtes verantwortlich, die trotz wiederholter Forderungen der Angestellten sich weigert, mehr Planstellen einzurichten. Das Arbeitsamt „spart“ so nach beiden Seiten: Die Angestellten leisten immer mehr Ar-

beit, immer mehr Überstunden, die Arbeitslosen warten dennoch monatelang auf ihr Geld.

Auch mit anderen Mitteln „spart“ das Arbeitsamt. Die kaufmännische Angestellte etwa beantragt gerade zum zweiten Mal Arbeitslosengeld. Anfang Dezember hat sie erfahren, daß das Arbeitsamt die Zahlung von Arbeitslosengeld eingestellt hat. Warum? „Weil ich krank geschrieben war und hab mich nach dieser Krankmeldung nicht gemeldet und Bescheid gesagt, daß ich wieder gesund bin.“ Jetzt muß sie vier oder acht Wochen auf das nächste Arbeitslosengeld warten.

Dem Maschinenschlosser hat das Arbeitsamt mitgeteilt, daß sein Ar-



Arbeitslose im Arbeitsamt Gelsenkirchen. Mit 7,4% hatte NRW im November die zweithöchste Arbeitslosenrate in der BRD, Niedersachsen hatte 8,1%.

Arbeitsamt nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit eine deutlich schlechter bezahlte Arbeit zuweisen. Legt die Bundesanstalt bis Ende März keine neuen „Zumutbarkeitsrichtlinien“ fest, kann Arbeitsminister Ehrenberg per Rechtsverordnung entscheiden;

– *tarifliches Weihnachts- und Urlaubsgeld* wurde bisher anteilmäßig auf den Monatslohn umgerechnet und so bei Berechnung des Arbeitslosengeldes berücksichtigt. Dies entfällt.

Die Bundesregierung rechnet als Folge dieser „Sparmaßnahmen“ für 1982 mit durchschnittlich 900 000 „Leistungsempfängern“ – bei 1,6 Mio. Arbeitslosen. Vor allem die beiden letzten „Sparmaßnahmen“ zeigen, worauf die Kapitalisten zielen: Sie wollen die wenigen Kontrollrechte der Gewerkschaften in der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch Rechtsverordnung des Arbeitsministeriums beseitigen, und sie wollen die Bindung der Arbeitslosengeldzahlungen an den Tariflohn abschaffen.

Schon jetzt werden „außerordentliche“ Überstunden und „einmalige Zuwendungen“ der Kapitalisten bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht berücksichtigt. Durch die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld aus der Bemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes werden zum ersten Mal auch tariflich festgelegte Lohnbestandteile direkt beseitigt. Als nächste Maßnahmen forderten CDU/CSU und FDP bereits: entweder deutliche Senkung des Arbeitslosengeldsatzes unter 68% (FDP) oder besser noch völlige Beseitigung des Tariflohns als Bemessungsgrundlage für Arbeitslosengeld usw. zugunsten eines neuen „einheitlichen Satzes“ (CDU-Geißler am 9.12. im ZDF). Zweitens soll die Frist, nach der dem Arbeitslosen deutlich schlechter gezahlte Arbeit „zugemutet“ werden kann, von sechs Monaten auf acht Wochen Arbeitslosigkeit verkürzt werden (so die unionsregierten Länder im Vermittlungsausschuß). Drittens soll der Beitrag der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung künftig nicht mehr nach dem Bruttolohn berechnet und gezahlt werden, sondern nach dem Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld usw. Alles unter dem Vorwand der Beitragssenkung für die beschäftigten Lohnabhängigen. Statt für die Folgen ihres Wirtschaftens gefällt *allein* zu zahlen, hätten dann die Kapitalisten die Arbeitslosenversicherung da, wohin sie mit der Rentenversicherung schon lange streben: Ihre Zahlungen wären gänzlich von der Entwicklung des Tariflohns und damit den wirtschaftlichen Kämpfen der beschäftigten Lohnabhängigen getrennt und stattdessen dem „wohltätigen“ Belieben von Kapitalisten und Regierung unterworfen.

Niederlande Regierungsprogramm für weitere Lohnsenkung

Das „Planbüro“, das statistische Amt der niederländischen Regierung, meldete Ende November verhaltene Zufriedenheit: Die Konkurrenzposition der niederländischen Kapitalisten habe sich weiter verbessert. 1981 sei mit einem Zahlungsbilanzüberschuß von 5 Mrd. Gulden zu rechnen, 1982 sogar mit 13 Mrd. Gulden Überschuß.

Grundlage dieser Erfolge der niederländischen Kapitalisten sind rabiate Lohnsenkungen und Rationalisierungsprogramme. Die beschäftigten Lohnabhängigen mußten schwere Reallohnsenkungen hinnehmen – so sanken die Reallohne im Bereich der gesetzlichen „Mindestlöhne“ (ca. 1700 DM brutto im Monat) dieses Jahr um 2,5 bis 3%, in höheren Lohngruppen sogar um 5 bis 5,5%. Die Arbeitslosenrate stieg auf fast 10%, mit 430 000 Arbeitslosen erreichte die Arbeitslosigkeit einen neuen Nachkriegsrekord.

Mitte November legte die Regierung Einzelheiten ihres „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ vor. Danach sollen die Urlaubsgelder um 0,5% gesenkt und auf maximal 5200 Gulden (ca. 4700 DM) begrenzt werden. Die Sozialversicherungszahlungen sollen sämtlich um 0,5% gekürzt werden, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zusätzlich durch Erhebung einer „Versicherungsprämie“ von den Lohnabhängigen verringert werden. Die Programme zur Förderung der Teilzeitarbeit sollen drastisch ausgeweitet werden. Vor allem aber soll die „Inflationsanpassung“ der Tariflöhne weiter begrenzt werden – wie genau, hat die Regierung noch nicht entschieden. Auf jeden Fall sollen die Reallohne in den unteren Lohngruppen dadurch erneut um 1%, in den höheren Lohngruppen bis zu 4% gesenkt werden. Zusätzlich sollen alle Lohnabhängigen und die Kapitalisten ab 1982 einen „Soliditätsbeitrag“ bzw. eine „Investitionssteuer“ von 1% des Bruttolohns zahlen, die die Regierung den Kapitalisten zur Förderung neuer Investitionen in den Rachen werfen will.

Letzte Woche verhandelte die Regierung mit Gewerkschaften und Kapitalisten über ihr Programm. Die Gewerkschaften haben sich in eine schwierige Lage gebracht. Auf seinem letzten Kongreß forderte der Gewerkschaftsbund FNV selber „Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme“ und erklärte sich dafür sogar zu „Lohnverzicht“ bereit. Jetzt lehnte er lediglich die Kürzung der Sozialversicherungszahlungen und

die Senkung der unteren Löhne entschieden ab. Wim Kok, Vorsitzender des FNV, erklärte: „In einem Teil der Tarifverträge ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geregelt. Vertrag ist Vertrag. Es ist für den FNV unannehmbar, daß die Sparmaßnahmen der Regierung auf Tarifvereinbarungen übergreifen, die in freien Verhandlungen zustandegekommen sind.“ Genau das aber fordern die Kapitalisten: Die Regierung solle endlich die tariflich vereinbarte „Inflationsanpassung“ der Löhne per Gesetz aufheben.



Bild: Kundgebung gegen das Lohngesetz 1977 im Februar, Amsterdam.

In Januar sollen die Verhandlungen über das Regierungsprogramm fortgesetzt werden. Einen Monat später laufen mehrere große Tarifverträge aus, u.a. in der Metallindustrie und im Dienstleistungsbereich. Letzte Woche drohte die Regierung im Parlament, falls die Gewerkschaften ihrem Programm nicht zustimmten, werde sie erneut ein „Lohngesetz“ erlassen, d.h. die Löhne gesetzlich einfrieren und die Tarifautonomie befristet aufheben.

Öffentliche Dienste ÖTV gegen Baums Notverordnungspolitik

„Falls die Bundesregierung und die übrigen öffentlichen Arbeitgeber bei den vorgesehenen Einkommenskürzungen im Öffentlichen Dienst verbleiben, behandeln sie die Einkommen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes als finanzpolitische Manövriermasse und werden durch ihre Vorgehensweise damit zu direkten Nachfolgern Brünningscher Rezepte der Einkommenskürzung, wenn auch zunächst mit materiell geringerer Dosierung.“ Das war die Feststellung des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker nach den ersten Spitzengesprächen mit der Regierung im November. Wie zur Bestäti-

gung beantwortete der Stuttgarter OB und Städtetagsvorsitzende Rommel am 10.12. in einem Interview mit der „Zeit“ die Streikankündigungen der ÖTV für den Fall, daß die Regierung ihre Politik weiterverfolgt, mit der Drohung: Wie US-Präsident Reagan gegen die Fluglotsen werde man streikende Beamte durch Dienstverfahren entlassen. Für Neueinstellungen sei der Arbeitsmarkt voll genug.

Die Allparteienrüstungskalition hat mit der Verabschiedung des zweiten Haushaltsstrukturgesetzes ihre Absicht beschlossen, per Gesetz und Zwangsverordnung die Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst um 1% zu kürzen. Während Innenminister Baum und die Vertreter der Kommunalverbände die zwangsweise Lohn- und Gehaltsstreichung für den 1.3.1982 beabsichtigen, haben die Länderregierungen bisher keine neuen Zeitangaben gemacht. Daher ist es möglich, daß sie versuchen werden, zum 1.1.82 – dem ursprünglich vorgesehenen Termin – die Lohn- und Gehaltskürzungen durchzusetzen.

Baums Bezugskürzung für Beamte sieht vor, daß der Betrag von 1% von Grundgehalt plus Ortszuschlag der Stufe I (Ledige) von den Zulagen abgezogen wird (für technische Dienste etc.). Bei Beamten ohne Zulagen soll dieser Betrag vom Ortszuschlag abgezogen werden. Weitere Zwangskürzungen: Kürzung der Anwärterbezüge um 1%, Abbau des Sonderzuschlages für Westberlin, Durchsetzung der 1%-Kürzung auch für die Versorgungsempfänger, Wegfall der „Doppelversorgung“ (Renten und Pensionen). Gegen die Angestellten sollen diese Gehaltsstreichungen über Bezugsbestandteile durchgesetzt werden, die nicht tariflich geregelt sind, sondern durch Beamtengehalt (so der Ortszuschlag).

Zur Lohnkürzung der Arbeiter im Öffentlichen Dienst hat Baum am 30.11. den Zulagen-Tarifvertrag für 40 bzw. 67 DM zum 31.12.1981 gekündigt. Dagegen hat die ÖTV den Zulagen-Tarifvertrag für Angestellte ebenfalls zum 31.12.81 gekündigt, damit gemeinsame Kampfmaßnahmen von Arbeitern und Angestellten ergriffen werden können. Schon kündigt inzwischen die Landesregierung NRW Streichungen beim Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld in Millionenhöhe an.

Die ÖTV befindet sich in der schwierigen Lage, zwangsverordnete Kürzungen der bestehenden Einkommen bekämpfen zu müssen und gleichzeitig die nächsten Tarifikämpfe um Lohn- und Gehaltserhöhungen vorzubereiten. Am 19. Januar finden die nächsten Gespräche mit der Regierung statt. Der DGB und verschiedene Einzelgewerkschaften haben erklärt, daß die Notverordnungspolitik eine Kampf- ansage gegen alle Lohnabhängigen ist.

	Metallarbeiter Ma- schinenbau BRD LG 1, Stkl. IV/1			Metallarbeiterin Elektro BRD LG 3, Stkl. I			Angestellter Ma- schinenbau BRD LG II, Stkl. III/2			
	Brutto	Netto	i. Kauf- kr. 1/80	Brutto	Netto	i. Kauf- kr. 1/80	Brutto	Netto	in Kauf- kr. 1/80	1/1980 = 100!
1980										
Jan	2598	1707	1707	1719	1214	1214	3977	2797	2797	100,0
Febr	2598	1707	1688	1719	1214	1201	3977	2797	2767	101,1
März	2598	1707	1678	1719	1214	1194	3977	2797	2750	101,7
April	2767	1785	1745	1827	1282	1253	4228	2960	2893	102,3
Mai	2767	1785	1738	1827	1282	1248	4228	2960	2882	102,7
Juni	2767	1785	1728	1827	1282	1241	4228	2960	2865	103,3
Juli	3998	2334	2257	2691	1736	1679	6182	4205	4067	103,4
Aug	2797	1799	1738	1840	1290	1246	4250	2976	2875	103,5
Sept	3337	2040	1971	2223	1507	1465	5119	3558	3438	103,5
Okt	2784	1793	1729	1836	1287	1241	4242	2969	2863	103,7
Nov	4176	2696	2585	2754	1988	1906	6363	4557	4369	104,3
Dez	2784	1793	1709	1836	1287	1227	4242	2969	2830	104,9
	Σ = 22273			Σ = 16106			Σ = 37396			
	(Nettojahreseinkommen in Kaufkraft 1/80)									
1981										
Jan	2728	1788	1690	1793	1254	1185	4235	2958	2796	105,8
Febr	2728	1788	1677	1793	1254	1176	4235	2958	2775	106,6
März	2728	1788	1666	1793	1254	1169	4235	2958	2757	107,3
April	2771	1809	1675	1840	1184	1289	4289	2992	2770	108,0
Mai	2862	1853	1709	1881	1310	1208	4443	3095	2855	108,4
Juni	3182	2002	1837	2201	1499	1375	4763	3326	3051	109,0
Juli	4126	2437	2228	2821	1821	1665	6451	4426	4046	109,4
Aug	2871	1857	1691	1923	1335	1216	4435	3090	2814	109,8
Sept	3499	2150	1951	2372	1593	1446	5443	3788	3437	110,2
Okt	2857	1851	1674	1919	1333	1205	4427	3084	2788	110,6
Nov	4286	2785	2504	2879	2058	1851	6641	4774	4293	111,2
Dez	2857	1851	1653	1919	1333	1190	4427	3084	2754	112,0
	Σ = 21955			Σ = 15875			Σ = 37136			
7,5%, mindestens 120 DM										
1982										
Jan	2800	1827	1621	1874	1303	1156	4420	3058	2713	112,7
Febr	3010	1927	1702	2018	1392	1230	4752	3273	2891	113,2
März	3010	1927	1695	2018	1392	1224	4752	3273	2879	113,7
April	3010	1927	1687	2018	1392	1219	4752	3273	2866	114,2
Mai	3010	1927	1690	2018	1392	1221	4752	3273	2871	114,0
Juni	3010	1927	1686	2018	1392	1218	4752	3273	2864	114,3
Juli	4393	2542	2212	3003	1910	1662	6982	4704	4094	114,9
Aug	3043	1943	1684	2038	1404	1217	4800	3308	2867	115,4
Sept	3718	2245	1937	2520	1674	1444	5891	4040	3486	115,9
Okt	3029	1936	1660	2034	1402	1202	4790	3300	2830	116,6
Nov	4544	2891	2465	3051	2153	1835	7185	5067	4320	117,3
Dez	3029	1936	1638	2043	1402	1186	4790	3300	2792	118,2
	Σ = 21677			Σ = 15814			Σ = 37473			
3% + 100 DM										
1982										
Jan	2800	1827	1621	1874	1303	1156	4420	3058	2713	112,7
Febr	3004	1924	1700	2050	1411	1246	4673	3218	2843	113,2
März	3004	1924	1692	2050	1411	1241	4673	3218	2830	113,7
April	3004	1924	1685	2050	1411	1236	4673	3218	2818	114,2
Mai	3004	1924	1688	2050	1411	1238	4673	3218	2823	114,0
Juni	3004	1924	1683	2050	1411	1234	4673	3218	2815	114,3
Juli	4439	2560	2228	3108	1958	1704	6865	4635	4034	114,9
Aug	3034	1939	1680	2071	1425	1235	4720	3251	2817	115,4
Sept	3732	2250	1941	2585	1707	1473	5793	3974	3429	115,9
Okt	3019	1931	1656	2067	1422	1220	4711	3245	2783	116,6
Nov	4529	2886	2460	3101	2179	1858	7067	4999	4262	117,3
Dez	3019	1931	1634	2067	1422	1203	4711	3245	2745	118,2
	Σ = 21668			Σ = 16044			Σ = 36912			

(1) Kaufkraftindex

Die IG Metall hat ihre Forderungen erhoben

Die Tarifkommissionen der IG Metall haben sich letzte Woche entschieden, zur Absicherung des Lohnstandards für niedrig gezahlte Beschäftigten Festgeldkomponenten in ihre Forderungen aufzunehmen. Baden-Württemberg beispielsweise in Form einer Forderung von 100 DM + 3%, NRW in Form einer Forderung von 7,5%, mindestens 120 DM. Obwohl die Kapitalistenhoffnung, die IG Metall würde nicht nur niedrig, sondern auch reine Prozente fordern, sich nicht erfüllt hat, steht gleichzeitig unverrückbar fest, daß diese Forderungen eine Stabilisierung des Lohnstandards in der BRD und Westberlin nicht bewirken. Obwohl in nebenstehender Rechnung für die Festgeldkomponenten angenommen ist, daß diese sich bis zum Effektivlohn durchsetzen und mithin ungefähr 20% mehr wert sein würden, als man ihnen ansieht, und obwohl die vollständige Realisierung der Forderungen unterstellt ist, würde die NRW-Forderung nur für bestverdienende Tarifangestellte eine Verbesserung gegenüber 1981 und 1980 bringen, während die für die niedrigsten Frauenleistungsgruppe günstigste Baden-Württemberg-Forderung zwar eine Verbesserung gegenüber 1981 bringen würde, aber nicht gegenüber 1980.

Nun wird ganz bestimmt nicht abgeschlossen wie gefordert. Außerdem ist fraglich, ob die von der IG Metall mit 5,5% angenommene jahresdurchschnittliche Inflation für 1982 so eintritt. Drittens sind in der Rechnung die Folgen der Kürzungen per Haushaltsbeschlüsse nicht berücksichtigt. Nein, so wird der Lohnstandard nicht gesichert. Im Gegenteil: Wenn die Inflationsrate nicht im ersten und zweiten Quartal 82 spürbar fällt (sondern z.B. weitersteigt, wofür auch allerhand spricht), können schon im dritten Quartal außerordentliche Maßnahmen erforderlich werden. Wieso schreibt unter derartigen Umständen der bei der IG Metall für die Tarifpolitik zuständige Janßen dann im Dezemberheft des „Gewerkschafters“: „Zumindest die Sicherung der Realeinkommen und damit der Ausgleich der Preissteigerungen ist Ziel der kommenden Tarifbewegung“?

Dies kommt so zustande: Ein Abschluß belastet die Kapitalisten wegen der Steuerprogression mit einer anderen Prozentquote, als sie beim Nettoer-

gebnis, mit dem der Lohnabhängige wirtschaften muß, spürbar wird. Tatsächlich würde eine Anpassung der Steuersätze, vorgenommen z.B. auf den 1. Juli, die Situation der Lohnabhängigenhaushalte deutlich verbessern können. Dagegen allerdings steht die Sozialkürzungspolitik von Bundestag und Bundesrat wie eine Mauer, die erst noch eingeworfen werden muß. Unleugbar mobilisiert die IG Metall gegen die Sozialkürzungspolitik der Bundesregierung. Selbst Janßen, an dessen Platz in der Kampffront der IG Metall sich noch in jeder schwierigen Situation ein Loch bildete, findet gegen diese Politik, wenn schon auch laue, so doch Worte: „... müssen wir auf unserer Forderung nach einem staatlichen Beschäftigungsprogramm und auf unserer Kritik an sozial unausgewogenen Sparbeschlüssen beharren.“

Wenn also auch unbestreitbar feststeht, daß das Abschlußergebnis der IG Metall eine Reallohnsicherung nicht bewirken kann, so ist gleichwohl wahr, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die Sozialkürzungsbeschlüsse, der in einen Kampf um Anpassung der Steuer an die Inflation überzuleiten wäre, die Situation der Lohnabhängigenhaushalte in der BRD und Westberlin auch noch für 1982 retten könnte.

Voraussetzung dafür allerdings ist ein Abschluß, der eine Festgeldkomponente enthält, die stark ist. Wieso? Weil a) nur so auf dem Wege einer Steueranpassung für die niedrig Gezahlten etwas Ernsthaftes herauskommt und weil b) ein solcher Abschluß für die höher Gezahlten den Kampf um eine Steueranpassung recht interessant macht.

Die Erfahrungen der letzten Lohnbewegungen der IG Metall zeigen, daß am Ende vom Lied dann doch ein „Modellabschluß“ herauskommt, die nebenstehenden Berechnungen zeigen unserer Meinung nach, daß man nur hoffen kann, daß Baden-Württemberg diesen Modellabschluß macht. Immerhin ist die Forderung dort so aufgestellt, daß ein sang- und klangloses Fallenlassen der Festgeldkomponente nicht möglich sein dürfte, genauso wie die Umwandlung in eine Abschlagszahlung von der dortigen IG Metall bereits jetzt zurückgewiesen wird. In einem Flugblatt der IG Metall wird dazu Steinkühler zitiert: „Zur völligen Klar-

heit fügte er hinzu, „daß die 100 Mark kein Einmalbetrag seien. Die soll es jeden Monat geben. Sie werden in die Lohntabelle eingehen.““

Aus all diesen Gründen ist nicht ratsam, jetzt über die niedrige Forderung groß zu streiten. Daß diese Forderung den Reallohn nicht sichert, ist nicht streitfähig, sondern steht fest, man kanns ausrechnen. Daß eine Steueranpassung im Sommer die Lage ändern würde, steht allerdings auch fest. Man sollte deswegen Tarifabschluß und Kampfführung daran messen, ob sie für eine derartige Fortsetzung des Kampfes Anhaltspunkte geben und taugen.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Obwohl die aufgestellten Forderungen den Reallohn nicht sichern, machen sie eine Sicherung des Reallohnes möglich. Der ingrimmige Kampf um einen Abschluß zum Beispiel von 90 DM und 2% würde lohnend sein und hätte eine Perspektive.

EKD-Kirchen Halten DDR-Kirchen aus, stiften Unruhe

Die evangelischen Kirchen in der DDR beschlossen auf ihrer letzten Bundessynode im September, einen „Sozialen Friedensdienst“ als „waffenlosen Wehersatzdienst aus Gewissensgründen“ von der Regierung der DDR zu fordern. Die Synode der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik, der EKD, begrüßte warm die Aktivitäten der DDR-Kirchen. Hatte die EKD früher die „nicht immer eindeutige Haltung der Kirchenleitungen“ in der DDR gerügt, konnte sie seit 1976 feststellen: „... verstärkte sich die Tendenz, die politischen Verhältnisse in der DDR wieder stärker auch öffentlich zu kritisieren.“

Die Kritik der „politischen Verhältnisse in der DDR“ zu stärken, dafür scheint den Kirchen in der Bundesrepublik das Konzept „sozialer Friedensdienst“ gut geeignet: „... macht die Sorge der SED manifest: die Einführung des sozialen Friedensdienstes würde, da die Gewissensprüfung von der Partei abgelehnt wird, die allgemeine Wehrpflicht faktisch aufheben ... was die ohnehin beträchtlichen Personalprobleme der DDR-Volksarmee erheblich vergrößern würde.“ „Weit notwendiger ist dagegen eine grundsätzliche Auseinandersetzung über das SED-Konzept der Friedenssicherung, bei der die in der DDR seit Jahren betriebene Militarisierung aller gesell-

schaftlichen Bereiche ebenso in Frage gestellt werden muß, wie das in Ost und West gleichermaßen verfolgte Abschreckungskonzept.“ (Lutherische Monatshefte 10/81)

Woher nimmt sich das Bischofsblatt heraus, die „grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem SED-Konzept“ zu propagieren? In der Friedensdenkschrift, Anfang November, hat die EKD ihr Recht auf diese „grundsätzliche“, zersetzende Propagandatätigkeit in der DDR betont: „Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Hier bestehen enge geschichtliche und soziale Berührungen auf vielen Ebenen, die der Verständigung zwischen Ost und West zugute kommen können.“

Auf welche Geschichte verweist die EKD? Bis 1969 nannte sich die EKD, in der die evangelischen Kirchen der BRD und der DDR vereinigt waren, gern die „letzte gesamtdeutsche Institution“. Auch nach der organisatorischen Trennung durch die Gründung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ 1969 beanspruchten die verbliebene EKD und der DDR-Bund eine „substantielle Einheit“: „Der Bund bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ (Artikel 4 der Grundordnung des DDR-Bundes). Entsprechend in der Grundordnung der EKD von 1974: „Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht ihre Mitverantwortung für die besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ (Artikel 3).

Das Wesentliche der „Mitverantwortung für die besondere Gemeinschaft“ hat der frühere Ratsvorsitzende der EKD O. Dibelius 1959 in seiner Schrift „Obrigkeit“ auf den Begriff gebracht: Er pries die „freie Welt“ als „gottgegeben“ und griff die DDR an als „Regime, das ich um Gottes und um des Herrn Jesus Christus willen überwunden sehen möchte.“ So christlich offen ist die EKD-Politik der Zersetzung und der Einmischung in der DDR nicht wieder vorgetragen worden.

Daß die Kirchen der DDR diese Sorte „Mitverantwortung“ nicht vergessen, dafür ist gesorgt. Ohne die Zuschüsse der EKD-Kirchen könnten die evangelischen Kirchen in der DDR ihre Tätigkeit in keiner Weise aufrechterhalten. In dem Handbuch der Bundesregierung über die DDR schreibt der Kirchenjournalist R. Henkys, der der Berichterstatter der EKD über die DDR ist: „Die Kirchen in der DDR erhalten dafür (Investitionen in Krankenhäusern und Heimen) und für an-

dere Aufgaben beträchtliche Hilfe von den Kirchen in der Bundesrepublik, deren Höhe jedoch niemals öffentlich beziffert worden ist.“ Die Kirchenneubauten in der DDR bezahlen zu 90% die Kirchenkassen der BRD-Kirchen.

Dankenswerterweise hat R. Henkys in der WDR-Sendung am 10.11.81 in seinem Bericht über die DDR-Synoden Genaueres angegeben: Etwa 60% aller Ausgaben der Kirchen in der DDR zahlen die Kirchen der EKD. Mit diesen Geldern betrieben die evangelischen Kirchen in der DDR nach Angaben von 1976: z.B. 51 Krankenhäuser mit 6841 Betten, 89 Heime für Behinderte mit 6240 Betten, 117 Erholungs- und Freiheitheime mit 3633 Betten, 326 Kindertagesstätten mit 17256 Plätzen.

Die EKD-Kirchen halten die evangelischen Kirchen in der DDR aus. Mit dem breiten Strom des Geldes können sie ihre Politik der zersetzenden Einmischung aufrechterhalten. Die EKD propagiert und unterstützt die „Pazifismus-Bewegung“ in der DDR. In ihrer Friedensdenkschrift dagegen hat sie den Einsatz von NATO-Atomwaffen zum Schutz der „bürgerlichen Freiheiten“ in der Bundesrepublik als „eine christliche Möglichkeit“ erneut bekräftigt.

BRD-DDR Der Kanzler auf Erpressungsreise

Zwei Ziele verfolgte der Kanzler bei seinem Besuch in der DDR: „menschliche Erleichterungen“ zu erreichen und diese ohne „Vorbedingungen“ seitens der DDR zu erreichen. So die offizielle Darstellung, derzufolge die „Menschenfreunde“ hierzulande, die Gegner „menschlicher Erleichterun-



Die BRD für „menschliche Erleichterungen“ zum Zweck der Einmischung

gen“ jenseits der Grenze angesiedelt sind. Denn die DDR behindere kaltblütig die West-Reisen ihrer Bürger selbst in dringenden Familienangelegenheiten und habe ebenso die „menschlichen Beziehungen“ durch Erhöhung des Mindestumtauschsatzes von 6,50 bzw. 13 auf 25 DM Ende 1980 erschwert. Also machte sich der Kanzler auf, um die Senkung des Mindestumtausches, die Erhöhung der Zahl der Reisen und der Übersiedlungen aus der DDR in die BRD durchzusetzen.

Ein größeres Hindernis aber galt es zu überwinden. Bisher hatte die DDR Vorbedingungen für die „Normalisierung der Beziehungen“ gestellt – nämlich die Normalisierung im Sinne des Völkerrechts. Sie verlangt die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft (die BRD anerkennt nur eine, die „deutsche“ Staatsbürgerschaft), die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in reguläre Botschaften, die Auflösung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, die die BRD zwecks Strafverfolgung von DDR-Funktionären nach der „Lösung der deutschen Frage“ unterhält, und die Festlegung der Elbgrenze in der Strommitte.

Die westdeutsche Bourgeoisie verweigert die Erfüllung vor allem der ersten drei dieser vier Forderungen, mit der sie ihren Anspruch auf Einverleibung der DDR offiziell aufgab. Sie will stattdessen die Grenzen öffnen nach dem Motto: Jeder Reisende ein Botschafter für die „Einheit der deutschen Nation“. Sie will die DDR-Staatsbürgerschaft nicht anerkennen, um den DDR-Bürgern mit der „deutschen Staatsbürgerschaft“ auch weiterhin ihren „Schutz“ anbieten zu können. Sie benutzt, ganz unabhängig davon, ob die Menschen in der BRD und in Westberlin, die in der DDR, oder die Menschen in der DDR, die in die BRD reisen möchten, dies wollen oder nicht, diesen Wunsch zu nichts anderem als zum Zwecke der Einmischung und Aggression.

Der Kanzler hat, so scheint es, sich durchgesetzt. Honecker gab zwar die Forderungen der DDR nicht auf, machte sie aber nicht mehr zur Vorbedingung weiterer Verhandlungen. Die der SPD/FDP-Regierung nicht immer wohlgesonnene „Frankfurter Allgemeine“ spricht von einem Erfolg. Man rechne damit, daß die Mindestumtauschsätze innerhalb der nächsten sechs Monate wieder gesenkt würden. Die „Bedenkzeit“ von sechs Monaten hatte die Bundesregierung der DDR zugestanden: Der Vertrag über den zinslosen Überziehungskredit im „innerdeutschen“ Handel, der zum Jahresende abläuft, wurde genau bis zum 30.6.82 verlängert. Senkt die DDR den Mindestumtausch bis dahin nicht, muß sie 500 Mio. DM an die BRD zahlen.

Frieden durch Wehrkraft! Regierung und Opposition arbeiten Hand in Hand beim Ausbau der „wehrhaften Demokratie“

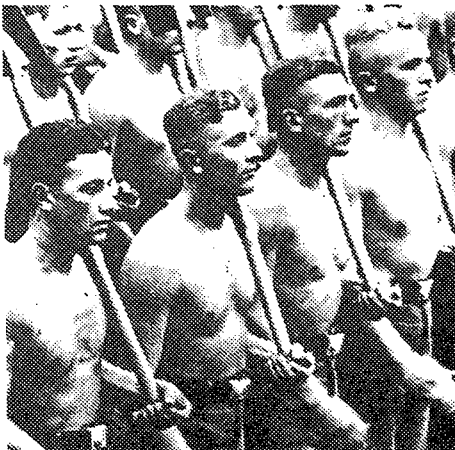
Der ideologische Kampfauftrag der Bundeswehr stand in zwei Bundestags-sitzungen Ende November zur Debatte. Trotz aller unterschiedlichen Ansichten im Einzelnen waren sich Regierung und Opposition bemerkenswert einig. Der Abgeordnete Biehle für die CDU/CSU: „Ohne die Verdienste anderer demokratischer Gruppierungen schmälern zu wollen, darf ich auch hier noch einmal dokumentieren, daß die Bundeswehr mit 495 000 Soldaten und 180 000 zivilen Mitarbeitern – wenn Sie so wollen: 675 000 Frauen und Männer – wohl die größte Friedensinitiative darstellt, die wir in unserem Volke haben.“ Verteidigungsminister Apel unterstrich dies unter „Beifall bei allen Fraktionen“ noch einmal: „... ich bleibe dabei: Eine der größten Friedensbewegungen in unserem Lande ist die Bundeswehr selbst.“ (27.11.)

Der Kampfauftrag lautet: den „Frieden“ an der ideologischen und politischen Front im Inneren herzustellen. Die „Friedensinitiative“ Bundeswehr wird gegen all jene in Marsch gesetzt, die die Aufrüstung der BRD als Vorbereitung zum Krieg bekämpfen. Das Befriedungskonzept der Bourgeoispolitik ist brutal einfach: dem „Dienst für den Frieden“ die gebührende gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen.

Die mittleren und höheren Offiziersränge bedürfen der moralischen Aufrüstung, damit ihre Dienst- und Einsatzfreude am „Beförderungsstau“ nicht ärgeren Schaden nehme. Deshalb will die CDU/CSU durch entsprechende Aufstockung des Verteidigungshaushaltes noch mehr zusätzliche Planstellen locker machen, als Apel ohnehin schon zur Verfügung stellt.

Die wehrfähige Jugend bedürfe der „Anerkennung“ und Strenge zugleich. Der „Anerkennung“, denn die „Opfer“ der Wehrpflichtigen seien hoch, schon sowieso und noch mehr angesichts der bevorstehenden „geburtenschwachen Jahrgänge“ und nochmal mehr angesichts der bestehenden „Wehrungerechtigkeit“. Der Strenge, damit endlich Klarheit herrsche, „was junge Menschen der Gemeinschaft schuldig sind“ (Apel am 26.11.). Und das ist nach den Vorstellungen der CDU/CSU, die von der SPD/FDP-Regierung fast gänzlich geteilt werden: „Verlängerung der Wehrdienstzeit, Überprüfung der Zurückstellungsgründe, Veränderung der Tauglichkeitskriterien, Erhöhung der Zahl der Planstellen, Heranziehung auch von ange-

henden Medizinerinnen zum Wehrdienst vor ihrem Studienbeginn und schließlich auch die totale Überprüfung der immer größer werdenden Wehrungerechtigkeit, dazu gehört auch der Komplex der Kriegsdienstverweigerung ... Da nur knapp 60% eines Geburtsjahrganges echten Wehrdienst leisten,



„Für Frieden“ – mit dem Machtantritt des Faschismus verwandelt die Monopolbourgeoisie Deutschland in ein einziges Militärzuchthaus. Oben rechts: „Wehrkunde“; unten links: Arbeitsdienst; unten rechts: KZ-Häftlinge.

verfolgen unsere jungen Soldaten, die aktiv Dienst leisten, die Entwicklung natürlich mit großer Aufmerksamkeit. Diese Soldaten, die während ihrer Dienstzeit etwa 10 000 bis 15 000 DM gegenüber denen einbüßen, die zu Hause bleiben, im Beruf Fortkommensmöglichkeiten haben, erwarten, daß diejenigen, die weder Wehr- noch Ersatzdienst leisten, obwohl sie dazu tauglich sind, gleichfalls zu einer entsprechenden Belastung herangezogen werden.“ (Abg. Biehle am 27.11.)

Wenn den Wehrpflichtigen die Verlängerung des Wehrdienstes auf mindestens 18 Monate abverlangt werden kann als „Schuld“ gegenüber der „Gemeinschaft“; wenn denjenigen, die bislang zurückgestellt werden, etwa weil sie hilfsbedürftige Angehörige zu versorgen haben, abverlangt werden



kann, daß sie ihre hilfsbedürftigen Angehörigen dem „Dienst an der Gemeinschaft“ unterordnen; wenn Kranken und Behinderten abverlangt werden kann, daß sie ihren „Dienst für Frieden und Freiheit“ ableisten können und sei's in der Bundeswehrverwaltung – dann kann den Teilen der wehrfähigen Jugend, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung partout in Anspruch nehmen wollen, zumindest ein Gewissen abverlangt werden, das nicht nur hochnotpeinlichen Prüfun-

gen, sondern größten Belastungsproben standhält. Im nächsten Frühjahr wollen Regierung und Opposition eine Gesetzesnovelle zur Verlängerung des Zivildienstes auf mindestens 20 Monate vorlegen und durch diese weitere Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zum Wohle des Friedens neue Wehrkraft schaffen.

Doch damit ist längst nicht Schluß. Apel, Biehle und all die Friedensexperten gleich welcher Partei beginnen bei den „jungen Menschen“ und dem, was sie „der Gemeinschaft schuldig sind“, und nehmen dabei die „Gemeinschaft“ ins Visier. Der FDP-Abgeordnete Popp fand die volle Zustimmung des Hohen Hauses, als er ausrief: „Der Verteidigungswille kann nicht allein Sache der Wehrpflichtigen oder allgemein der Soldaten sein ... Er entspricht dem natürlichen Selbsterhaltungswillen eines Volkes.“ (26.11.)

Wenn die ganze wehrfähige Jugend so ausnahmslos in die Pflicht gegenüber der „Gemeinschaft“ genommen wird, dann hat diese, genauer die werktätige Bevölkerung samt ihrer noch nicht wehrfähigen Jugend, ebenfalls



1956: Adenauer und Verteidigungsminister Blank inspizieren die erste Einheit der Bundeswehr. Die Bourgeoisie hat gegen heftigen Widerstand ihre Wiederaufrüstung durchgesetzt.

ihren Friedensbeitrag zu leisten: Die noch nicht wehrfähige Jugend soll in der Schule bereits auf ihre Aufgabe vorbereitet und wehrkundlich bearbeitet werden. Die ganze werktätige Bevölkerung soll den Verteidigungshaushalt nicht nur mit ihren Steuern zahlen, sondern jede „Spar“-maßnahme hinnehmen, damit der Frieden durch immer mehr und immer neue Rüstung immer sicherer werden kann. Und schließlich und vor allem soll die Dienstpflicht auf weitere Teile der werktätigen Bevölkerung erstreckt werden.

Mitte 1979 verlangte die CDU/CSU durch eine Kleine Anfrage die Vorlage

eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes. Seit dem 31.5.1980 liegt ein Referentenentwurf des Ministeriums für Familie, Jugend und Gesundheit dazu vor. 1982 soll das Gesetz endgültig verabschiedet werden. Damit werden nicht nur die im Zuge der Notstandsgesetze verabschiedeten Sicherstellungsgesetze um ein weiteres vermehrt, sondern zugleich die Sicherstellungsbefugnisse der herrschenden Klasse in der Vorbereitung des Krieges erheblich ausgeweitet. Nach den bisher verabschiedeten Gesetzen:

- werden bereits seit einigen Jahren Planungsmaßnahmen im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes von 1965 getroffen;

- kann die Bundesregierung in „Krisenzeiten“ das Wirtschaftssicherstellungsgesetz anwenden, das sie zu Eingriffen in die Produktion, Zulieferung, Verteilung und den Verbrauch aller lebens- und kriegswichtigen Waren und Dienstleistungen ermächtigt, ebenso das Ernährungssicherstellungsgesetz zur Erfassung, Ablieferung, Bewirtschaftung und Zuteilung von Nahrungsmitteln, dessen Anwendung durch die statistische Erfassung der Bauernhöfe und Nahrungsmittelbetriebe vorbereitet wird, und schließlich das Verkehrssicherstellungsgesetz, mit dem die öffentlichen und privaten Verkehrsmittel nach militärischem Bedarf eingesetzt werden;

- wird im „Spannungsfall“ in Anwendung des Arbeitssicherstellungsgesetzes das Kündigungsrecht für Lohnabhängige generell aufgehoben und können Wehrpflichtige, d.h. Männer zwischen dem 18. und dem vollendeten 45. (im Kriegsfall 60.) Lebensjahr, dienstverpflichtet werden;

- können im „Verteidigungsfall“ ebenfalls in Anwendung des Arbeitssicherstellungsgesetzes Frauen vom 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr zum Arbeitsdienst im zivilen und militärischen Sanitätswesen verpflichtet werden.

Im Unterschied zu diesen früheren Gesetzen, mit denen die Bourgeoisie für den „Spannungs-“ oder „Verteidigungsfall“ brutale Eingriffe in die Rechte der arbeitenden Bevölkerung ankündigt, die sie mit Militärgewalt durchzusetzen entschlossen ist, vorbereitende Maßnahmen aber eher unauffällig durchgeführt werden, soll mit dem Gesundheitssicherstellungsgesetz das gesamte Gesundheitswesen bereits in Friedenszeiten den „besonderen Anforderungen eines Verteidigungsfalles“ angepaßt, d.h. militarisiert werden. Die Auswirkungen für die Beschäftigten und Selbständigen im Gesundheitswesen einschließlich derjenigen, die ihren Beruf nicht ausüben, sind weitreichend: Sie werden per

Rechtsverordnung nach Name, Alter, Anschrift, Ausbildung usw. erfaßt, unterliegen praktisch analog zur Wehrüberwachung einer Art Dienstüberwachung und werden im „Spannungs- und Verteidigungsfall“ sofort dienstverpflichtet.

All diese Angriffe der Bourgeoisie, die Militarisierung der Schulerziehung, die doppelte und dreifache Ausweitung der Wehrpflicht, die ständige Erhöhung der Rüstungslasten, die Einführung und Ausweitung der Dienstpflicht, werden vorgetragen unter der Parole der „wehrhaften Demokratie“ – so der schon zitierte FDP-Abg. Popp – und zielen darauf, die Verhältnisse in der Bundeswehr als Maßstab der Ausgestaltung der „Demokratie“ durchzusetzen.

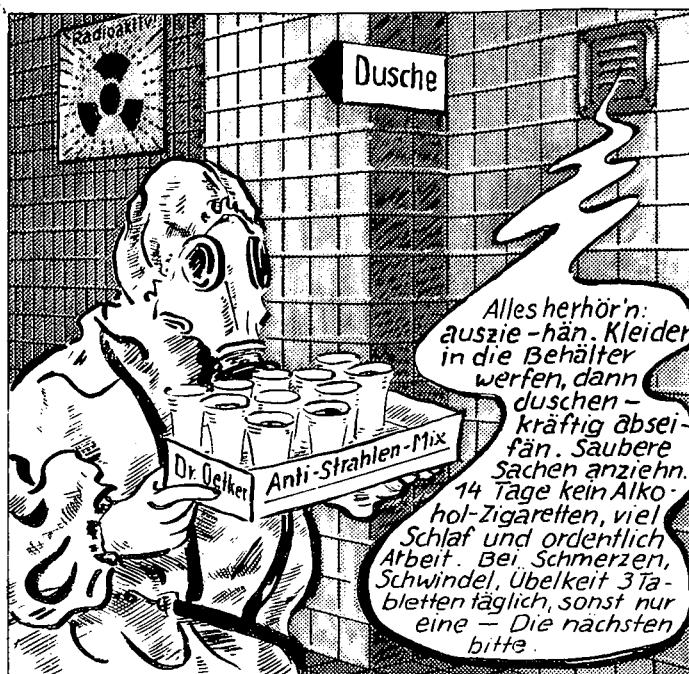
All diese Angriffe jedoch stoßen auf erbitterten Widerstand der jeweils Betroffenen. Die Schuljugend widersetzt sich, unterstützt von der Gewerkschaftsbewegung, ihrer „friedenspolitischen“ Indoktrinierung und Unterdrückung; in vielen Städten arbeiten Initiativen und Komitees gegen die Verlängerung des Wehrdienstes; immer noch wachsende Teile der wehrfähigen Jugend nehmen das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, in Anspruch und wehren sich gegen die Entrechtung durch Verlängerung des Zivildienstes. Ungeachtet aller Strafandrohung haben sich in den letzten Monaten Tausende von Reservisten ihrer Wehrpässe entledigt und sich damit ihrer militärischen Verplanung verweigert; die Beschäftigten im Gesundheitswesen organisieren verschiedene politische Aktionen von der Unterschriftensammlung bis zur Teilnahme an Demonstrationen gegen ihre geplante Dienstverpflichtung.

Sie alle wehren sich gegen die Militarisierung und die Ausweitung des Militärstatuts, d.h. jenes Zwangsverhältnisses, dem die wehrpflichtige Jugend während des Wehrdienstes und erst recht im „Verteidigungsfall“ unterworfen ist. „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“, die es zu verteidigen gelte, halten dazu her, Recht und Freiheit den Wehrpflichtigen zu rauben. Die „Würde des Menschen“, die es zu schützen gelte, dazu, die Würde der Wehrpflichtigen mit Stiefeln zu zertreten. Der „natürliche Selbsterhaltungswille“ dazu, der werktätigen Bevölkerung fremden Willen aufzuzwingen und ihren eigenen Willen zu unterdrücken.

Selbst die individuellen bürgerlichen Rechte der Wehrpflichtigen sind mit ihrer Pflicht, „treu zu dienen“, unvereinbar. So ist ihr Recht auf „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ erstickt durch das Prinzip des Befehlens und Gehorchens, die „Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses“ durch die



Gesundheitssicherstellungsgesetz
in Wort und Bild



Innere Führung, innere Ordnung, Auftragstaktik

Die innere Lage der Bundeswehr sei weniger durch disziplinäre als durch Motivationsprobleme gekennzeichnet, stellt der Generalinspekteur der Bundeswehr auf der Kommandeurstagung Ende Oktober fest und zwar, sehr bemerkenswert, ohne eine Konsequenz zu ziehen. Wer sich erinnert, welche Bedeutung die Doktrin von innerer Führung und vom Staatsbürger in Uniform vormalig in solchen Fällen hatte, wird begreifen: Es tut sich was bei den Kommandeuren. Tatsächlich pfeift neuerdings aus allen Militärlöchern ein anderes Tönen. An den Stellen, wo vormalig von innerer Führung die Rede war, wird nun von Auftragstaktik gesprochen. Nicht der Begriff, seine Anwendung auf Motivationsprobleme ist neu. Wozu war die Doktrin von innerer Führung und Staatsbürger in Uniform gut?

Die Führung der Armee geschieht unter der Fiktion, daß sie ein handhabbares Instrument für politische Zwecke sei und zwar gegen den Feind und für die politisch festgelegten Kriegsziele. Die innere Führung umschreibt, daß dem in der Realität nicht so ist. Ihr Problemkreis umfaßt das weite Feld des Auseinanderlaufens von Interessen und Aufträgen der Soldaten. Die Vorstellung, nach der die Armee ein willenlos gehorchendes Instrument des Staates zu sein hatte, beruht auf der Idee vom Staat als der höchsten Verkörperung der Sittlichkeit, des Rechtes.

Diese Vorstellung wurde durch den Hitlerfaschismus unleugbar widerlegt. Die innere Führung war Reaktion auf diese geschichtlichen Erfahrungen und wichtig zur Durchsetzung der Wiederbewaffnung. Zu den rechtlichen Instrumenten der inneren Führung sind vorzüglich jene zu zählen, die zivile Kontrolle innermilitärischer Vorgänge erlauben, besonders zu nennen das Recht auf öffentliche Verhandlung schwerwiegender Disziplinarsachen, das Recht auf Beschwerde unter Umgehung des Dienstweges an den Wehrbeauftragten des Bundestages, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und formal auch auf politische Betätigung im zivilen Teil des Soldatenlebens. Die Doktrin von der inneren Führung tat ihren Zweck in Bezug auf die öffentliche Meinung. Daß durch Gewährung derart verstümmelter ziviler Rechte dem Soldaten ein Motiv zur Verteidigung dieser seiner Lebensumstände mitgegeben würde, ist nicht eingetreten.

Dies wird sich auch in der Zukunft nicht ändern, schon weil die Krisenhaftigkeit des gesellschaftlichen Lebens zunimmt und selbst der ungeminderte Besitz bürgerlicher Rechte für viele kein Motiv zur Verteidigung dieser Gesellschaft hervorbringt.

Prompt findet man in der Militärfachpresse auch Ersatz der Floskel „innere Führung“ durch den Begriff „innere Ordnung“. Dies läßt stark vermuten, daß ein Angriff auf die Rechtsinstrumente, die der inneren Führung die Begründung verdanken, bevorsteht.

Nun war die innere Führung nicht nur zur Regulierung der Verhältnisse zwischen dem höheren Befehlkörper und den Truppenmassen da. Sie war auch das gegebene Mittel zur Behandlung von Widersprüchen z.B. zwischen den verschiedenen Ebenen der Generalität und der Generalität und dem Verteidigungsministerium. So wie sie dem dienstgradlosen Soldaten ein gewisses Minimum bürgerlicher Rechte zubilligte, reduzierte sie die politische Einflußbildung der Generalität bzw. der höheren Offiziere ebenfalls auf dies Minimum. Das hatte zu Gründerzeiten eindeutig eine Schutzfunktion, die tiefbraune Vergangenheit des Führungskaders der Armee ließ politische Zurückhaltung zur unumgänglichen Vorsichtsmaßregel werden.

Wenn nun heute sowohl zu beobachten ist, wie Angehörige der Generalität in aktuelle politische Diskussionen eingreifen, und wenn gleichzeitig der Schrei nach verstärkter Anwendung von „Auftragstaktik“ ertönt, so deutet dies an, daß die direkten Beziehungen zwischen Generalität und Monopolbourgeoisie so weit gediehen sind, daß die Armee eine eigene politische Stimme haben will. Auftragstaktik bedeutet: Der Befehl, an den sich der Soldat zu halten hat, stellt nur das Ziel seines Handelns fest und bestimmt ihm nicht den Weg, auf dem er dieses zu erreichen hätte. Die Wahl des Weges bleibt seinem Sachverstand und seiner Initiative freigestellt. Für den Unteroffizier, der einen Erkundungsauftrag hat, mag dies bloß bedeuten, daß er neben oder auf der Straße laufen kann. Für den General, der eine Division kampfbereit zu halten hat, bedeutet es mehr, viel mehr.

Obwohl diese Entwicklung noch sehr in den Kinderschuhen steckt: die Bundeswehrgeneralität strebt an, ein putschfähiges politisches Gewicht sich zu verschaffen.

Pflicht, für die FDGO einzutreten, die „Meinungsfreiheit“ u.a. durch die Kameradschafts- und Verschwiegenheitspflicht, die Freizügigkeit durch den Kasernenzwang; die Unverletzlichkeit der Wohnung gilt weder für die aufrechterhaltene Zivilwohnung, die gegebenenfalls ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht werden kann, und erst recht nicht für die Unterkunft in der Kaserne, die jeder Vorgesetzte, wann es ihm paßt, durchstöbern kann usw. usf. Die Grundsätze dieser Rechtlosigkeit hat die Bourgeoisie ebenfalls in ihre „Sicherstellungsgesetze“ eingebracht bzw. will sie einbringen. Die Freiheit des Lohnabhängigen, die ihn



Widerstand gegen die Notstandsgesetze

vom Sklaven unterscheidet, nämlich seine Arbeitskraft frei zu verkaufen, wird z.B. für die Eisenbahnarbeiter durch das Verkehrssicherstellungsgesetz und die Einschränkung des Grundrechts der Freizügigkeit außer Kraft gesetzt, ebenso wie sie für die Beschäftigten im Gesundheitswesen durch das Gesundheitssicherstellungsgesetz außer Kraft gesetzt werden soll. Ausdrücklich eingeschränkt wird ebenfalls das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

Jeden Widerstand im Inneren gegen den imperialistischen Krieg und seine Vorbereitung zu brechen, die Arbeitskraft der Werktätigen zu beschlagnahmen zum Zwecke der Kriegsführung, diese Absicht verfolgt die westdeutsche Bourgeoisie mit der Dienstverpflichtung, deren gesetzliche Grundlagen sie jetzt ausbaut. Zwangsläufig kollidiert diese Absicht mit den von der Arbeiterbewegung erkämpften politischen und gewerkschaftlichen Rechten. Mit der Unterdrückung der wehrpflichtigen Jugend der arbeitenden Klassen hat die Bourgeoisie im Zuge der Wiederaufrüstung den Maßstab für die

Unterdrückung und Entrechtung der arbeitenden Klassen selbst gesetzt.

Die Wehrpflichtigen dürfen zwar Vereinen, also auch Gewerkschaften, angehören, jedoch in der Kaserne nicht für sie tätig werden. Sie haben keinerlei Tarifrecht. Ihre Arbeitszeit ist praktisch unbegrenzt, der Wehrsold knapp ein Taschengeld. Dienen sei nicht mit Verdienen zu verwechseln, wiederholte Apel am 26.11. im Bundestag. Ihre wirtschaftliche Zwangslage macht den Wehrpflichtigen weitgehend unmöglich, sich wenigstens nach Dienstschrift dem Kasernenleben und der ständigen Kontrolle zu entziehen. Essen, Schlafen, Ausgang, jede Betätigung nimmt

der bürgerliche Staat unter seine Vormundschaft. Zwar dürfen sich die Wehrpflichtigen versammeln, jedoch nicht zu dem Zwecke, sich gegen den Dienstherrn zusammenzuschließen. Das Streikrecht ist vollständig beseitigt, seine Wahrnehmung wird als Meuterei streng bestraft. So wenig Rechte die Wehrpflichtigen haben, so viele Pflichten sind ihnen auferlegt, und so viele Pflichten, so viele Strafgründe hat die Bourgeoisie. Zur Unterdrückung der Soldaten kommt sie mit ihren gewöhnlichen Gesetzen nicht aus, sie hat mit dem Wehrstrafrecht und der Wehrdisziplinarordnung zusätzliche Unterdrückungsinstrumente geschaf-

fen. Dies alles zu dem Zweck, den Willen der Soldaten zu brechen und sie in willenlose Werkzeuge für ihre imperialistischen Ziele zu verwandeln.

Die Bourgeoisie hat die Unterstützung der Soldaten unter Strafe gestellt. Sie setzt die „Friedensinitiative“ Bundeswehr gegen die Gegner der Aufrüstung und Militarisierung in Marsch. Um so dringlicher wird, den Widerstand gegen die Ausweitung des Militärstatus mit der Unterstützung der wehrpflichtigen Soldaten, gegen die fortschreitende Entrechtung mit dem Kampf für individuelle, gewerkschaftliche und politische Rechte der Soldaten zu verbinden.

Ausbildung ausländischer Offiziere: lauter Interventionsmöglichkeiten!

1961 nahmen die BRD-Imperialisten die Ausbildung von Soldaten aus Staaten der Dritten Welt in deren Ländern und in der BRD auf. Zur Vorbereitung begannen sie mit der Entsendung von Militärattachés ins Ausland. Offizieller Vorwand der „Ausbildungshilfe“ war: Sie sei „eine Entwicklungshilfe für den öffentlichen Dienst dieses Landes“. Tatsächlich wollte die BRD ihre ökonomische Expansion durch direkten militärischen Zugriff verstärken. Waffenlieferungen rechtefertigten Ausbildungsabkommen, beide die Bildung inoffizieller Stützpunkte in fremden Staaten. Ein Schwerpunkt der BRD-Imperialisten waren die unabhängigen gewordenen Staaten Afrikas.

Im Juni 1963 meldete die Bundesregierung, sie habe „Militärhilfe-Abkommen“ mit Nigeria, Sudan, Somalia, Guinea und Madagaskar abgeschlossen. Bundesgrenzschutzbeamte bildeten in Afghanistan Polizeitruppen aus, Bundeswehroffiziere in Somalia die Polizei, im Sudan den Grenzschutz, in Tansania die Luftwaffe, in Madagaskar die Marine. Offiziere aus Thailand, Südkorea, Brasilien, Bolivien, Türkei und Äthiopien wurden in der BRD ausgebildet. In den folgenden Jahren häuften sich jedoch „Rückschläge“.

So waren in Nigeria 1964 42 „Ausbilder“ zwecks „Aufbau der Luftwaffe“ tätig. Am 8.1.1965, als die Imperialisten die Abtrennung der ölreichen Ostprovinz Biafra vorbereiteten, griff die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ die „Nigeria-Hilfe“ scharf an und fragte, „ob vielleicht ein Bürgerkrieg mit deutschen Waffen geführt werden soll“. Die Anfang 1966 an die Macht gekommene Militärjunta machte dem Treiben der BRD-„Ausbilder“ ein Ende und schickte sie nach Hause.

In Guinea tauchten 1962 unter dem Vorwand der „Ausbildung einer Pioniertruppe“ die ersten BRD-„Ausbilder“ auf. Bis 1969 bildeten sie 422 der 5400 Soldaten Guineas aus. Anfang 1970 mußte die Regierung gegen einen Putschversuch vorgehen, die meisten der in der BRD ausgebildeten Offiziere wurden entlassen, 13 wegen Verschwörung hingerichtet. Als im November portugiesische Kolonialtruppen aus Guinea-Bissau einfielen, rührten die von der BRD ausgebildeten Offiziere keinen Finger. Die Regierung brach die diplomatischen Beziehungen mit der BRD ab und wies alle „Ausbilder“ außer Landes.

Trotz solcher „Rückschläge“ bildete die BRD bis 1970 1482 Soldaten aus 12 afrikanischen Staaten aus.

Der zweite Schwerpunkt westdeutscher „Militärhilfe“ waren und sind die NATO-Staaten Griechenland, Türkei und Portugal. Am 15.12.1962 erreichte die BRD einen Beschluß des NATO-Rates, der ihr spezielle Verantwortung bei der Militärhilfe an Griechenland und die Türkei übertrug. Seitdem werden türkische und griechische Offiziere in der BRD ausgebildet, hat die BRD einen Schießplatz auf Kreta, putschte 1967 in Griechenland das Militär, 1980 das türkische Militär, wurde Griechenland zur EG-Mitgliedschaft „ermuntert“. In Portugal benutzt die BRD seit 1963 den Stützpunkt Beja, liefert Waffen, bildet Offiziere aus.

Um „Kritikern im eigenen Land keine Nahrung zu liefern“, hüllt sich die Bundesregierung seit 1970 über ihre Militärhilfe weitgehend in Schweigen. So flog die Ausbildung des chilenischen Oberst Kraushaar an der Führungsakademie der Bundeswehr 1975/-

76 ganz gegen ihren Willen auf. 1978 berichtete die Bundesregierung in ihrem Jahresbericht: „Aufgrund einer Empfehlung der NATO gewährt die Bundesrepublik ... seit 1964 den NATO-Partnern Türkei, Griechenland und seit einem Jahr auch Portugal eine Verteidigungshilfe ... von bisher ca. 1,25 Mrd. DM ... außerhalb der NATO wurden 1978 21 Ländern Hilfen in Höhe von 41,9 Mio. DM gewährt ... 1979/81 wird diese Hilfe auf 31 Länder mit einer Gesamtsumme von 151 Mio. DM ausgedehnt.“ Anfang 1981 wurden 219 Offiziere aus 39 Staaten in der BRD



82 nigerianische Soldaten wurden Anfang der 60er Jahre beim Fluganwärterregiment in Uetersen in Schleswig-Holstein ausgebildet.

ausgebildet, darunter sieben Offiziere aus Südkorea, Offiziere aus Paraguay, 31 Kadetten aus Iran. Die iranische Regierung berief diese Kadetten inzwischen zurück. Zum ersten Mal werden Offiziere aus Sambia, Senegal, Saudi-Arabien, Syrien und Kolumbien ausgebildet, Israel hat „Ausbildungshilfe“ beantragt.

Quellen zur BRD-„Militärhilfe“: U. Albrecht, B.A. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt, rororo aktuell, Reinbek 1972; Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.), Europa-Archiv Nr. 6, 1966, S. 221 f.; Keesings Archiv der Gegenwart, div. Ausgaben seit 1960, Angaben unter „Deutschland-West, Wehrwesen“; Deutscher Bundestag, Protokolle der 20. Sitzung vom 11.2.1981, der 54. Sitzung vom 30.9.1981, der 58. Sitzung vom 21.10.1981.

Bosch-VL: Beratung über 3% plus 100 DM

Auf der IGM-Vertrauensleuteversammlung bei Bosch Stuttgart-Feuerbach am 7.12. stimmten die ca. 300 Anwesenden bei 8 Gegenstimmen für den Forderungsvorschlag der Bezirksleitung von 3% plus 100 DM. Die Gegenstimmen traten für die Forderung von 150 DM und 5% ein. Gegen den hohen Festgeldbestandteil sprach sich kein Vertrauensmann aus. Der Betriebsratsvorsitzende wandte sich gegen ein höheres Forderungsvolumen 1. wegen der gespaltenen Auftrags- und Beschäftigungslage bei Metall und 2., weil die 100 DM Sockelbetrag mit tariflicher Leistungszulage 116 DM ausmachten.

Urlaub im Baugewerbe Erklärungsfrist läuft

Die Forderung der BSE: 30 Tage frei verfügbarer Urlaub, Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes, Anpassung der Ausgleichsbeträge. Bisher gilt: 18 Urlaubstage (bis 18 J.) bzw. 21 Tage (35 J.) und seit 1981 3 Tage zusätzlich im Winter. Die Arbeitgeberverbände wollten diese an den Lohnausgleichszeitraum (24.12. – 1.1.) anhängen und diesen Zeitraum zum

Am 2.12. fand eine Veranstaltung der GEW-Hamburg „Ein Stundenlohn für El Salvador“ statt. Es sprachen Vertreter der Nationalen Befreiungsfront und Alberto Evertz, Generalkonsul aus Nicaragua. U.a. forderten die 250 Teilnehmer die Bundesregierung auf, auf die USA einzuwirken, damit diese das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von El Salvador respektieren. Nach der Veranstaltung wurden Arbeitsgruppen gebildet u.a. zu den Themen: Gewerkschaften in El Salvador, Kirche, Rolle der BRD und USA, Geschichte des Widerstandes, der FDR.

Urlaub erklären; für die darin liegenden Werkstage zusätzliches Urlaubsgeld von 55% des Urlaubsentgelts zahlen, ansonsten auf 25% senken. Die BSE hat abgelehnt. Die Schlichtung sieht vor: ab 1.1.82 21 Arbeitstage ab 18 Jahre (1983: 22), ab 35 Jahre 24 Tage (1983: 25) frei verfügbar. Der Zusatzurlaub im Winter fällt ersatzlos. Das Urlaubsentgelt wird ab 1.1.83 von 9,14 auf 9,52% des lohnsteuerpflichtigen Bruttolohns (ab 35 Jahre) erhöht, sonst von 8,14 auf 8,52%. Die Ausgleichsbeträge wurden erhöht, zusätzliches Urlaubsgeld bleibt wie bisher.



Landesschülervertretung anerkennen!

Die bad.-Württ. Landesregierung lehnt die Anerkennung der am 18.10. von über 600 Schülern aus 300 Schulen des Landes gewählten Landesschülervertretung (LSV) weiterhin ab. Angeblich seien die Interessen der Schüler durch den Landesschulbeirat, von dessen Mitgliedern acht Schüler sind, genug vertreten. Der DGB-Kreisvorstand Mannheim hat auf Initiative des SMV-Arbeitskreises der DGB-Jugend eine Protestresolution an Landtagsabgeordnete verschickt, in der diese aufgefordert werden, die Forderung nach Anerkennung, materieller Unterstützung und schulgesetzlicher Verankerung der LSV zu unterstützen. Der DGB-Landesbezirk hat sich mit der LSV in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu besprechen. Vom 7. – 12.12. hatte die LSV zu Aktionswochen gegen Kürzungen im Schulbereich aufgerufen.

Abschluß nach sechs Wochen Dudenstreik

Zwischen den Streikenden im Duden-Verlag Mannheim (Bibliographisches Institut) und der Geschäftsleitung kam es am Freitag, den 11.12.1981, nach fast sechs Wochen Streik zu einem Abschluß. Die Gewerkschaft HBV hatte an ihrem Ziel, die effektiv gezahlten Gehälter besser abzusichern, festgehalten. Die Geschäftsleitung bot vor zwei Wochen an: ab 1.1.1982 drei Prozent und ab 1.4.1982 weitere drei Prozent. Nachdem sie mit Entlassungen drohte, wurden die Verhandlungen unterbrochen

und der Streik fortgesetzt. Der am 11.12.81 ausgehandelte HBV-Haustarifvertrag lehnt sich an die Tarifstruktur des DAG-Tarifvertrages an (sechs Gruppen). Der HBV-Tarif Buchhandel/Verlage hat fünf Gruppen, von der HBV gefordert wurden sieben Tätigkeitsgruppen, die den wirklichen Berufen und Tätigkeiten im Verlag entsprechen sollten. Ausgehandelt wurde eine Höhergruppierung von 140 der 160 Beschäftigten im Verlag. Außerdem wird für alle ab 1.1.1982 sechs Prozent mehr auf die Tarifgehälter gezahlt und ab 1.1.1983 1,5% mehr. Am 1.4.83 ist die Laufzeit zuende, und der neue Tarif muß ausgehandelt werden. In der Frage des Manteltarifs wurde entschieden, daß der HBV-Buchhandel/Verlage-Manteltarif gelten soll.

Schlichtung im Tischlerhandwerk

Die zweite Schlichtungsverhandlung für die rund 60000 Beschäftigten im Tischlerhandwerk NRW – zunächst ohne den sogenannten unparteiischen Schlichter – ist am 8.12. ergebnislos abgebrochen worden. Nächster Verhandlungstermin unter Vorsitz von Ministerialdirektor Peter Kraft ist der 19.12. Die Kapitalisten hatten zuletzt vor der Schlichtung ein Angebot von 2,25% vorgelegt, was auf den Facharbeiterrecklohn von derzeit 12,97 DM einer Erhöhung von 32 Pfennig oder 56 DM brutto im Monat entsprochen hätte. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hat dies als „völlig unzureichend“ abgelehnt und die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Sie fordert 8% (Lohnerhöhung: 1,03 DM oder 178 DM).



Die 12500 Stahlarbeiter bei Stelco in Hamilton, Kanada, haben ihren Streik nach 125 Tagen beendet. Das Ergebnis liegt nur wenig über dem, was die Stelco-Kapitalisten zu Anfang geboten hatten: 1,15 \$ pro Stunde Lohnerhöhung, Laufzeit drei Jahre. Der Abschluß sieht jetzt zusätzlich im zweiten Jahr 25 Cent und im dritten Jahr weitere 30 Cent vor. Dazu kommt ein Ausgleich von 70% des Anstiegs der Lebenshaltungskosten. Der Durchschnittslohn in dem alten Abkommen betrug 10,24 \$ die Stunde. Die Arbeiter waren am 31. Juli in Streik getreten für 3 \$ mehr, zweijährige Laufzeit und vollen Ausgleich der Inflation. Die Arbeiter bei Stelco produzieren 35 Prozent des kanadischen Stahls. Der Streik wurde von anderen Stahlarbeitern unterstützt – die Arbeiter bei Dofasco, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, spendeten 20000 \$ für die Streikkasse. Dennoch wirkte sich das in Nordamerika vorherrschende Prinzip der gewerkschaftlichen Organisation nach Fabriken hinderlich aus; branchenweite Streiks sind dadurch äußerst schwierig. Die Organisation der Dofasco-Arbeiter ist erklärtes Kampfziel der Stahlarbeitergewerkschaft.

Sanierungskonkurse und Massenentlassungen in der Metallindustrie

Villingen-Schwenningen. Die Anmeldung des Konkursverfahrens von Dual am 2.12.81 erregte einiges Aufsehen. Dual, in St. Georgen im Jahre 1900 gegründet, stellt Plattenspieler und Tonbandgeräte her. Seit 1975 wurde die Belegschaft von 3600 auf jetzt 1800 reduziert. Das Werk in Kenzingen mit über 300 Beschäftigten wurde geschlossen. Der Jahresumsatz des letzten Jahres wird auf 400 Mio. DM geschätzt. Die Anteile auf dem Weltmarkt beliefen sich auf 8%.

Durch die fortgeschrittenere Automatisierung der Konkurrenz und die Reallohnsenkungen, die es immer weniger erlaubt, teure HIFI-Anlagen zu kaufen, sanken die Produktionszahlen in diesem Jahr. Bereits im Frühjahr 81 gab die Landesregierung einen 10 Mio. DM-Kredit. Der derzeitige Schuldenstand von Dual beträgt 150 Mio. DM. Schon frühzeitig haben die Besitzer das Kapital aufgeteilt. Der Konkurs wurde nur für die Dual Gebr. Steidinger GmbH angemeldet. Nicht vom Konkurs betroffen ist die Perpetuum Ebner KG in St. Georgen, der sämtliche Liegenschaften und Produktionsmittel der Werke gehören. Der Wert beträgt ca. 20 Mio. DM. Von dem Einbringen dieses Vermögens ma-



Am 10. November demonstrierten 3000 in Schramberg gegen die geplanten Massenentlassungen bei Junghans.

chen die Banken auch die weitere Kreditvergabe abhängig. Zur „Sicherung der Arbeitsplätze“ haben die Deutsche Bank, die Villingen Volksbank und die Landeskreditbank bereits 5 Mio. DM als Kredit gegeben zum Materialeinkauf. Weitere 6,8 Mio. DM hat die Deutsche Bank zur Zahlung der Novembergehälter und -löhne und des

Weihnachtsgeldes gegeben. Ein weiterer Kredit von 10 Mio. DM ist in Aussicht gestellt.

Seit Montag, den 7.12., läuft die Produktion auf vollen Touren. Teilweise werden Überstunden gemacht. Die geplanten 1000 Entlassungen sind nach Aussagen des Konkursverwalters Ringwald „vor Weihnachten nicht geplant“. Seit Anmeldung des Konkursverfahrens wird mit dem Thomson-Brandt-Konzern (Frankreich) über eine Übernahme verhandelt.

Neben Dual sind Saba in Villingen-Schwenningen (Rundfunk-, Fernseh- u. Tonbandgeräte), Junghans in Schramberg (Uhren) und Kienzle in Vill.-Schwenn. (Datenverarbeitungsanlagen u. Meßgeräte) die größten Betriebe der Region. In allen wurde nach Kauf durch Konzerne durchrationalisiert. Saba wurde 1968 an GTE (USA) verkauft. Im März 1980 verkaufte dieser die Saba an Thomson-Brandt. Die Produktion in Friedrichshafen wurde eingestellt. Die Belegschaft wurde von 3000 auf 2000 reduziert. Ende Dezember 81 sollen weitere 350 Beschäftigte entlassen werden.

Junghans, dem Diehl-Konzern in Nürnberg zugehörig, hat von Januar 81 bis Juni 81 700 Beschäftigte entlassen, von 2900 auf 2200. Für Ende 81 waren weitere 460 Entlassungen geplant. Für Junghans hat der Ausschuß für anzeigenschlichtende Entlassungen beim Landesarbeitsamt eine zweimonatige Kündigungssperre verhängt. Seit September 80 wird kurzgearbeitet. Die Kurzarbeit soll noch bis März 82 dauern. Kienzle, an dem der Mannesmann-Konzern durch ein Einstiegskapital von 150 Mio. DM mit 50% beteiligt ist, hat seit 1965 drei Werke stillgelegt. Geplant sind bis Ende 81 350 Entlassungen. Derzeit arbeiten 4000 bei Kienzle. Ende 1978 wurden bereits 1000 entlassen. Danach stieg der Umsatz von 725 Mio. DM 78/79 auf 763 Mio. DM 79/80. Viele der kleinen Zulieferbetriebe gingen pleite. Allein in einer Woche Anfang Dezember zwei 95 Arbeiter wurden arbeitslos.

Für die lohnabhängige Bevölkerung in der Region hat diese Entwicklung verheerende Folgen. Schramberg z.B. hatte 1975 noch 20144 Einwohner – jetzt nur noch 18985, obwohl die Geburtenrate nicht zurückgegangen ist. In Baden-Württemberg beträgt der Anteil der 20- bis 50jährigen an der Gesamtbevölkerung 42%. In Schramberg 36%. In den Altersklassen ab 65 Jah-

ren sind in Bad.-Wü. 14%. In Schramberg 19%. Über 3000 Lohnabhängige, hauptsächlich im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, mußten in den letzten zehn Jahren die Region verlassen. Werden die Entlassungen bei Dual, das 20% der Arbeitsplätze in St. Georgen stellt, durchgeführt, erhöht sich die Arbeitslosenzahl um ca. 500 und würde dann ca. 15% erreichen. In Schramberg, einer Stadt mit ähnlich hoher Arbeitslosigkeit, gingen die Umsätze des Einzelhandels in diesem Jahr bereits um 25% zurück.

Ganz klar sagen die örtlichen Politiker, wie die Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage auf die Lohnabhängigen zu behebend sind. Teufel, Fraktionsführer der CDU im Landtag: „Die Firmen müssen wieder Gewinne machen, dann können sie Arbeitsplätze schaffen.“ Kuhnrich, IHK Vill.-Schw.: „Die Lohnkosten sind bei uns zu hoch.“ Der Betriebsrat von Dual ließ unterdessen verlauten, daß „sie (die Belegschaft) zu einem begrenzten Lohnverzicht bereit sei, um die Sanierungsbemühungen zu unterstützen.“ Die Warnstreiks und Demonstrationen gegen die Entlassungen zeigen die Bereitschaft der Belegschaft, die Maßnahmen der Kapitalisten nicht tatenlos hinzunehmen.

Gesundheits„sicherstellung“ Dienstverpflichtung im Gesundheitswesen

In Braunschweig haben ca. 20 Ärzte eine Initiative „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“ gebildet, die sich zum Ziel setzt, vor dem Atomkrieg und den Kriegsvorbereitungen zu warnen, über die Folgen eines Atomkrieges für die Gesundheit und für das Gesundheitswesen öffentlich zu informieren und den Kampf gegen das Gesundheitssicherstellungsgesetz zu unterstützen. In einem Brief wurde die Ärztekammer aufgefordert, Stellung zu beziehen und eine Veranstaltung einzuberufen. Ein Flugblatt wurde verteilt, in dem das GesSG als Notstandsgesetz angegriffen wurde. Eine ÖTV-Veranstaltung mit 70 Teilnehmern fand im November statt.

Bereits im September wurde von 1500 Teilnehmern am „Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges“ in Hamburg das Gesetz abgelehnt. Über 1500 Ärzte haben einen Aufruf unterzeichnet, in dem die Zwangsverpflichtung von Ärzten und Krankenpflegepersonal sowie die Stationierung der Mittelstreckenraketen angegriffen wird.

Die Reaktion muß befürchten, daß sie in Kriegszeiten oder auch Zeiten harter Klassenkämpfe das Gesundheitswesen – vor allem das der Bundeswehr – nicht entsprechend ihren Zielen organisieren kann, weil die im Gesundheitswesen Beschäftigten diese Ziele nicht teilen und bekämpfen. Zum anderen will und muß sie den Eindruck erwecken, das Gesundheitswesen sei auch im Spannungsfall funktionsfähig. Zu diesem Zweck wird das GesSG vorbereitet. Der Referentenentwurf wurde im Sommer 1980 vorgelegt, wird aber wie eine Verschlusssache behandelt.

Nach dem Entwurf sind Ärzte, Zahnärzte etc. sowie Träger von sozialen Einrichtungen und Krankenhausträger verpflichtet, Auskunft zu erteilen über Ausstattung, Einrichtung und Daten der dort Beschäftigten. Diese Meldepflicht besteht sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes. Die Genannten müssen Besichtigungen zwecks Überprüfung der Angaben dulden. Alle Ärzte werden verpflichtet, an Fortbildungsveranstaltungen über Katastrophenmedizin teilzunehmen, die von der Bundeswehr mit organisiert werden. Ein „Plan zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles“ wird erstellt. Der Plan wird *nicht* veröffentlicht. Alle genannten Maßnahmen gelten ab Inkrafttreten.

Im „Spannungsfall“ oder „Verteidigungsfall“, der auch schon vorliegt, wenn ein „Angriff droht“, können Angehörige medizinischer Berufe dienstverpflichtet werden. Ein Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung und ist so gut wie nicht möglich. „Freiwillige“ können als Lohndrücker und Streikbrecher eingesetzt werden. Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen, Kinder- und Behindertenheime u.ä. können geräumt und verlegt werden. Krankenhausträger können verpflichtet werden, zusätzliche Einrichtungen mitzuversorgen. Die Behörden können Richtwerte anordnen, nach denen Patienten vorzeitig entlassen werden können und die Aufnahme verweigert werden kann. §28 macht den Weg frei für jede staatliche Willkür: „Reichen Maßnahmen auf Grund der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsvorschriften nicht aus, um den Gesundheitsschutz oder die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ausreichend zu sichern, so kann die zuständige Behörde im Einzelfall die zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen treffen ...“ Der Artikel 11 und 13 des Grundgesetzes (Freizügigkeit und Unverletzlichkeit der Wohnung) werden eingeschränkt. Das GesSG ermöglicht dem Staatsapparat die vollständige Einschränkung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte.

Schwerbehindertentagung Bad.-Württ.

„Neueinstellung eines Schwerbehinderten – derzeit wie ein 6er im Lotto“

Esslingen. So ein Schwerbehinderten-Vertrauensmann zum „Jahr der Behinderten“ auf der Arbeitskonferenz am 14.11. in Esslingen. Referenten waren vor über 400 Vertrauensleuten, Betriebsräten und Schwerbehinderten u.a. Franz Steinkühler und Karl-Heinz Janzen vom Hauptvorstand. Die Zahl geistig, psychisch und körperlich behinderter Menschen in der BRD liegt bei vier Mio. Erwerbstätig sind ca. 1,2 Mio. Von allen Erwerbstätigen sind 4,7% schwerbehindert, während der Anteil der Behinderten an den Arbeitslosen 6,9% ausmacht. Die Zahl arbeitslos gemeldeter Schwerbehinderter ist seit 1975 um 179% auf heute 95000 gestiegen (bei einem vergleichbaren Gesamt-Arbeitslosenanstieg von 39%). Von ihnen sind 40% über 55 Jahre alt.

Schwerbehindert ist nach dem Gesetz, wer einen „Grad der Minderung

nen sich die Kapitalisten nach §8 Schwerbehindertengesetz von der 6% – Pflichtquote freikaufen. Für sie ist der Behinderte auch deshalb „teurer“, weil er ab 50% Behinderung gesetzlich Anspruch auf sechs Tage mehr Urlaub im Jahr plus Urlaubsgeld hat. Darüberhinaus können auf Ausgleichsabgaben auch Aufträge an sogenannte „Beschützende Werkstätten“ mit einem Anteil von 30% angerechnet werden. Standard Electric Lorenz (SEL) hat z.B. von 1975 bis 1985 Aufträge in Höhe von 5,5 Mio. DM an solche „Werkstätten“ vergeben, kann sich so 126 Behinderten-Stellen im Betrieb sparen. Die Stundenlöhne, die etwa in einer „Beschützenden Werkstatt“ in Heidelberg gezahlt werden, liegen zwischen 0,31 und 2,77 DM.

Die Beiträge von 24 Diskussionsrednern auf der Tagung belegen: Die Kapi-



Bei SEL: Sehgeschädigter Arbeiter beim Abisolieren von Kabelbäumen (Bild links). Behinderter Programmierer mit Armschiene (Bild rechts).



der Erwerbsfähigkeit“ (MdE) von mindestens 50% aufweist. Zu 30 bis 49% Behinderte werden als „Gleichgestellte“ bezeichnet. 6% der Arbeitsplätze eines Betriebes müssen mit Behinderten besetzt werden. Die Bundesregierung kann diesen Satz auf 10% herauf- bzw. auf 4% herabsetzen. In Baden-Württemberg liegt die Quote derzeit bei 3,5%. Im Arbeitsamtbezirk Pforzheim z.B. gab es im Oktober 115 arbeitslose Schwerbehinderte, bei 1400 unbesetzten Pflichtplätzen. Von 20000 Kündigungsanträgen gegenüber Schwerbehinderten wurden 1980 von den 25 Hauptfürsorgestellen in der BRD nur 19% abgelehnt.

Mit lumpigen 100 DM im Monat steuerlich absetzbarer „Ausgleichsabgabe“ pro nicht besetztem Platz kön-

talisten produzieren und rekrutieren zunehmend Behinderte im eigenen Betrieb. Statistisch haben über 70% aller Behinderungen ihre Ursache in vorhergehendem körperlichem Verschleiß. Jährlich müssen 300000 die Frühinvalidität beantragen. Die Zahl von 50000 behinderten Kindern von Geburt an gibt ebenfalls Zeugnis darüber ab, welch ungesunden Arbeitsbedingungen Arbeiterinnen und Mütter unterworfen sind. Auf der Konferenz herrschte deshalb Einigkeit, daß der Kampf gegen Schicht- und Nachtarbeit, Akkord und schlechte Arbeitsbedingungen verstärkt werden muß.

Bei den letzten Schwerbehinderten-Vertrauensleutewahlen in der BRD wurden 3250 IGM-Vertreter gewählt. In 80 von 160 IGM-Verwaltungsstellen

gibt es Schwerbehinderten-Arbeitskreise. In Baden-Württemberg sind es derzeit nur sieben. Auf der Tagung wurde beschlossen, die Zahl auf alle 30 Ortsverwaltungen auszudehnen. Der Hauptvorstand will Anfang 1982 in allen Betrieben eine Erfassung zur Pflichtquote durchführen.

Für die nächsten Jahre anstehende Novellierung des Schwerbehinderten-gesetzes erhebt die IGM u.a. folgende Forderungen: Erhöhung der Pflichtquote auf 8% und der Ausgleichsabgabe auf 1/8 der jeweiligen Rentenbemessungsgrenze (z.Zt. 550 DM); gesetzliche Anerkennung des DGB als Behinderten-Organisation mit Sitz z.B. in den Hauptfürsorgestellen; keine Einschränkung von Rehabilitations- und Umschulungsmaßnahmen; Kontrolle der staatlichen Eingliederungsbeihilfen durch die Betriebsräte; Ausbau der Mitbestimmung der Betriebsräte; gesetzliche Gleichstellung des Stellvertreters des Schwerbehinderten-Vertrauensmanns (z.B. beim Kündigungsschutz). In Esslingen wurde auch die Forderung nach Freistellung des Schwerbehinderten-Vertrauensmanns von der Arbeit aufgestellt. So muß z.B. der Vertrauensmann von Daimler Benz Mannheim allein 1640 Behinderte betreuen.

Eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe hält der SPD-Bundestagsabgeordnete Glombig 1982 für unvermeidlich. Auch Arbeitsminister Ehrenberg mußte am 10.12. im Bundestag erklären, die Bundesregierung betrachte diese Forderung als „kein Tabu“. Bei SEL konnten folgende Vereinbarungen durchgesetzt werden: Schwerstbehinderte müssen ab einer Raumtemperatur von 28 Grad C (um 11 Uhr) bezahlt von der Arbeit freigestellt werden. Gehbehinderte erhalten 12 Minuten Wegezeit pro Tag, arbeiten also nur 39 Stunden pro Woche. „Gleichgestellte“ bekommen zwei Tage Jahresurlaub mehr.

Stadtverwaltung

255 Stellen gestrichen — aber Aufgaben gestiegen

Braunschweig. „Insgesamt sind also im Stellenplan 1981 (50 Beamten + 67 Angestellte + 138 Arbeiter) 255 Stellen weniger als im Stellenplan 1974 ausgewiesen, obwohl es in den letzten Jahren beträchtliche Aufgabenzuwächse gegeben hat, z.B. im Hauptamt: Durchführung der Bezirksverfassung. Rechtsamt: Anstieg der Ordnungswidrigkeiten von 1977 bis 81 (um) rund 30%. ... Einwohnermeldeabteilung: Zunahme von Asylbewerbern 1978: 153, z.Zt. ca. 1000 ... Schulverwal-

tungsamt: Steigerung der Zahlfälle 79–81 rd. 53%. Öffentliche Bücherei: Steigerung der Ausleihzahlen rd. 44%. Museum: Erweiterung der Öffnungszeiten 1973: 31 Std./Woche, ab 77: 45 Std./Woche. Sozialamt: Übertragung von Zuständigkeiten (dadurch 2800 Fälle mehr), Jugendamt: Inbetriebnahmen (1 Kindertagesstätte, 7 Jugendeinrichtungen u.a.), ... Stadtplanung-



Gartenarbeiter: nicht nur Intensivierung der Arbeit, auch Spaltung durch 60 ABM Jugendliche im Sommer.

saamt: Durchführung von Sanierungsmaßnahmen, Amt für Wohnungswesen: Wohngeldanträge (Steigerung 79 bis 81 rd. 30%), Stadtgarten- und Friedhofsamt: Grünflächenzugang 79 bis 82 ca. 120 ha (entspricht Arbeitskapazität von 30 Gartenarbeitern).“ (aus: Stellenplan 1982 der Stadtverwaltung Braunschweig)

Personaldezernent Dr. Lamberg hat sich in der Ratssitzung im November 81 zur Einbringung des Stellenplans 82 damit geäußert, daß der Personalkostenanteil jetzt unter 30% gedrückt werden konnte und heute mit die niedrigsten Personalkosten pro Einwohner vergleichbarer Städte aufzuweisen hat. Für 1982 sollen zwei weitere Stellen gestrichen und zwei gesperrt werden (ohne Krankenhäuser), obwohl 102 Stellen beantragt waren. Aber sogar dieser Oberstellenstreicher mußte auf der Ratssitzung betonen, daß weitere Stellenplankürzungen nicht mehr möglich sind. Nur dadurch, daß auch die Aufgaben gestrichen werden: also Streichung der Sozialleistungen. Das ist die neue Spaltungsline. Die Beschäftigten sollen ein Interesse an der Streichung von Sozialleistungen entwickeln.

Am 8.12.81 hat sich eine breite Aktionseinheit von Gewerkschaftern, insbesondere der ÖTV, und anderen Gruppen und Initiativen gegen die Sparmaßnahmen gegründet, die sowohl die Stellenstreichungen als auch die Kürzungen bei den Sozialleistungen bekämpfen will.

Wasserversorgung

Bayer. Bauernverband gegen Anschlußzwang

München. Zum 1. Januar 1982 müssen alle Gemeinden und Wasserzweckverbände ihre Wasserabgabensatzungen an die von der Bundesregierung verordneten „Allgemeinen Versorgungsbedingungen Wasserversorgung“ angleichen, was vor allem eine Neuregelung des Anschluß- und Benutzungszwangs bedeutet. Aus diesem Anlaß hat die Landesversammlung des Bayerischen Bauernverbands vom 27. November eine Entschließung gefaßt, in der eine Regelung des Benutzungszwangs zugunsten der Bauern sowie die Senkung der Wassergebühren und Anschlußkosten für Bauern gefordert wird.

Etwa seit Mitte der 70er Jahre, als die Bayerische Staatsregierung im Zuge der Gemeindereform das staatliche Monopol auf Wasserversorgung u.a. mit Hilfe einer Mustersatzung für die Gemeinden vollends durchzusetzen begann, haben sich die Bauern vor allem von Einödhöfen, Einzelgehöften und Weilern gegen den Anschlußzwang gewehrt, weil sie teils über eigene Brunnen, teils über funktionierende, aber kleine Wasserversorgungsanlagen verfügten. Da die Höhe der Anschlußgebühren sich wesentlich nach dem Umfang der Grundfläche und des bebauten Raumes richtet, sind sie für die Bauern häufig geradezu ruinös. So kann der Anschluß für einen Bauernhof etwa 21000 DM, für einen Aus siedlerhof sogar über 60000 DM kosten. Im Gegensatz dazu dürfen die Industriekapitalisten häufig eigene Brunnen betreiben und bekommen für den Anschluß staatliche Subventionen, falls sie aufs Land gehen. Umgekehrt müssen die Arbeiter und kleinen Selbständigen für die Baukosten von zentralen Wasserversorgungsanlagen herhalten. Nachdem die Anschlüsse einmal gelegt waren, haben die Gemeinden Jahr für Jahr den Wasserpreis erhöht.

Das Innenministerium stellt sich bisher gegen die Forderungen der Bauern. Im November wurde im Rechtsausschuß des Landtags eine Petition von 17 Bürgerinitiativen aus ganz Bayern abgelehnt, in der diese forderten, den Anschluß- und Benutzungszwang aufzuheben bzw. zu lockern und außerdem alle Planungen für umstrittene Wasserversorgungsanlagen einzustellen und zu überprüfen. Der Bayerische Bauernverband hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern dieser Bürgerinitiativen und Vertretern von Zweckverbänden gebildet, die sich mit der Durchsetzung seiner Forderungen weiter befaßt.

Westberlin

Ausländer — Die „Juden“ von morgen? CDU-Senat betreibt Massendeportationen

Westberlin. Als ungeheure Provokation und Beleidigung der Juden bezeichnete es der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin Galinski, als ein türkischer Abgeordneter der Alternativen Liste mit einem Judenstern, auf dem „Türke“ stand, vor dem Abgeordnetenhaus gegen den Ausländererlaß Lummers protestierte. Auch nach geringfügigen Änderungen sieht der Erlass vor: Abschiebung von Tausenden von jugendlichen Ausländern, die 18 Jahre alt und arbeitslos sind; Abschiebung aller 18jährigen Ausländer, die nach dem 20.11.81 eingereist sind und mit dem 18. Lebensjahr noch keine fünf Jahre in Westberlin oder der BRD leben; Einreisesperre für jugendliche Ausländer über 16 Jahre und solche, von denen nur ein Elternteil in der BRD oder Westberlin lebt; Einreisesperre praktisch für fast alle Ehepartner, denn der hier Lebende muß eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und eine Lohnhöhe, die für zwei reicht, aufweisen können; Verschärfung des

Asylrechts. Darüber hinaus beantragt Lummer Gesetzesänderungen dahingehend, daß vor dem 22. Lebensjahr keine unbefristeten Aufenthaltserlaubnisse und vor dem 25. Lebensjahr keine Aufenthaltsberechtigungen erteilt werden. Ausweisungen sollen auch bei Personen möglich werden, die Gewalt anwenden oder dazu aufrufen, gegen das Versammlungs- oder Vereinsrecht verstoßen oder dem Vorstand eines verbotenen Ausländervereins angehören. Ab bestimmten Zahlen von Ausländern seien die Belange der Bundesrepublik als beeinträchtigt anzusehen.

Hatte der türkische Abgeordnete übertrieben? In den 60er Jahren schwärmten die Anwerbekommissionen der Kapitalisten verstärkt nach Spanien, Italien, Griechenland und vor allem Jugoslawien und der Türkei aus, um vorwiegend den armen Bauern Kastiliens, Anatoliens, der Toscana usw. goldene Berge in der BRD zu versprechen (Kopfpfeis 120 DM!, ab 1972 300 DM). Zehntausende kamen und ver-

schwanden vor allem an die Fließbänder von Siemens und AEG, in den Straßenbau und die Müllabfuhr, in die Lager der Industrie- und Handelskonzerne, in Reinigungsfirmen, das Hotel- und Gaststättengewerbe und nicht zuletzt in den Fängen von Sklavenhändlern für jede Arbeit zu jedem Preis. Sie füllten die unteren Lohngruppen und brachten den Hausbesitzern für die letzten Löcher in den Ausländerwohnhäusern oder Hinterhöfen in Wedding und Kreuzberg noch einträglichen Mietzins ein. Solchermaßen ausgebeutet und unter Ausländerrecht unterdrückt, bespitzelt und ständig von Abschiebung bedroht, fand sich dennoch ein großer Teil der Ausländer aktiv an der Seite der Arbeiterbewegung in der BRD und Westberlin.

1972 verabschiedete der Senat sein Konzept zur bedarfsorientierten Integrationspolitik. Den Bedarf bestimmten die Kapitalisten. Diese befanden 1973, daß ihr Bedarf vorerst gedeckt sei, und veranlaßten einen bundesweiten Anwerbestopp. 1975 traten Zugangssperren für die Bezirke Tiergarten, Kreuzberg und Wedding in Kraft. Aber die ausländischen Arbeiter, unter denen seit 1971 die Türken die größte Anzahl ausmachen, konnten zu großen Teilen nicht mehr einfach zurück und wollten es vielfach auch nicht mehr.

Lage der ausländischen Schüler an Westberliner Schulen

Mit der Änderung des Schulgesetzes 1980 hat der Westberliner Senat die allgemeine Schulpflicht für ausländische Jugendliche eingeschränkt. Ausländische Kinder, die beim Zuzug nach Westberlin sieben Jahre oder älter sind, unterliegen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr der allgemeinen Schulpflicht. Jugendliche, die mit 14 oder 15 Jahren zuziehen, besuchen Eingliederungslehrgänge (EGL) und sind danach nicht mehr schulpflichtig, mit 15 Jahren Zuziehende nehmen an außerschulischen Maßnahmen zur Berufsvorbereitung (MBSE) teil, 16jährige unterliegen nicht mehr der Schulpflicht.

Mit diesen Maßnahmen wurde die Arbeitslosigkeit von ausländischen Jugendlichen vorprogrammiert, denn mit den Lehrgängen ist ein qualifizierter Schul- bzw. Berufsausbildungsabschluß nicht möglich. Im September 1978 betrug der Anteil der arbeitslosen ausländischen Jugendlichen 20%—von insgesamt 2673 arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren, im September 1980 31,5% und im September 1981 40%. Von diesen 40% waren allein 800 Jugendliche, die an MBSE-Lehrgängen teilgenommen hatten.

Die Lage der ausländischen Schüler an den Schulen hat wenig mit „Integration“ zu tun und wird sich durch die vom Senat geplanten Einsparungen im Schulbereich weiter verschärfen. 70% der ausländischen Schüler erhielten 1979 keinen Schulabschluß. Zu wenige Lehrer, zu wenig Lehr- und Lernmaterial stehen zur Verfügung, Förderunterricht fällt aus. Die schulpflichtigen ausländischen Kinder, die nach Westberlin kommen, müssen zum Teil



Demonstration am 28.11.81 gegen den Ausländererlaß

länger als drei Monate warten, bis sie am Unterricht in Vorbereitungsklassen teilnehmen können. Teilweise müssen sie auch in anderen Bezirken zur Schule gehen. Mit den „Leitlinien und Maßnahmen zur Ausländerintegration“ (1980) legte der Senat fest, daß bei einem Anteil der ausländischen Schüler von mehr als 50% in einer Klasse reine Ausländerklassen eingerichtet werden sollen. Gegen die Einrichtung dieser Ghetto-klassen haben Schüler, Eltern und Lehrer protestiert und Streiks durchgeführt. Die GEW hat sich gegen alle Maßnahmen des Senats, die Rechte der ausländischen Schüler zu beschränken, ausgesprochen.

Auf einem Kongreß der GEW am 12.12.81 zum Thema Ausländerkinder forderten die Teilnehmer in einer Resolution den grundsätzlichen gemeinsamen Unterricht für deutsche und ausländische Kinder, muttersprachlichen Unterricht für ausländische Kinder von der ersten bis zur letzten Klasse, für jede Klasse mit ausländischen Kindern grundsätzlich eine deutsche und ausländische Lehrkraft. Die Pläne des Senats, ab dem neuen Schuljahr separate Klassen für „rückkehrwillige“ Türken einzurichten, wurden zurückgewiesen.



Asylanten im Hungerstreik

Sie ließen ihre Angehörigen nachkommen und setzten Kinder in die Welt. Die Zahl der Ausländer stieg weiter an und liegt heute bei 240000 in Westberlin.

Das war nicht im Sinne des Erfinders, die Deportationserlasse der Lummers, Stoltenbergs und Späths werden verkündet. So wie die ersten ausländischen Arbeiter in Massen aussortiert und angekarrt wurden, sollen sie jetzt in Massen wieder abgeschoben werden. Auf einen 18jährigen Türken, ohne Arbeit hier, wartet beispielsweise: eine Arbeitslosigkeit von 30%; keine begeisterte Aufnahme bei den türkischen Kapitalisten, weil sie „unangemessene Lohnvorstellungen“ hätten; in Westberlin vom türkischen Geheimdienst vielleicht schon als Mitglied einer fortschrittlichen türkischen Vereinigung ausgemacht, evt. Gefängnis und Folter, u.U. auch keine Familienangehörigen mehr, die ihn unterstützen können; was ist das anderes als Deportation? In ein Land z.B. wie die Türkei, dessen „Stabilisierung des politischen Lebens“ mit Massenverhaftungen, Folter und Todesurteilen maßgeblich von den westdeutschen Imperialisten betrieben und mit der sogenannten Türkeihilfe bezahlt wurde. Mit dem seit dem Machtantritt der türkischen Junta verstärkten westdeutschen Export von Kapital soll wohl auch wieder ein größerer Teil der türkischen Arbeiter rücktransferiert werden, um in der Türkei zu „türkischen“ Löhnen ausgebeutet werden zu können.

Im Proramm der NSDAP von 1920 hieß es: „Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-gesetzgebung stehen ... Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist ... so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nichtstaatsbürger) aus dem Rei-

che auszuweisen ... Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern.“ Dies war ein Programm im Interesse des deutschen Kapitals, und man weiß, wie es ab 1933 durchgesetzt wurde. Völlig zu Recht haben sich zahlreiche Gewerkschaftsgliederungen, die Vorstände der DGB-Gewerkschaften, politische Organisationen, Vertretungskörperschaften und 20000 Demonstranten am 28.11. gegen diesen Erlaß als ausländerfeindlich und Neubeginn von Massendeportationen zur Wehr gesetzt.

Nordrhein-Westfalen Einsparungen bei Schülerfahrtkosten

Essen. Die Landesschülervertretung NRW hat im Rahmen der bundesweiten Aktions- und Streiktage der VDS vom 7. – 12.12.81 zu Vollversammlungen, Demonstrationen und Streikaktionen gegen die Sparpolitik im Bildungsbereich aufgerufen. Die Aktionen wendeten sich u.a. „gegen die von der Landesregierung beschlossene Streichung von 4400 Lehrerstellen, gegen die geplante Streichung Zehntausender von Schülerfahrkarten in der Sekundarstufe II durch die Erhöhung der Mindestentfernung von 3,5 auf 5 Kilometer, gegen die geplante Einführung von Schulgeld durch die Eigenbeteiligung an Schulbüchern, gegen die geplante Zerschlagung von Landes- und Bezirksschülervertretungen (die Mittel sollen von 450000 auf 300000 DM gekürzt werden).“

464 Mio. DM beabsichtigt die Landesregierung NRW mit dem Haushaltsfinanzierungsgesetz 82 einzusparen, fast 80% davon im Bildungsbe-reich; den größten Teil: 227 Mio. DM durch Streichungen bei den Fahrtkosten-erstattungen. Das Haushaltsfinan-zierungsgesetz sieht 54 Mio. DM Ein-

sparungen durch weitere Einschränkung der Lernmittelfreiheit vor. 38,5 Mio. DM sollen durch Einschränkungen in der Weiterbildung geholt werden; 30 Mio. DM durch Änderung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes, 40 Mio. DM durch Beibehaltung des Elternbeitrages für die Kindergartenunterbringung (der Elternbetrag sollte bis Ende 81 abgebaut werden), 8 Mio. DM sollen durch Gebührenerhöhung für Überschreitung der Ausleihfristen an den Uni-Bibliotheken und Gebührenerhöhung für die Fernuniversität Hagen hereingeholt werden. Der Rest von 66 Mio. DM durch Änderung des Sonderurlaubsgesetzes, des Spielbankgesetzes und des Landeswassergesetzes.

Zunächst war von der SPD-Landesregierung geplant, die Fahrtkostenerstattung für die Schüler der Sekundarstufe II vollständig zu streichen. Für alle anspruchsberechtigten Schüler war eine Eigenleistung von 20 DM monatlich vorgesehen, und zwar für das 1. und 2. Kind einer Familie. Nach Protesten von Eltern, Schülern, Lehrern und ihren Vertretungen hat die SPD-Landtagsfraktion am 24.11. beschlossen, daß Schüler der Sekundarstufe II ab 5 km Schulweg (Luftlinie) Fahrtkostenerstattung erhalten (vorher für das 1. und 2. Kind einer Familie). Als „Deckungsvorschlag“ sollen dafür alle Eltern 50 DM für Schulbücher zahlen, die bis jetzt zur Verfügung stehen.

Eher wird durch diese Absicht die Belastung für die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte noch größer, und es wird finanziell unmöglich, die Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken. So waren 1979 über 50% der Real- und Gymnasialschüler Fahrschüler, über 80000 erhielten keine Fahrtkostenerstattung. Die Lernmittelfreiheit existiert lediglich für die Schulbücher, die von der Schule ausgeliehen werden, alles andere zahlen die Eltern: vom Schreibpapier bis zum Sportzeug. Schon einmal 1967 hatte die Landesregierung beschlossen, daß 50% der Schulbücher von den Eltern zu zahlen seien. 1970 mußte sie das wieder zurücknehmen.

IGM Bayern Bayernmonat fällt

München. Zusätzlich zum Tarifabschluß 1981 ist es der IG Metall in Bayern gelungen, in einem Zusatzvertrag festzuschreiben, daß der „Bayernmonat“ im Tarifjahr 1982 durch eine elfmonatige Laufzeit beseitigt wird. Die Forderung nach Beseitigung des „Bayernmonats“ war Bestandteil der Tarifforderungen, wie sie die IG Metall für das Tarifjahr 1981 aufgestellt hatte. Die Belastung der bundesweiten Tarif-

verhandlungen durch den „Bayernmonat“ ist durch die Streikbewegung deutlich geworden. Die Forderung nach Beseitigung des „Bayernmonats“ ist während der Streikbewegung auf Transparenten von den bayerischen Metallern stark unterstützt worden.

Der „Bayernmonat“ ist eine Folge des Metallarbeiterstreiks von 1954. Nach dem 2. Weltkrieg sind die Arbeiterlöhne gegenüber dem Bundesdurchschnitt bis in die frühen 60er Jahre gefallen. Der Metallarbeiterstreik von 1954 hat sich gegen dieses Fallen der Löhne gerichtet. Er wurde mit Polizeigewalt niedergeschlagen. In der Folge konnten die Kapitalisten beim Tarifabschluß 1956 der IG Metall eine 13monatige Laufzeit aufrufen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Laufzeit des bayerischen Tarifvertrages gegenüber den restlichen Tarifgebieten in der BRD um einen Monat verschoben. Daß es der IG Metall jetzt gelungen ist, den „Bayernmonat“ wieder zu beseitigen, ist als Erfolg zu werten. Dennoch liegen die Löhne der Metallarbeiter immer noch unter dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: Nach der Effektivlohnstatistik hatte ein Metallarbeiter im Maschinenbau von Nordrhein-Westfalen im Januar 1980 in Leistungsgruppe I einen Monatslohn von 2659 DM brutto, der Monatslohn des bayerischen Maschinenbauarbeiters stand auf 2348 DM. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in der Investitionsgüterindustrie der BRD stand im Juli 1981 auf 2594 DM, in Bayern auf 2370 DM.

Während die Mehrzahl der Tarifkommissionen der IG Metall eine Forderung von 7,5% und 120 DM mindestens für das Tarifjahr 1982 fordern, hat die Tarifkommission der IG Metall in Bayern am 11.12.1981 die Forderung aufgestellt nach 7,5% Lohn- und Gehaltserhöhung und Anhebung der Lohngruppen I und II auf 83% des Ecklohnes. Im Bundesvergleich liegen die Lohngruppen I und II in Bayern am niedrigsten.

Jugendhilfe Aus Jugendheim wird Jugendgefängnis

Göttingen. In Niedersachsen vollzieht sich gegenwärtig unter Federführung des Kultusministers Remmers und des Justizministers Schwind ein direkter Abbau der Jugendhilfe zugunsten des Jugendstrafvollzugs.

Im Juni 1981 ordnete Remmers per Verfügung die Schließung des niedersächsischen Landesjugendheims (LJH) in Göttingen an – Stichtag 1.8.82. Die 100 Heimplätze im LJH (Fürsorgeer-

ziehung und Freiwillige Erziehungshilfe) sollen von freien Trägern aufgefangen werden. Für das Land eine jährliche Ersparnis von 5,7 Mio. DM.

Vor einigen Wochen nun – nachdem Personalrat des LJH, ÖTV und GEW gegen den geplanten Abbau von 103 Arbeitsplätzen Sturm gelaufen sind – fügt die Landesregierung einen weiteren Beschluß hinzu: Umwandlung des LJH in eine Offene Jugendstrafanstalt. Ab 1. August 82 sollen die Bauten bezogen werden von insgesamt 145 jugendlichen Straftätern – zunächst mit sogenannten Erststraftätern und „leichteren Fällen“, die nicht länger als zu drei Jahren verurteilt sind. Verkauft als Arbeitsplatzsicherung, denn alle Mitarbeiter werden übernommen, nimmt die Politik der Landesregierung zum Bereich Heimerziehung/Jugendstrafvollzug Konturen an.

Die gesamte Heimerziehung in Niedersachsen wird damit durch freie Träger abgewickelt; das Land allerdings



übt sowohl die Fachaufsicht als auch die Finanzaufsicht aus. Über die Pflegsatzvereinbarung sind die Heime vom Land in die Zange genommen: Geld bekommen sie nur für belegte Plätze, nicht für die belegbaren. Die Jugendämter und Landesjugendämter weisen aber nicht unerheblich unter Kostengesichtspunkten ein, d.h. teure Heime, gleich einem gewissen pädagogischen Standard, sind unterbelegt.

Von den rund 2500 Heimplätzen in Niedersachsen sind z.Zt. etwa nur 2100 belegt. Die Fürsorgeerziehungsfälle fallen: von 1978 auf 79 um 19%, von 79 auf 80 um 14,4%; bei gleichzeitiger Aufblähung des Jugendstrafvollzugs eine schlichte Umverlagerung. Die Vorteile des Offenen Strafvollzugs: Er ermöglicht Arbeitszwang bei denkbar niedrigem Lohn (Tagessätze um 5 DM), Lohndruck „draußen“. Über den Verkauf der Arbeitskraft der Jugendlichen an umliegende Betriebe verdient auch das Land.

„Volksmiliz“-Prozeß Einstellung, aber 3000 DM Bußgeld

Hamburg. Nachdem der Bundesgerichtshof der Revision der Staatsanwaltschaft stattgegeben hatte, begann erneut der Wehrkraftersetzungsprozeß gegen Thomas Wulf vor dem Landgericht in Hamburg. Weil der Name des Angeklagten in den Jahren 1977 und 1978 als Impressum in der regelmäßig erschienenen Soldatenzeitung „Volksmiliz“ abgedruckt war, wurde er zunächst vor der Staatsschutzkammer und jetzt erneut beschuldigt, auf „Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben“ mit dem Ziel, die Pflicht zur Bereitschaft zum Schutz der bundesrepublikanischen Sicherheit und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben (§ 89 StGB), da in der Zeitung die Bundeswehr als volksfeindliches Gewaltinstrument zu Diensten der imperialistischen Kapitalistenklasse bis hin zum Krieg angegriffen wurde. Darüber hinaus hatten einige höhere Offiziere Strafanträge wegen Beleidigung durch die „Volksmiliz“ gestellt.

Die Staatsschutzkammer ist seinerzeit mit der Aufgabe, eine Verurteilung allein wegen der presserechtlichen Verantwortlichkeit herbeizuführen, nicht fertig geworden. Auf solch ein Urteil legte dagegen der Bundesgerichtshof großen Wert, denn bei derartiger Gerichtspraxis würden den staatsschützenden Behörden in der Verfolgung von Presseerzeugnissen gegen herrschende Politik oder Absichten neue Türen geöffnet.

Durch die Vernehmung einer Reihe von Soldaten verschiedener Dienstgrade wollte der Staatsanwalt vor dem Landgericht beweisen, daß verschiedene Nummern der „Volksmiliz“ mit anstößigem Inhalt tatsächlich verteilt wurden, also planmäßige Einwirkung stattgefunden hatte, um eine Verurteilung zu ermöglichen. Allerdings konnte sich keiner der Soldaten an das bestimmte Verteilen einer bestimmten Nummer der Zeitung erinnern. Selbst Oberstleutnant Brauer nicht, der damals in der „Volksmiliz“ als Offizierslump, Pfaffe und Trottel charakterisiert worden war; er zog bemerkenswerterweise sogar seinen Beleidigungsstrafantrag trotz Warnung vor Kosten zurück.

Angesichts dieser trüben Beweislage bot die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens bei gleichzeitigem Bußgeld von 3000 DM für den Angeklagten an, was vom Gericht angenommen wurde.

Streiks und Aktionen vom 7. bis 11.12. gegen die Sparbeschlüsse

Hildesheim, Montag, 7.12.: Streikversammlung der Architektur- und Bauingenieurstudenten an der Fachhochschule. 10 Uhr. Bereits ab 7 Uhr: Transparente und Stellwände vor den Eingängen. Die Streikposten hatten nicht viel zu tun, weil die Minderheit sich dem Urabstimmungsvotum der Mehrheit fügte. Vorlesungen fanden nicht statt. Nach dem Streikfrühstück waren Vertreter der Regierungsstellen geladen. MdB Nelle (CDU) wurde noch eine Stunde vorher in der Fachhochschule gesehen. Er erschien jedoch ebenso wenig wie die übrigen Verantwortlichen. Das niedersächsische Wissenschaftsministerium hatte seinen Ministerialbürokraten untersagt zu kommen. Das Bundesbildungsministerium sagte ab, da man soviel Arbeit mit der Umsetzung der Verschärfungen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes hätte. Gerade zu diesem Thema und zur 7. BAföG-Novelle waren sie jedoch geladen.

In dieser Situation diskutierten ca. 50 von 650 Studenten: Kann man angesichts der starken Kürzungen beim BAföG überhaupt noch Forderungen nach mehr Geld stellen? Ist der Vorstoß von FDP-Genscher, BAföG ganz auf Darlehensbasis umzustellen, nicht doch angemessen? – Den BAföG-Höchsatz von 620 DM erhalten nur wenige Studenten, davon sind sowieso schon 150 DM Darlehen. Die im Sommer beschlossene 7. BAföG-Novelle brachte laut einer Umfrage bei 200 Studenten an der Hochschule in Hildesheim durchschnittliche Kürzungen um 160 DM monatlich. Die BAföG-Kürzung wirkt im Verbund mit anderen Regierungsbeschlüssen, wie Mensapreiserhöhung, Wohnheimmietsteigerung etc. Folge ist der verstärkte Zwang, während des Studiums nebenbei zu arbeiten. Dies wird immer unmöglicher, da a) immer weniger Jobs zur Verfügung stehen, b) mit Hilfe der Arbeitslosigkeit die Löhne gedrückt werden und c) die wöchentliche Arbeitsbelastung für ein „ordnungsgemäßes Studium“ vom Dekan Grewe (Architektur) bei 60 – 70 Stunden pro Woche angesiedelt wird.

Ausschnitte aus der Diskussion: Ein Student *pro*: Nach Abschluß der Ausbildung würden die Studenten soviel verdienen, daß sie in der Lage wären, jeden Monat 120 DM zurückzuzahlen. Darauf *kontra*: Allein ein FH-Studium führte zu Schulden von über 25000 DM – was ist, wenn der Absolvent keine Stelle im erlernten Beruf findet,

gerade in der Bauindustrie ist ja überhaupt nichts mehr sicher. *Pro*: Man könnte Ausnahmeregelungen schaffen (Stundung). *Kontra*: Wem nutzt die ausgebildete Arbeitskraft? Doch wohl der einstellenden Industrie wie z.B. Hochtief, den Ingenieurbüros, dem Staat. – Die Kosten für die Ausbildung werden auf den Staat abgewälzt, und damit auf den „Steuerzahler“, und nachweislich werden gerade Kapitalgesellschaften bei jeder Steuerreform weiter entlastet, die Steuerlast jedoch den unteren Einkommensklassen aufgebürdet. *Pro*: Der Staat hat kein Geld. *Kontra*: Finanzierung der Ausbildung darf nicht wieder zur Privatsache erklärt werden. Der Absolvent verschleißt seine Arbeitskraft auch in der Ausbildung für seinen späteren Bestimmungszweck. Eine Steuerreform ist vonnöten, die zu erhöhter Besteuerung von Profiten und Höchstehinkommen führt – dann ließe sich das gesamte Schulwesen finanzieren ...

Dienstag, 8.12.: Hochschule Hildesheim: 300 Studenten besuchen eine Podiumsdiskussion zur sozialen Lage der Studenten.

Forderung nach Diskussion über die Abschaffung einer Klausur, da der Professor, sollte er dem Diskussionsverlangen nicht entsprechen, befürchten muß, daß trotzdem weiterdiskutiert wird. Dies sei Nötigung zum Abbruch der Vorlesung. So geschehen in Heidelberg im Germanistenstreik 1976. Keine Gewalt ist nach Rechtsprechung des BGH, wenn ein Lehrherr den weiblichen Lehrling im Firmenwagen mitnimmt, in einem abgelegenen Waldstück parkt, den Lehrling auf die Ladefläche legt und vergewaltigt. Zum Schluß ist allen Studenten klar: Amnestie aller in Heidelberg angeklagten Studenten muß erreicht werden!

Donnerstag, 10.12.: Als Höhepunkt findet eine gemeinsame Demonstration von ca. 900 Schülern, Arbeiterjugendlichen und Studenten statt. Auf dieser Demonstration spricht neben dem Kreisschülerratssprecher, einem Elternratsmitglied der Robert-Bosch-Gesamtschule und einem Studentenvertreter der Kreisvorsitzende des DGB. Eine große Demonstration für eine kleine Stadt. Sechs Wochen lang trafen



Mensawarnboykott am 8.12. in Osnabrück, Braunschweig, Clausthal und Hannover. Grund: Die Landesregierung will die Landeszuschüsse zum Mensaessen ab 1.1.82 um 10% kürzen. Bild Hannover.

Mittwoch, 9.12.: Streikversammlung zum Thema Studentenprozesse (90 Teilnehmer). Rechtsanwältin Laubach, die vor dem Bundesgerichtshof drei Heidelberger Studenten mit verteidigte, ist gekommen. Es findet eine Diskussion über den Gewaltbegriff statt. Nach geltender Rechtsprechung des BGH ist kriminelle Gewalt: Betätigung eines Lachsacks in der Vorlesung –

sich alle Studenten- und Schülervertretungen sowie GEW-Arbeitskreis Studenten und IGM-Jugend im zwei Wochen-Rhythmus. Ein gemeinsames Flugblatt wurde an allen Schulen verteilt, das auf BAföG-Kürzungen aufmerksam machte und alle aufforderte, über gemeinsame Aktionen zu diskutieren. Zwei Wochen später: eine Fackel-Demonstration aller Betroffenen

Forderungen der studentischen Organe während der Streikwoche

Hamburg. *Vollversammlung der Universität:* Urabstimmungsfordernungen: Rücknahme der Stellenstreichungen am Pädagogischen Institut und anderswo – Sofortprogramme, um den Lehrbetrieb zu sichern – Überbrückungsgelder für alle BAFöG-Geschädigten – Keine Umstellung des BAFöG auf Darlehen (Wiedereinführung des Examensdarlehens) – Für 750 DM BAFöG-Höchstsatze und 1500 DM Elternfreibetrag – Keine Preiserhöhung für Mensa und Wohnheime, sondern höhere Zuschüsse des Senats für das Studentenwerk und den Mensaausbau – Schluß mit der Rotstiftpolitik im Bildungs- und Sozialbereich – Rücknahme des Numerus Clausus – Bildung statt Rüstung – Hochschul- ausbau statt Konzernsubventionen. *Vollversammlung der Fachhochschule:* Gegen Zwangsexmatrikulation an der Fachhochschule.

Hannover. *Vollversammlung der Universität:* Steigerung der Sach- und Personalmittel mit den steigenden Studentenzahlen, mindestens aber kein Stellenabbau. *Presseerklärung der uniweiten Erstsemestergruppen:* Aufhebung der Streichung von 30% der Arbeitszeit für wissenschaftliche Mitarbeiter – Aufhebung der fünfmonatigen Wiederbesetzungssperre – Aufhebung der allgemeinen 10%igen Mittelkürzung bei Lehrmitteln – Aufhebung der Streichung von 10% Zuschüssen an die Mensen. *Fachhochschule, Urabstimmung am Fachbereich Elektrotechnik, Maschinenbau, Bibliothekswesen/Informatik/Dokumentation:* Keine weiteren BAFöG-Kürzungen – Durchführung der zurückgestellten Baumaßnahmen an der Fachhochschule (Mensa, Bibliothek) – Einführung eines siebten Semesters unter Erhöhung der BAFöG-Förderungshöchstdauer auf acht Semester – Ausreichende Finanzierung der Diplomarbeiten – Keine Einführung der Praxissemester in der geplanten Form – Keine Streichung von Planstellen (z.B. Labore im Fachbereich Elektrotechnik).

Hildesheim. *Mitgetragene Forderung auf der Demonstration von ASten, DGB und Stadtschülerrat:* Guter und preiswerter Wohnraum. *Fachhoch-*

schule, Fachbereich Architektur und Bauingenieurwesen: Anpassung des BAFöG an den notwendigen Warenkorb und die Lohnentwicklung – Eine zweite Mensa für Hildesheim – Keine Mensapreiserhöhung – Besetzung aller Planstellen.

Osnabrück. *Vollversammlung der Universität:* Erhalt des BAFöG – Gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung und der CDU/CSU – Sofortmaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden – Gegen Stellen- und Sachmittelkürzungen – Gegen Studiengebühren und Eliteuniversitätspläne – Gegen ausleseverschärfende Studien- und Prüfungsordnungen – Für sozial tragbare Mieten, billiges Essen, verstärkte Subventionen von Bund und Ländern – Für Frieden, gegen Militarisierung z.B. durch Rüstungsforschung, gegen den NATO-Doppelbeschluß – Abrüstung in Ost und West.

Köln. *Fachbereich Philosophie der Universität:* Ersetzung von 3000 gestohlenen Büchern. *Fachbereich Germanistik der Universität:* Besetzung der offenen dritten Linguistenstelle. *Fachhochschule:* Für 750 DM BAFöG-Höchstsatze, 1500 DM Elternfreibetrag.

Mannheim. *Unterschriftensammlung des Fachschaftsrates Betriebswirtschaftslehre:* Für ein ausreichendes Angebot an Vorlesungen und Übungen – Für ein uneingeschränkt weitergeführtes und dauerhaft finanziell gesichertes Tutorenprogramm – Gegen eine weitere Verschlechterung der Studienbedingungen aufgrund von Mittelkürzungen im Bildungsbereich.

München. *Demonstrationsforderungen der ASten-Konferenz und der Schülervertretung:* 750 DM BAFöG-Höchstsatze, 1500 DM Elternfreibetrag – Sofortmaßnahmen zur Gewährleistung des Lehrbetriebs an Schulen und Hochschulen – Für Frieden und Abrüstung, gegen Bildungs- und Sozialabbau – Für die gesetzliche Wiederverankerung der Verfaßten Studentenschaft – Gegen Atomraketen, für das Recht auf Bildung.

wird beschlossen. Ein Flugblatt in 10000er Auflage mit dem Titel „Wir pfeifen auf die Sparpolitik“ wird mit Info-Ständen in der Stadt verteilt. Inzwischen waren auch kommunale Streichungen im Ausbildungsbereich in den inhaltlichen Katalog aufgenommen wie auch die Ablehnung jeglicher Disziplinierungsmaßnahmen gegen Schüler, Lehrer und Studenten. Zwei Wochen später: Eine Presseerklärung wird zusammen erarbeitet, konkrete Forderungen gegen Raumnot und Lehrpersonalmangel an Schulen und Hochschulen beschlossen.

Mehrere Artikel in der bürgerlichen Presse, Kurzinterviews und Ankündigungen im Norddeutschen Rundfunk machen die Aktionen und die Demonstration zusätzlich bekannt. Solidaritätserklärung der IGM-Ortsverwaltung am 8.12., Zitat: „Ausbildungsvergütung und Ausbildungsförderung ist Teil des Familieneinkommens. Eine Streichung bedeutet eine Verlagerung der Haushaltsprobleme des Bundes auf die Haushalte der Arbeitnehmer.“ Der DGB-Kreisvorsitzende in der Kundgebungsrede: „Über Jahrhunderte war die übergroße Mehrheit der Studenten der gesellschaftspolitische Gegner der Arbeitnehmer ... Die Studenten ste-



FH-Rektor beteiligt sich an demonstrativer Grundsteinlegung für den Bau einer Fachhochschulmensa in Hannover.

hen nicht mehr automatisch auf der anderen Seite des gesellschaftlichen Interessenkampfes! Diese Demonstration soll zeigen: Heute sind Arbeitnehmer und Studenten in vielen Punkten durchaus Bündnispartner und nicht mehr Gegner. Die Auswirkungen der sogenannten „Operation 82“ des Bonner Sommertheaters zum Bundeshaushalt 1982 treffen Studenten und Arbeitnehmer in besonders starkem Maße ... Man versucht, uns die geplanten Maßnahmen als „Sparpolitik“ einzureden. Wir sagen: In Wirklichkeit finden ganz massive Verteilungskämpfe statt.“

„Ausbildungsförderung wird nur geleistet, ... wenn die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden im allgemeinen voll in Anspruch nimmt“. Eindeutig ist in §2 des BAFöG-Gesetzes geregelt, daß nur derjenige Geld erhält, der seine *volle Arbeitskraft* in der Ausbildung verausgabt. Als Maß dafür, ob dies der Fall ist, wird eine 40-Stunden-Woche als *Minimum* vom Gesetz verlangt. Tatsächlich sind auch 40 Wochenstunden das Minimum, um ein Studium in der vorgeschriebenen Zeit zu beenden. Einen *Anspruch* auf Bezahlung der Arbeitskraft haben Studenten nicht. Das BAFöG ist lediglich eine „individuelle Förderung“ nach „Neigung, Eignung und Leistung“ (§1).

Aufruf des Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) Nov. 1981:

„... Für massivste Proteste und Streik: Bundesweit! Vom 7.-12. Dezember 1981. ... Für das Recht auf Studium – oder Hochschulen für die, die es sich leisten können. Um diese Weichenstellung geht es ... Wir wollen Druck machen für das Recht auf Studium und Bildung ... Das BAFöG muß erhalten bleiben. Wir brauchen kostendeckendes BAFöG ... Erhöhung des Höchstsatzes auf 750 DM, Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1500 DM.“

Pressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 14.11.78: „Der DGB kritisiert den Beschluß des Bundeskabinetts, die Ausbildungsförderung für Studenten ab Oktober 1979 nur noch auf 620 DM anheben zu wollen. Auch die vorgesehene Anhebung der Elternfreibeträge auf DM 1300 ist unzureichend ... Der auf BAFöG-Mittel angewiesene Personenkreis aus den unteren Einkommensschichten ist nur dann in der Lage, ein ordentliches Studium zu absolvieren, wenn die Förderungsmittel den Lebensunterhalt sichern ... Der DGB hat bei seinem letzten Bundeskongreß betont, daß eine jährliche und dynamische Anpassung der Leistungen an die Einkommens- und Preisentwicklung erforderlich sei.“

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1978:

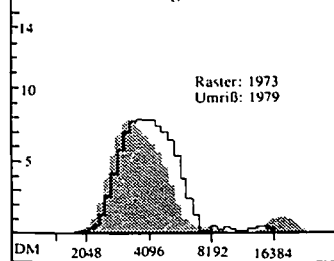
„... Die GEW hält die im Novellierungsentwurf genannten Anpassungssätze für vollkommen unzureichend. Die tatsächlichen Kosten für Miete, Lebenshaltung und Studium sind mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Höchstförderungsbeitrag, von dem 160 DM nur als Darlehen gewährt werden, nicht zu finanzieren.“

Beschluß der 5. Mitgliederversammlung der VDS vom Februar 1980:

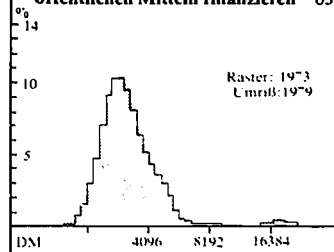
„Die VDS fordern:
– Kostendeckende Ausbildungsförderung, d.h. 750 DM Förderungshöchstsatze entsprechend den gestiegenen Lebenshaltungskosten ...
– Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1520 DM. Während das nominale Nettoeinkommen der Lohnabhängigen von 1970 bis 1978 um 78,3% stieg, wurden die Elternfreibeträge von 1971 bis 1977 um nur 41,24% erhöht. Jede Lohnerhöhung, die in den letzten Jahren von den Gewerkschaften erkämpft wurde, hatte die Folge, daß Zehntausende das BAFöG um 150 DM bis 200 DM gekürzt bekamen, daß Tausende ganz aus der Förderung herausfielen.“

Offener Brief der Teilnehmer des Seminars von Sozialreferenten von Studentenschaften am 10. – 13.11.1981: ... Wir sehen uns mit einer totalen Umverteilungspolitik – Kürzung aller unproduktiven Bereiche zugunsten besonders profitträchtiger Wirtschaftsbereiche (u.a. der Rüstung) konfrontiert. Die Absicht, mit einem neuen Haushaltsstrukturgesetz das BAFöG zu opfern, kann nicht im Interesse der steuerzahlenden Bevölkerung sein. Einsparungen in der Ausbildungsförderung belasten gerade einkommensschwache Familien ... Der soziale Numerus Clausus ist nur zu überwinden, wenn die folgenden Forderungen Eingang in die Diskussion um den Bundeshaushalt finden. Andernfalls wird die Hochschulausbildung zur Privatsache erklärt und die Rückentwicklung zur Elitehochschule eingeleitet: ... Anpassung des BAFöG an den realen Bedarf der Studenten ... Dies würde für 1981 bedeuten: Festsetzung des Bedarfs auf DM 960, Festsetzung des Elternfreibetrages auf 1970 DM.“

% Gesamtverteilung aller Studenten 01

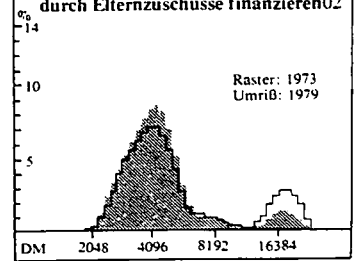


Studenten, die ihr Studium ganz aus öffentlichen Mitteln finanzieren 03

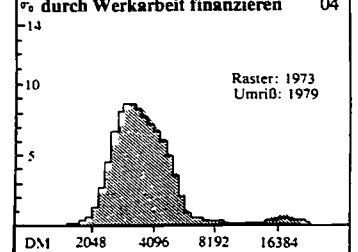


In den obigen Schaubildern ist eine geschätzte soziale Verteilung der Studentenschaft dargestellt. Als Anzeichen für die soziale Herkunft sind die Einkommen der Väter der Studenten verwendet. Die Höhe des Bruttoeinkommens ist auf der DM-Skala in Preisen von 1980 angegeben. Die Daten sind den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks von 1973 und 1979 entnommen. Dort sind die Studenten in 19 Berufsgruppen ihrer Väter eingeteilt. Durch Zuordnung typischer Durchschnittslöhne in den jeweiligen Berufszweigen entstanden die obigen Verteilungen, die insofern nur einen ungefähren Eindruck der tatsächlichen Verhältnisse geben. Da jedoch bei den Befragungen 73 und 79 die Berufsgruppen und Fragen gleich waren, können die in den Schaubildern erkennbaren sozialen Verschiebungen mit großer Sicherheit angenommen werden. Seit 1971 sinkt der Anteil der Studenten, die ihr Studium ganz aus öffentlichen Mitteln bezahlen. Heute erhalten noch etwa 30% BAFöG, die wenigsten den Höchstsatz von 620 DM. Immer mehr Studenten sind gezwungen, das fehlende Geld durch Zuschüsse der Eltern oder Arbeit zusätzlich zum Studium aufzubringen. Am härtesten trifft es jene Studenten, die zwar nichts oder wenig BAFöG bekommen, aber keine reichen Eltern haben. Es kommt dazu, daß Studenten aus Familien von Lohnabhängigen nicht mehr studieren können bzw. das Studium abbrechen. Schaubild 1 zeigt deutlich, daß sich von 1973 auf 1979 die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft in Richtung besser

Studenten, die ihr Studium ganz durch Elternzuschüsse finanzieren 02



Studenten, die ihr Studium ganz durch Werkarbeit finanzieren 04



verdienende Familien verschoben hat. Im selben Umfang, wie der Bezug des BAFöG abnimmt, steigt der Anteil an Arbeit zusätzlich zum Studium und Zuschüssen der Eltern. Diese Umwälzungen vollziehen sich hauptsächlich im Einkommensbereich bis etwa 3500 DM Bruttolohn, stärker noch in niedrigeren Einkommensbereichen.

Dem Rückgang der Finanzierung des Studiums durch öffentliche Mittel (BAFöG) entspricht ein Ansteigen der Werkarbeit z.B. von 1967 bis 79 um 70%. Bei der Finanzierung aus verschiedenen Quellen gewinnt die Werkarbeit immer mehr Bedeutung für die Studenten.

In Schaubild 2 ist zu erkennen, daß der Anteil von Studenten, die ihr Studium ganz von den Eltern bezahlt bekommen, hauptsächlich in dem Einkommensbereich ab 3500 DM zunimmt. Nur hier sind die Eltern überhaupt in der Lage, mehr Geld aufzubringen. Dies kann mit der in Schaubild 1 erkennbaren Entwicklung in Zusammenhang gebracht werden. Der Anteil der Studenten, deren Väter mehr als 3500 DM brutto verdienen, nimmt nämlich von 1973 auf 1979 stark zu. Allein z.B. der Anteil der Studenten, deren Vater Beamter des höheren Dienstes ist, stieg um 11%, während der Zwang zur Werkarbeit, um das Studium zu finanzieren, gerade bei Kindern, deren Eltern ein geringes Einkommen haben, anwuchs. Die Tendenz geht dahin, daß zunehmend nur noch Studenten mit reichen Eltern studieren können. Die soziale Auslese ist gewollt.

Protestaktionen französischer Bauern

Erstmals seit dem Antritt der Linksregierung gingen einige tausend Bauern in überregionalen Aktionen auf die Straße. „Wir haben keine Wahl. Was würden Sie sagen, wenn Ihr Lohn seit acht Jahren sank?“, begründeten sie in einem Flugblatt die Straßensperren in Beauvais. In Tulle und Alençon besetzten mehrere Hundert die Präfekturen, in Straßburg demonstrierten 3000 mit ihren Traktoren. Die Proteste erfolgten direkt, nachdem die Regierung beschlossen hatte, für 1981 Einkommens- und Strukturhilfen in Höhe von 5,5 Mrd. FF – die höchsten seit Jahrzehnten – zum Ausgleich der Betriebsverluste zu zahlen. „Die nationale Solidarität muß darauf beschränkt sein, die kleinen und mittleren Landwirtschaften zu fördern, wenn man die Landflucht und die Konzentration der Unternehmen vermeiden will“, so hatte Ministerpräsident Mauroy die Beschränkung der direkten Einkommenshilfe auf ca. 600000 Bauern begründet. Nur, für die armen Kleinbauern sind das 3000 FF (1200 DM) pro Hof, zu wenig also, die mei-

Scargill neuer Berg- arbeiterpräsident

Mit der größten Mehrheit in der Geschichte der Bergarbeitergewerkschaft NUM wählten die britischen Bergleute in der letzten Woche Arthur Scargill zum nächsten Präsidenten der Gewerkschaft. Scargill erhielt bei 80% Wahlbeteiligung 70% der abgegebenen Stimmen und schlug die drei vom jetzigen Gewerkschaftsvorstand unter Joe Gormley geförderten Kandidaten vernichtend. Er gilt mit dem Vizepräsidenten der Gewerkschaft, Michael McGahey, der der Kommunistischen Partei angehört, als linker Flügel des Gewerkschafts-



vorstands und wird von der bürgerlichen Presse in Großbritannien seit Jahren als ver-

kappter Kommunist bekämpft. Scargill ist mit dieser Wahl für 22 Jahre – bis er 65 wird – als Präsident gewählt. Kurz nach der Wahl gab der Vorstand noch einmal seine Ablehnung des Angebots von 7,8% bis 8,6% Erhöhung der Grundlöhne bekannt. Scargill, der im März das Präsidentenamt antreten wird, erklärte: „Wenn der Vorstand (des staatlichen Kohlemonopols) und die Regierung etwas Vernunft haben, werden sie ordentlich verhandeln und ein neues Angebot machen. Wenn nicht, wird es eine Konfrontation geben.“ 1973/74 brachte ein Überstundenstreik der Bergarbeiter die Regierung Heath zu Fall.

sten Mittelbauern erhalten nichts. Daß etliche von ihnen jetzt an der Seite rechter Großbauern marschierten, markiert auch erste Erfolge der Spaltungstaktik der politischen Reaktion.

BRD-Nuklearhilfe an Rassisten verurteilt

Die UNO-Generalversammlung hat am 24.11. die „fortwährende geheime nukleare Zusammenarbeit bestimmter westlicher Regierungen“ mit

Südafrika verurteilt. Die USA, die BRD und Israel werden in der Resolution namentlich genannt. Frankreich und „andere Regierungen“ sollen keine zum Bau von Nuklearwaffen verwendbaren Güter mehr an das Rassistenregime liefern. Der Beschluß wurde mit 110 gegen 16 Stimmen bei 23 Enthaltungen gefaßt. BRD-Vertreter van Well stritt die seit mehr als zehn Jahren nachgewiesene Nuklearzusammenarbeit rundweg ab.

Zionisten annektieren Golanhöhen

Der gerade erst zwischen den USA und Israel vereinbarte „strategische Konsens“ hat seine erste giftige Frucht getragen: die Annexion der syrischen Golanhöhen. Das zionistische Kabinett hat am Montag die „Ausdehnung des israelischen Rechts“ auf das seit 1967 besetzte, rund 70 mal 25 km große Gebiet beschlossen und noch am selben Tag durch die Knesset gepeitscht. Syrien verlangt eine Dringlichkeitssitzung des UNO-Sicherheitsrats; der künftige Status der UNO-Truppen auf dem Golan ist noch ungeklärt. Mit der Annexion unterwirft Israel die „Vertragstreue“ Ägyptens einer neuen Feuerprobe. Das ägyptische Präsidialamt hat den Schritt als „klare Verletzung“ des Camp-David-Abkommens verurteilt. Zöger Ägypten daraus die nötigen Konsequenzen, wäre der – für April vorgesehene – Rückzug der israelischen Truppen vom Sinai gefährdet.

US-Kriegshetze gegen Libyen

Mit einem Reiseverbot für US-Staatsbürger hat die Reagan-Regierung ihre Kriegsdrohungen gegen Libyen Ende letzter Woche weiter zugespitzt. Ähnliche Einschränkungen der Gültigkeit von US-Pässen gelten für Nordkorea und Iran, früher auch für China, Nordvietnam und Kuba. Sie können als direkte Vorstufe einer Kriegserklärung gelten. Maß-

nahmen, um die 1500 in Libyen ansässigen Amerikaner zur Ausreise zu zwingen, sind in Vorbereitung. Es handelt sich meist um Angestellte von US-Ölkonzernen, die an Gemeinschaftsunternehmen mit der staatlichen libyschen Ölgesellschaft beteiligt sind. Mehrfache Aufrufe des US-Außenministeriums, das Land zu verlassen, waren in den letzten Mo-

naten ohne Wirkung geblieben. Jetzt teilte US-Verteidigungsminister Weinberger auf dem Rückflug von der NATO-Tagung mit, die VI. US-Flotte sei einsatzbereit, um die Amerikaner gegebenenfalls aus Libyen „abzuholen“.

Ob die US-Imperialisten durch einen plötzlichen Abzug ihrer Experten, wie von Exxon vor einigen Wochen bereits vollzogen, die libysche Ölproduktion ernsthaft beeinträchtigen können, ist zweifelhaft. Lügengeschichten über ein libysches Mordkommando gegen Reagan und diverse US-Botschafter sollen jetzt direkte Militäraktionen propagandistisch vorbereiten. Dabei ist es in Wirklichkeit die CIA, die sich seit Jahren und nachweislich mit Mordanschlägen gegen Muammar Gadhafi befaßt. Die Supermacht will die nach 1970 (teil-)nationalisierten libyschen Ölquellen wiederhaben. Die libysche Armee (Bild: Parade nach der Rückkehr aus dem Tschad) ist zur Verteidigung des Landes gerüstet.



Zimbabwe: Mindest- löhne erhöht

Zwei Maßnahmen der Regierung stärken die Rechte der Arbeiter gegenüber imperialistischem Kapital und weißen Siedlern. Der Mindestlohn wird für Arbeiter in Industrie und Handel von 85 auf 105 Zimb\$ (280 bzw. 350 DM), für Landarbeiter von 35 auf 50 Zimb\$ erhöht. Gleichzeitig wurden Entlassungen grundsätzlich verboten. Ausnahmegenehmigungen kann nur der Arbeitsminister erteilen.

Polen

Staatsrat verhängt Kriegszustand, katholische Kirche gibt den Segen

Am Sonntag, den 13.12., hat der polnische Regierungschef General Jaruzelski die Verhängung des „Kriegszustandes“ für ganz Polen bekanntgegeben. Der Kriegszustand war durch den Staatsrat verhängt worden, der dafür den Artikel 33 Abs. 2 der polnischen Verfassung in Anspruch nahm: „Der Staatsrat kann den Kriegszustand über einen Teil oder das ganze Gebiet der Volksrepublik Polen verhängen, wenn dies im Hinblick auf die Verteidigungsfähigkeit oder Sicherheit des Staates erforderlich ist.“ Der Staatsrat kann den Kriegszustand beschließen, wenn der Sejm, das „höchste Organ der Staatsgewalt“, nicht tagt. Das war zwar am 13. offensichtlich der Fall, aber kurz zuvor hatte der Sejm getagt und keine Sondervollmachten erteilt. Auf den 15.12. war eine Sitzung des Sejm einberufen.

Der Verhängung des Kriegszustandes vorausgegangen war: Am 28. November, das ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verlangt Sondervollmachten für die Regierung „zur Bekämpfung von Chaos und Krise“. Dabei geht es auch um ein Streikverbot. Am 2. Dezember, Sondereinheiten der Miliz räumen die besetzte Feuerwehrakademie in Warschau; 3. Dezember, das Gewerkschaftspräsidium droht mit einem Generalstreik, falls die Regierung die geforderten Sondervollmachten erhält. 8. Dezember, Erzbischof Glemp appelliert an den Sejm, auf Sondergesetze zu verzichten. 10. Dezember, Vize-Sejmmarschall Stefanski: Die geplanten Gewerkschaftsgesetze reichten aus, Sondervollmachten für die Regierung seien nicht geplant. 12. Dezember, die Landkommission der „Solidarität“ kündigt in Gdansk einen nationalen Protesttag an und eine Volksabstimmung zur Frage des Vertrauens in die Regierung. Sie droht mit Generalstreik bei Sondervollmachten. Sie verlangt „freie Wahlen“ (nach FAZ v. 15.12.81). Auf die Erklärung der „Solidarität“ vom 12. beruft sich Jaruzelski am nächsten Tag zur Rechtfertigung des Kriegszustandes: „Es werden Aufrufe verteilt, mit den Roten physisch abzurechnen ... Nicht Tage, nur noch Stunden trennen uns von der nationalen Katastrophe.“ Weiter versucht er, die Beseitigung gewerkschaftlicher Koalitions- und Streikrechte durch den Kriegszustand mit der Krise und dem wirtschaftliche Chaos zu rechtfertigen: „Die Gewinne der Haie der wirtschaftlichen Unter-

welt wachsen ins Millionenfache. Chaos und Demoralisierung haben katastrophale Ausmaße angenommen. Das Volk hat die Grenzen der physischen Belastbarkeit erreicht ...“

Durch Militarisierung ganzer Produktionszweige versuchen Regierung und Militär, die Arbeiter dem Kriegsrecht zu unterstellen. Während die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter beseitigt sind, während die Betätigung der Parteien und damit auch der Gliederungen der PVAP dem Kriegsrecht unterworfen sind, wird die Kirche ausdrücklich davon ausgenommen.

Nicht nur sind Messen und sonstige kirchliche Feiern vom Versammlungsverbot ausgenommen. In Punkt 6 der Proklamation des Kriegszustandes heißt es: „Die Tätigkeit aller Gewerkschaften und Vereinigungen, deren



Aktivität eine Bedrohung des Staates bedeuten kann, ist untersagt. Davon sind kirchliche und religiöse Organisationen ausgenommen.“

Die politischen, organisatorischen, publizistischen und sonstigen Betätigungen von Pfaffen mit Rückendeckung Wojtylas und der westlichen Imperialisten und in der Ausführung guter Werke der imperialistischen Hilfsorganisationen sind geschützt und gefördert, während die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter aufgehoben sind. Der Kriegszustand ist ein Bündnis von Bischöfen und Generälen gegen die polnische Arbeiterbewegung.

Da alle öffentlichen Versammlungen verboten sind, da außerdem alle Nachrichtenverbindungen unterbunden sind, werden alle organisatorischen Bestrebungen in die Kirche genötigt.

Zuerst hat die katholische Kirche versucht, sich der Führung der Ge-

werkschaftsbewegung zu bemächtigen. Die kirchliche „Führungstätigkeit“ in den Gewerkschaften hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Gewerkschaftsbewegung kein ausreichendes positives Programm für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau entwickelt hat, sondern oft durch perspektivlose Aktionen und Auseinandersetzungen den Rückhalt der Solidarnosc in der Bevölkerung untergraben hat, wie Umfragen zeigen.

In dem Maße, wie die kirchliche Führungs- und Beraterrolle in den Gewerkschaften mit der zunehmenden Krise der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung unter Kritik geriet, läßt die Kirche die Gewerkschaftsbewegung fallen, um im Bündnis mit dem Militär wieder ihre offizielle reaktionäre Ordnungsrolle aufzunehmen. Wojtyla und Erzbischof Glemp geben den Segen zum gegenwärtigen Kriegszustand, nachdem sie vorher durch provokatorische Richtungsbeeinflussung in den Gewerkschaften maßgebliche Verantwortung für die Krise der Gewerkschaftsbewegung und für die wachsende wirtschaftliche Krise hatten.

Ohne sich von der christlichen Vorherrschaft zu befreien, kann die polnische Arbeiterbewegung weder ein positives Programm des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus Polens entwickeln noch ihre gewerkschaftlichen Rechte zurückgewinnen (s. auch Art. S. 36 dieser Ausgabe).

Indien

Eintägiger Generalstreik am 19. Januar

In einer Resolution, die auf einer Massendemonstration von über 500 000 Menschen am 23. November in Neu-Delhi beschlossen wurde, wird dazu aufgefordert, am 19. Januar gegen die Senkung des Lebensniveaus und die Beschneidung demokratischer Rechte einen eintägigen Generalstreik durchzuführen. Die Demonstration wurde angeführt von 39 Einzelgewerkschaften und acht Gewerkschaftsbünden. Diese haben zusammen mit Parteien der Opposition ein nationales Komitee gegründet, um Aktionen für die Vorbereitung des Generalstreiks durchzuführen. An der Demonstration beteiligte sich auch ein großer Block von Bauern, Handwerkern und kleinen Händlern.

Die Demonstration steht in direktem Zusammenhang mit den Maßnahmen der indischen Regierung, die in Erfüllung der Forderungen des Internationalen Währungsfonds angeordnet wur-

den. Dazu gehört auch die am zweiten Dezember verkündete Preiserhöhung für Frachtgut bei der Bahn um 5%. Bisher wurde im Frühjahr der Haushalt für die Bahn beraten und veranschlagt. Der IWF hatte verlangt, daß bisherige staatliche Subventionen, wie bei der Bahn, gekürzt oder gestrichen werden. Eine drastische Preiserhöhung für Produktionsmittel und Lebensmittel wird die Folge sein. Der Präsident von Westbengalen Jyoti Basu (Kommunistische Partei Indiens-Marxisten), der auch auf der Demonstration sprach, griff die Politik der indischen Regierung an: Sie würde die bisherige Politik der Importsubstitution (eigene Produktion von bisher importierten Waren) weitgehend aufgeben, Bestimmungen gegen Monopolunternehmen lockern und wichtige Wirtschaftszweige dem Diktat imperialistischer Konzerne öffnen.

Die Gewerkschaften griffen in ihrer Resolution die Unterwerfung der indischen Regierung unter das Diktat des IWF an und forderten die Regierung zur Erfüllung der folgenden Forderungen auf: „Lohnende Erzeugerpreise für die Bauern und garantierte Versorgung mit Energie und Rohstoffen; Verfügung und Verwirklichung von Gesetzen, die einen Mindestexistenzlohn und Arbeitsplatzsicherung für Landarbeiter bringen; Strenges Vorgehen gegen Schwarzmarkt, Horterei, Schmuggel, Spekulation und gegen Beamte, die dieses decken; Erhöhung der Mindestlöhne; Arbeitslosengeld für alle Arbeitslosen; Zurücknahme aller Strafmaßnahmen gegen Gewerkschafter und Aktivisten; Berichtigung der falschen Indizes für Lebenshaltungskosten; Anerkennung der Gewerkschaften; Volle Garantie von Tarifverträgen und gewerkschaftlichen Rechten.“ Am 7. Dezember haben assamesische Studenten sämtliche Hauptverkehrsstraßen blockiert, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

VR China

Getreideernte gut, Krise in der Schwerindustrie

Chinas Getreideernte wird in diesem Jahr fast das Rekordniveau von 1979 (332 Mio. t) trotz Naturkatastrophen in verschiedenen Provinzen erreichen, berichtete Ministerpräsident Zhao Ziyang vor dem in den letzten Wochen tagenden Nationalen Volkskongreß. Noch bessere Erträge seien bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, die höhere Ankaufspreise haben, erzielt worden. Die Leichtindustrie hat ihren Ausstoß um 12% gegenüber dem Vorjahr gesteigert, während allerdings die



Getreideablieferung: Ist die Getreideproduktion durch „Teilprivatisierung“ dauerhaft zu steigern?

Schwerindustrie einen deutlichen Produktionseinbruch (–5%) verzeichnet.

Die wirtschaftliche Lage sei viel besser als erwartet, resümierte Zhao diese Ergebnisse. Die gute Ernte führte er auf die neue Agrarpolitik zurück, u.a. die höheren Ankaufspreise für Agrarprodukte und die Zuteilung eines erheblichen Teils der Anbaufläche auf die Bauernhaushalte, die die Überschüsse über die festgesetzten Produktionsquoten selbst vermarkten können. Dieser Kurs soll unverändert beibehalten werden. Über die Auswirkungen dieser Politik berichteten Volkskongreß-Delegierte aus dem Kreis Huimin (Provinz Shandong), daß der Kreis seine Getreideernte um 70% gesteigert habe und die seit 1958 datierende Getreideknappheit Geschichte sei (Xinhua, 7.12.).

In den Ernteergebnisse drückt sich offensichtlich die Besserung der materiellen Lage der Bauern aus wie auch der Zwang, sich nach der „Teilprivatisierung“ als Kleinproduzenten auf dem Markt behaupten zu müssen. Über den langfristigen Erfolg der Landwirtschaftspolitik ist damit noch wenig gesagt. Es steht zu befürchten, daß die Kommunen und Brigaden Maßnahmen zur dauerhaften Ertragssteigerung wie Bewässerungsbauten nur noch schwer durchführen können, weil ihnen Arbeitskräfte fehlen, und daß die Anbaustruktur der Feldfrüchte sich zunehmend über die Marktpreise statt über den Plan reguliert. Schon jetzt führt die „Teilprivatisierung“ zu gefährlichen Erscheinungen: Nach Reiseberichten ist in Minderheitsgebieten die Schulbesuchsquote deutlich zurückgegangen, weil die Kinder mitarbeiten müssen; die Geburtenrate in den Landgebieten steigt schnell an; es häufen sich Presseberichte über Bauern, die bis zu zehn Arbeitskräften beschäftigen.

Verteilung des Kollektiveinkommens nach Produktionsgruppen 1979

Pro-Kopf-Einkommen	% der PG
– 40 Yuan	16,1
41 – 50 Yuan	11,4
51 – 80 Yuan	31,7
81 – 100 Yuan	15,6
über 100 Yuan	25,2

Durchschnittl. Kollektiveinkommen

	jährl. Pro-Kopf-Eink. in Geld und Naturalien
1957	40,5 Yuan
1975	63,2 Yuan
1977	65,0 Yuan
1978	74,0 Yuan
1979	83,4 Yuan
1980	85,9 Yuan

Quelle: Staatl. Statistikamt der VR China

Auch die Wirtschaftsreformen in der Industrie werfen neue Probleme auf: Wie kann die erweiterte Reproduktion gesichert werden, wenn die Produktion der Schwerindustrie nicht mehr wächst (1980), sondern einbricht (1981)? Außerdem verstoßen viele Industriebetriebe, deren Entscheidungsspielraum ausgeweitet wurde, gegen den Staatsplan. In einem Zirkular moniert der Staatsrat, daß die Betriebe nicht nur einen Teil ihres Profits abführen müssen, sondern auch Produktionsquoten, Qualitätsnormen und Sortimentsfestlegungen einhalten müssen. Zhao Ziyang erklärte, das Wirtschaftswachstum der nächsten Jahre werde nur maßvoll sein, erst gegen Ende des Jahrzehnts werde China eine neue „Periode ökonomischer Vitalität“ erreichen. Offensichtlich ist die Krise der chinesischen Volkswirtschaft nicht überwunden.

Österreich

Kostendämpfung – „Freizeit macht krank“

Die Ausgaben im Gesundheitswesen haben sich von 1967 (16,62 Mrd. Schilling) auf 1977 (66,56 Mrd. S.) vergrößert (1 S. = 0,14 DM). Seither haben sie sich fast verdoppelt. Der Anteil der Ausgaben für das Gesundheitswesen betrug 1967 5,8% des Bruttoinlandsprodukts, 1977 8,4% und liegt heute bei 10%. Gesünder sind die Österreicher nicht. Ihre Lebenserwartung ist eine der niedrigsten in den Industrieländern, 1979 starben auf 1000 Einwohner 12 (in Frankreich 10); bei der Säuglingssterblichkeit liegt Österreich an der Spitze: 1979 starben von 1000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr 15 Kinder (in Frankreich 12).

Gesundheitsminister Steyrer fand auf dem österreichischen Gesundheits-

tag am 9.10.81 den Grund für den schlechten Gesundheitszustand: Nicht die Arbeit und deren schlechte Entlohnung, die einen niedrigen Lebensstandard erzwingt, sondern „verschiedene krankmachende Faktoren in unserer Gesellschaft, besonders auf dem Freizeitsektor“. Den Ausgaben für Alkohol und Tabak stünden weitaus höhere Kosten gegenüber für die Heilung der dadurch entstandenen Gesundheitsschäden. Und dann würden 43% aller Patienten die verordneten Medikamente nur zum Teil einnehmen – 15% davon landeten im Schrank oder in der Mülltonne. Das müsse sich ändern.

In diesem Jahr machen die Krankenkassen 674 Mio. S. Verluste. Diese klettern nach Schätzungen bis 1985 auf 3 Mrd. S., „wenn nicht einschneidende Maßnahmen ergriffen werden“. Als erstes verabschiedete der Ministerrat am 25.11. die 37. ASVG (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz)-Novelle. Sie beinhaltet eine Erhöhung der Rezeptgebühren von derzeit 15 auf 18 S., Erhöhung der Beitragsgrundlage von 15300 auf 18000 S., Kürzung der Zuschüsse des Bundes an die Länder für Vorsorgeuntersuchungen von 2 auf 1%, und als einschneidendste Maßnahme die Einführung einer Selbstbeteiligung von 142 S. (19,88 DM) für Heilbehelfe (Brillen, Einlagen, Bandagen, Prothesen usw.). Dadurch wollen die Kassen 50% der Ausgaben in diesem Bereich einsparen, weil $\frac{2}{3}$ aller Heilbehelfsartikel weniger kosten als 142 S. Für Heilbehelfe, die teurer sind als 1400 S., gilt eine 10-prozentige Selbstbeteiligung. Der Zuschuß der Versicherung wurde auf 7000 S. beschränkt. Jemand, der gezwungen ist, eine Prothese zu kaufen, muß mindestens 11000 S. drauf bezahlen.

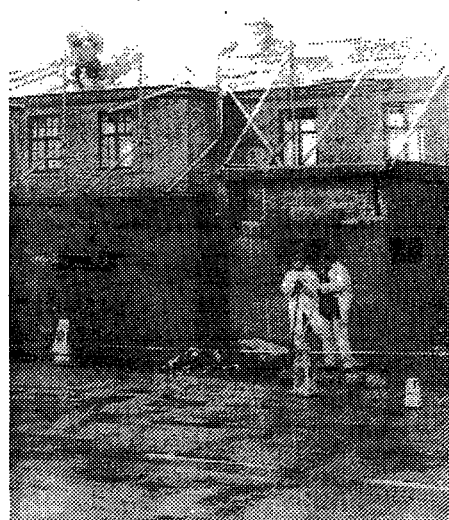
Die 37. ASVG-Novelle ist nach Auffassung der Bundeswirtschaftskammer (in der die Kapitalistenverbände vertreten sind) nur „eine kurzfristige, gerade für das Jahr 1982 ausreichende Lösung“. Weitere Kostendämpfungsmaßnahmen werden erörtert, u.a.: Selbstbeteiligung an den Arztkosten von 10%, d.h. der Patient muß beim Arztbesuch sofort die volle Rechnung zahlen und bekommt danach 90% von der Kasse erstattet. Ferner soll er statt der festen Rezeptgebühr 10% der Medikamentenkosten tragen. Für stationäre Behandlung soll er eine „Haushaltersparnis“ zahlen. Diese soll erhöht werden, wenn er länger als normal im Krankenhaus verweilt.

Am Rande: Für das Skandalbestechungsprojekt Allgemeines Krankenhaus (AKH) Wien wurden jetzt die Pflegesätze errechnet: 5000 S. pro Tag gegenüber durchschnittlich 1400 S. Ein normaler Mensch wird dort nicht einmal sterben können.

Irland Britische Umarmungsversuche

Die britische Regierung erzielte in den letzten Wochen zwei Erfolge bei ihren Bemühungen, das „Irland-Problem“ auf eine für den britischen Imperialismus vorteilhafte Weise zu lösen.

Im November stimmte die irische Regierung unter Premierminister FitzGerald den britischen Vorschlägen für die Errichtung eines „Anglo-irischen Rates“ zu, einer Organisation beider Staaten zum Zweck der „Diskussion und Durchführung gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Anliegen“.



Kaserne der britischen Armee und Polizei in Clogher nach einem IRA-Angriff

Der sofort folgende Protest der protestantischen loyalistischen Organisationen in Nordirland gegen diesen „Ausverkauf an den Feind“ (so der Abgeordnete Paisley) war zwar laut genug, um der Regierung Thatcher ausreichend Entschuldigungsgründe für das Nichteinhalten von Zugeständnissen zu geben, andererseits aber nicht so heftig, daß die Regierung ernsthaft unter Druck geriet.

Der „Anglo-Irish Council“ soll nicht nur debattieren, in kürzester Zeit sollen Abkommen wie z.B. über die Lieferung irischen Erdgases aus Nordseegasfeldern nach Nordirland, über die Errichtung neuer Stromleitungen und „weitere wirtschaftliche Fragen“ geschlossen werden. Die Finanzpresse lobt die „Schritte zur Überwindung der ökonomisch unsinnigen Grenze in Irland“ (Financial Times).

Die britische Finanzbourgeoisie war immer für ein einheitliches Irland

unter ihrer Herrschaft. Seit der im bewaffneten Kampf erreichten Unabhängigkeit Irlands 1921 versucht Großbritannien, die frühere Kolonie weiter auszubeuten und zu kontrollieren, dazu diente auch die Abspaltung der sechs Counties im Norden, die weiter kolonial besetzt gehalten werden.

Jetzt lockt Thatcher mit dem Köder der „irischen Einheit“. Im Abschlußkommuniqué des London-Besuchs von Premierminister FitzGerald heißt es, es gebe die Möglichkeit einer nordirischen parlamentarischen Versammlung, die Mitglieder in eine irische Versammlung entsenden könnte.

Die britische Art der irischen Einheit heißt also, daß Nordirland weiterhin unter Kontrolle der loyalistischen englandtreuen Bourgeoisie bleibt, mit einer Art irischer Föderation ohne wirkliche Rechte. Dafür aber stellt die britische Regierung Bedingungen: Enge Zusammenarbeit gegen die IRA, weitere Mitgliedschaft in der EG und vor allem Aufgabe der Neutralitätspolitik und Mitgliedschaft in der NATO.

FitzGerald hat die ersten Zugeständnisse gemacht. Er brachte einen Antrag auf Verfassungsänderung im Parlament ein, der neben Reformen wie der Legalisierung von Scheidungen auch die Souveränität der Republik über ganz Irland aufgibt, also praktisch die Anerkennung britischer Besatzung in Nordirland ist. Sie will allen Briten in Irland das Wahlrecht geben, entsprechend der Tatsache, daß noch heute aufgrund alter Kolonialgesetze alle Iren Wahlrecht in Großbritannien haben (und auch in die Armee eintreten können).

IRA und Sinn Fein haben auf die Verhandlungen klar geantwortet, daß das irische Volk eine „Lösung“ mit nordirischer Separat-Verwaltung unter britischem Einfluß sowie die NATO-Mitgliedschaft nicht akzeptieren wird.

Brasilien Streiks der Automobilarbeiter

Mit Streiks protestierten die Arbeiter der großen Autofabriken von VW, Daimler und Ford im Industrieviertel ABC bei Sao Paulo am 23.11. gegen die erneute Verurteilung von elf Gewerkschaftsführern zu Haftstrafen zwischen 2½ und 3½ Jahren. Bei VW do Brasil, dem größten Autowerk Lateinamerikas, legte die Belegschaft für 90 Minuten die Arbeit nieder. Die 11000 Fordarbeiter führten während des Streiks einen einstündigen Umzug

auf dem Werksgelände durch. Als die Ford-Geschäftsleitung am folgenden Freitag den Stundenlöhnern die Streikstunden vom Lohn abziehen wollte, stand das ganze Werk erneut für 30 Minuten still.

Diese, wenn auch begrenzten Streikaktionen anderthalb Jahre nach der Niederlage im Mai 1980, als die jetzt verurteilten Gewerkschaftsführer von der Regierung abgesetzt wurden und der Streik nach 41 Tagen ergebnislos abgebrochen werden mußte, sind wichtig. Die Führungsrolle, die die qualifizierten Metaller der Autokonzerne seit 1978 in den Streikämpfen der brasilianischen Arbeiter übernommen hatten, war durch ihre verhältnismäßig starke Stellung auf dem Arbeitsmarkt begünstigt gewesen. Umgekehrt erschwert die seit einem Jahr anhaltende tiefe Krise der Autobranche den erneuten Zusammenschluß.

Der Inlandsabsatz von VW do Brasil ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr fast auf die Hälfte gefallen (der Export in Nachbarländer freilich gestiegen). Die Autokonzerne selbst und die – meist brasilianischen – Zulieferbetriebe haben allein in ABC seit Jahresbeginn rund 50000 Arbeiter entlassen. Bei Ford konnten die Arbeiter im Sommer mit einem Sitzstreik auf dem Werksgelände die Geschäftsleitung zwingen, den „Grundsatz der Arbeitsplatzsicherheit“ anzuerkennen und alle bestehenden Arbeitsplätze für 120 Tage zu garantieren. Für den 1.10. hatte die Vorbereitungskonferenz für einen einheitlichen Gewerkschaftsbund einen nationalen „Kampftag“ proklamiert. In Rio de Janeiro und Sao Paulo demonstrierten Zehntausende. Hauptlosungen: „Keine Entlassungen!“ und „Es lebe die Einheitliche Arbeiterzentrale!“

Am 11. November traten die Hochschullehrer der Universität von Sao Paulo in den Streik, die anderen Bundeshochschulen schlossen sich in den folgenden Tagen an. Die 35000 streikenden Professoren (90% des Lehrpersonals dieser Hochschulen) forderten halbjährliche Inflationszuschläge, darüber hinaus 45% Gehaltserhöhung rückwirkend ab März und mehr Geldmittel für die Hochschulen. Studenten und streikende Professoren setzten am 19.11. an der Uni Brasilia H. Kissinger, der für 15000 \$ zum Vortrag geladen war, für zwei Stunden fest. Am 26.11. machte die Regierung ein Teilzustandnis: 30% zusätzlich zum Inflationsausgleich, damit insgesamt 153% Lohnerhöhung zum Jahreswechsel (bei jetzt knapp 100% Inflation). Die nichtwissenschaftlichen Angestellten der Uni von Minas Gerais streikten am 1. und 2.12. für Übernahme dieses Abchlusses.

Jugoslawien

Kampf um die Verfügung über die Produktion

In Anwesenheit von 1800 Delegierten fand im Juni 81 der III. Selbstverwaltungskongreß Jugoslawiens statt. In Betracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage (Inflation, wachsende Auslandsverschuldung, Sinken des Realinkommens um 14% in den letzten zwei Jahren) hielt der Kongreß zwar entschieden an dem Prinzip der sozialistischen Selbstverwaltung fest, zeigte aber viele Schwierigkeiten und Hindernisse bei ihrer Durchsetzung auf.

So verfügen die Arbeiter immer noch nicht über das erwirtschaftete Einkommen. Das hängt ganz offensichtlich mit der sozialen Zusammensetzung in den Selbstverwaltungsgremien zusammen. Sowohl in den Arbeiterräten der großen Fabriken als auch in den von ihnen gewählten Verwaltungsausschüssen, die die Geschäfte leiten, sind Techniker und leitende Angestellte überrepräsentiert.

So setzten sich 1974 die einzelnen Arbeiterräte einer Schiffswerft in Split zu 50% aus dem Management und den gehobenen Angestellten zusammen. Im Verwaltungsausschuß bringt es diese Gruppe sogar auf 58% und in den Kommissionen und Ausschüssen auf 72%. Bei einer Umfrage in dieser Werft gaben nur 23% der Arbeiter an, sie hätten Einfluß, 51% meinten, sie hätten „teilweise Einfluß“ und 24%, sie wären „völlig ohne Einfluß“. In einem Zementwerk in Skopje bildeten Management und gehobene Angestellte zwar nur 10% der gesamten Belegschaft, doch stellen sie im Zentralen Arbeiterrat 27% und in den Kommis-

sionen und Ausschüssen 74% der Delegierten. (Quelle: W. Soergel: „Arbeitselbstverwaltung oder Managersozialismus“, München 1979).

Dies ist wohl auch die Ursache dafür, daß die in der Verfassung von 1976 als Ziel angegebene „Verfügung der Arbeiter über das gesamte Einkommen“ ihrer Selbstverwaltungseinheit und damit auch darüber, wie der Gewinn weiter verwendet wird, nicht oder nur schleppend in die Praxis umgesetzt wird. Das Weiterbestehen eines freien Marktes zwischen den selbstverwalteten Betrieben und die Freigabe fast aller Preise führte zu den Erscheinungen des „Gruppeneigentums“.

Durch die Dezentralisierung der Wirtschaft kommt es auch zu Fehlinvestitionen in einzelnen Republiken, da nicht mehr vom gesamtgesellschaftlichen Bedürfnis ausgegangen wird. Eine Tendenz zur Autarkie der einzelnen Selbstverwaltungseinheiten führt zu einer Undurchlässigkeit des jugoslawischen Marktes. Geändert werden soll dies durch einen Ausbau der Selbstverwaltungsabsprachen und einer Stärkung der Gemeinden, die ein stärkeres Gewicht bei der regionalen Planung bekommen sollen.

Mit einem Gesetz zur Preisregelung und harter Bestrafung einiger Fabrikdirektoren, die eigenmächtig ihre Preise erhöhten, soll der Tendenz entgegengetreten werden, daß durch Preiserhöhungen das Reineinkommen der Betriebe künstlich erhöht wird. Dazu hält die Resolution des III. Selbstverwaltungskongresses fest: „Man muß



Abteilungsversammlung in einem Stahlwerk.

energisch die Tendenzen bekämpfen, durch Preiserhöhungen die niedrige Arbeitsproduktivität und hohe Produktionskosten, Fehlentscheidungen bei den Investitionen, schlechte Organisation der Arbeit, ineffektive Nutzung der Arbeitsmittel und der Arbeitszeit, unzureichende Anpassung der Produktion an die Erfordernisse des Marktes und sonstige Elemente irrationalen Wirtschaftens zu decken.“

Ein weiteres Problem, dem der Kongreß großen Raum widmete, ist die ungleiche Verteilung des Einkommens auf die Arbeiter und die mangelnde Durchführung des Prinzips der Bezahlung nach Leistung. Zu niedriges Einkommen ist auch die Ursache der meisten Streiks in den letzten zwei Jahren. Festgestellt wurde, daß produktive und schwere körperliche Arbeit gegenüber den Arbeiten in der Verwaltung zu schlecht bezahlt werde. Da die einzelnen Selbstverwaltungseinheiten selbst über die Höhe des Lohnfonds und seine Verteilung bestimmen, gibt es große Unterschiede bei der Bezahlung innerhalb einer Branche und ein Lohngefäl-

le zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Regionen. „So schafft, z.B. in der Gruppierung der energetischen Maschinen, die beste Organisation ein 14,7 mal höheres Einkommen pro Arbeiter und ein 13,7 mal höheres Einkommen pro Einheit der angelegten Mittel als die schwächste Organisation, und der Unterschied im persönlichen Einkommen beträgt 60%“. (Sozialismus in Theorie und Praxis 6-7/81).

„Die Arbeit der Arbeiter der gemeinsamen Dienste in der Wirtschaft wie auch in der Gesamtheit außerhalb der Wirtschaft wird wenig gemessen. Das hat für die Arbeit, die Auffassungen und das politisch-ideelle Verhalten ernste Folgen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß es zwei Arten der Verteilung des persönlichen Einkommens gibt. Die eine für die Arbeiter in der Produktion, deren Arbeit mehr oder weniger gemessen wird, und die andere für die Arbeiten der gemeinsamen Dienste, deren Arbeit in der Regel nicht gemessen wird ... In den gemeinsamen Diensten finden sich die

fachkundigsten Kader ... und eben hier sind auch die größten Reserven.“ (Sozialismus in Theorie und Praxis 6-7/81)

Mehrere Arbeiterräte großer Firmen haben zum Kongreß Resolutionen und Vorschläge eingebracht, mit welchen Methoden die tatsächliche Arbeitsleistung gemessen werden soll, und wie die produktive und schwere körperliche Arbeit besser als bisher bezahlt werden soll. Nur so könne auch eine höhere Arbeitsproduktivität erreicht werden.

Der III. Selbstverwalterkongreß hat in all seinen Beschlüssen sich für eine Ausweitung der Demokratie auf allen Ebenen und der völligen Selbstverwaltung und damit der Verfügung der Arbeiter über das Mehrprodukt ausgesprochen. Gleichzeitig wurde deutlich, daß der Kampf gegen Schlendrian, Vetternwirtschaft und „Betriebsegoismus“, gegen den Widerstand der Schicht der höheren Angestellten und Manager, verstärkt geführt werden muß.

Aus den Beschlüssen des III. Selbstverwalterkongresses

„Die Beherrschung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Reproduktion seitens der vereinten Arbeit und die Verwirklichung der ökonomischen Stabilisierung sind zwei Hauptaufgaben, die vor unserer Gesellschaft stehen.“ „Ferner muß man Bedingungen für eine gleichberechtigte Position der Arbeiter bei dem Erwerb und der Aufteilung des Einkommens schaffen und so die Prinzipien der Verteilung nach der Leistung und nach den Arbeitsergebnissen verwirklichen.“ „Es gilt ferner, Bedingungen für eine schnellere Entwicklung der ökonomisch unzureichend entwickelten Gebiete als Grundlage der Gleichberechtigung aller Völker und Nationalitäten zu schaffen. Entschlossener und erfolgreicher muß man alle bürokratischen und technokratischen Erscheinungen sowie verschiedene Formen des Gruppeneigentumsverhaltens, insbesondere bei der Verfügung über das Einkommen und die Akkumulation, bekämpfen.“

„Der Selbstverwalterkongreß unterstreicht die Notwendigkeit, daß sich alle subjektiven Kräfte und die vereinte Arbeit als Ganzes für die ständige Hebung der Arbeitsproduktivität und der Effektivität der Produktion als der dauerhaften Grundlagen für die Erhöhung der Produktion und des Einkommens, für die Hebung des Lebensstandards und die

Stärkung der materiellen Basis energischer einsetzen ...

– daß die Arbeiter in den Grundorganisationen der vereinten Arbeit eine solche Produktion planen, die den Erfordernissen und dem Bedarf des einheimischen und ausländischen Marktes entsprechen wird ...

Es ist Pflicht und Verantwortung aller selbstverwaltenden und gesellschaftlichen Faktoren, jeder Abkapselung und Monopolisierung des Marktes, die schädliche ökonomische und soziale Folgen auslösen, die Interessen einzelner Teile der Arbeiterklasse konfrontieren und unsere Gemeinschaft untergraben, entschlossenen Widerstand zu leisten ...



Textilkombinat: Die Arbeitsproduktivität soll gesteigert werden.

Der Kongreß tritt entschlossen dafür ein, daß die Grundlagen und Kriterien für die Verteilung der Mittel für persönliche Einkommen die Erhöhung des Einkommens und besonders die Hebung der Arbeitsproduktivität anspornen müssen ... Der Kongreß fordert entschlossen, die produktive Arbeit sowie die Arbeit unter erschwerten Bedingungen gesellschaftlich mehr zu schätzen und materiell besser zu entlohnen ... Es ist notwendig, die Privatisierung des Gesellschaftseigentums, sowie Korruption, Bestechung, Privilegien und ähnliches entschlossen auszurotten und entsprechende gesetzliche und sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sie zu bekämpfen.“

(Aus den Berichten der Kommissionen und der Resolution des III. Selbstverwalterkongresses vom 16. – 18.6. in Beograd. In „Sozialismus in Theorie und Praxis“, 6-7/81)



Löwe der Wüste

Guter Film über den libyschen Befreiungskampf und seinen Führer Omar El-Mukhtar

1911 führt Italien Krieg gegen das Osmanische Reich. Libyen fällt Italien zu. Die arabischen Stämme erheben sich gegen die italienischen Imperialisten. 1914 erzielen sie große Erfolge. Libyen ist größtenteils befreit. 60000 Soldaten halten einige Küstenstädte besetzt. Italien ist zu diesem Zeitpunkt den alten Kolonialmächten Frankreich und England industriell weit unterlegen. Italien unterjocht Völker und Staaten, um den Kapitalisten Absatzmärkte zu verschaffen. Siedlerregimes werden errichtet, auch um wichtige Rohstoffquellen erschließen zu können. 1920 werden die italienischen Kolonialisten aus Albanien vertrieben. 1922 übernehmen die Faschisten in Italien die Macht.

Der Film „Der Löwe der Wüste“ erinnert an die großen Opfer, die der Befreiungskampf in Libyen gegen den italienischen Kolonialismus ertragen hat. Die Handlung beginnt 1929. Mussolini schickt General Graziani nach Libyen, um den Widerstandskrieg der Senussi niederzuwerfen und die Gewaltherrschaft im südlichen Libyen zu errichten. Seit zwanzig Jahren hat die mohammedanische Bruderschaft Senussi mit ihrem militärischen Führer Omar Mukhtar und tripolitanischen Nationalisten einen erfolgreichen Widerstand geführt.

Auch Graziani bekommt das zu spüren. Ein Trupp seiner Armee folgt den Kriegern Omar Mukhtars in die Wüste, weil sie sich in einem Gefecht

im „offenen Feld“ technisch überlegen fühlen. Omar Mukhtar hat eine eingegrabene Schützenkette gegen die heranrückenden Italiener in der Wüste aufgestellt, die den Trupp überrascht, angreift und vernichtet.

Graziani geht zum offenen faschistischen Terror über. Um die Befreiungsorganisation von den Volksmassen zu trennen, wird die Bevölkerung der Hauptstützgebiete in Konzentrationslager zusammengetrieben. Ohne Vieh und Weideland in tausenden Zelten leben die Nomaden in den Konzentrationslagern. Im Film wird durch Dokumentaraufnahmen an die Wirklichkeit erinnert und gleichzeitig der realistische Handlungsablauf des Filmes bestärkt.

Graziani bereitet einen Feldzug in die südöstlich gelegene Oase Kufra vor, die seit 1895 Hauptsitz der Senussi ist. Von hier werden die Truppen Omar Mukhtars mit Waffen und Lebensmitteln versorgt. Um Zeit zu gewinnen, da Graziani neue Panzer und zusätzliche Truppen versprochen sind, nimmt er Verhandlungen mit Omar Mukhtar auf, der das Manöver aber durchschaut und sich von der Forderung nach Abzug der Kolonialisten nicht abbringen läßt. Omar Mukhtar kann mit seinen Soldaten den Angriff auf Kufra nicht verhindern, die Überlegenheit ist zu groß. Sie weichen dem Angriff aus. Kufra wird vernichtet, tausende Bewohner werden ermordet. Omar Mukhtars Truppen

eröffnen im Norden den Angriff, vernichten Stützpunkte der Italiener und erbeuten Waffen und Sprengstoff. Dann ziehen sie sich in die Berge zurück und erwarten die faschistischen Truppen Grazianis.

Graziani glaubt Omar Mukhtar mit schwerer Artillerie in den Bergen vernichten zu können. Omar Mukhtar lenkt das Kriegsgeschehen auf ein von den Senussi mit Dynamit „vermintes“ Schlachtfeld. Die italienischen Truppen und ein Teil der neuen Panzer werden vernichtet.

Auf Vorschlag Grazianis läßt Mussolini einen 400 km langen Schutzwall mit Stacheldraht an der Ostgrenze Libyens nach Ägypten errichten, der die Truppen Omar Mukhtars von jeglichem Nachschub abschneiden soll. Die Truppen Mukhtars müssen die Berge verlassen, weil der Nachschub ausbleibt. Dabei werden die Truppen angegriffen und geschlagen. Omar Mukhtar wird gefangen genommen und im Konzentrationslager in Bengasi vor tausenden Gefangenen hängt.

Der Film der „Löwe der Wüste“ ist nicht nur eine wirklichkeitstreue Verfilmung des libyschen Befreiungskampfes, sondern auch Angriff auf all jene reaktionären Positionen, die die Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt bei verschiedenen Gelegenheiten in Frage stellen. So erst kürzlich bei den US-Seemanövern im Mittelmeer.

„Zombies“ – der Mensch wird zur Bestie

Der italienisch-spanische Film „Großangriff der Zombies“, ein weiteres bluttriefendes und inhaltarmes Opus der „Zombie“-Fließband-Filmproduktion, rankt sich um das reaktionäre Thema von der „Bestie im Menschen“, dazu ein Schuß ökologisch getönter Weltuntergangsphilosophie. Die Handlung: In einem Nuklearzentrum ist ein Reaktor explodiert. Die freiwerdende radioaktive Strahlung tötet aber nicht alles Leben im Umkreis, sondern verwandelt die Menschen in „Zombie“-Bestien, die übermenschliche Kräfte haben und deren Körperzellen und -funktionen auch durch Maschinengewehrfeuer nicht zerstört werden können. Wie bei den Vampiren regt frisches Menschenblut die Lebensgeister der Zombies an. Zur Beschaffung desselben machen sich die Zombies vom Nuklearzentrum auf in die nächste Millionenstadt und veranstalten dort ein Massaker, das bis zum Ende des Filmes geht. Die Staatsmacht verhängt den Ausnahmezustand, aber auch der Einsatz der Armee kann die Zombie-Invasion nicht stoppen, obwohl Scharfschützen zahlreiche Zombies außer Gefecht setzen, deren Gehirne dekorativ umherspritzen. Denn jeder Mensch, von dessen Blut die Zombies getrunken haben, wird auch zum Zombie. Ein Journalist, zusammen mit seiner Frau auf der Flucht, philosophiert tiefsinnig über den Fortschritt der Menschensehnsucht, der den unaufhaltsamen Untergang in sich birgt. Die Mutation zur Bestie kann nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden.

Moewig verherrlicht Karriereritter Rommel

Zum Zweck der Verherrlichung führender Persönlichkeiten des Hitler-Faschismus benutzt Moewig Autoren aus dem angelsächsischen Raum, wovon genug geeignete da sind, weil in diesen Ländern die politische Führung im Kampf gegen den Hitler-Faschismus in der Hand der herrschenden Klasse geblieben und die Kritik mit Bewunderung der „Leistungen“ der deutschen Monopolbourgeoisie gepaart war. Der für die Abfassung des 400-Seiten-Werkes „Das Afrika-Korps“ aufgetatene britische Offizier Macksey umschreibt das Hakenkreuz als „Balkenkreuz“; offen-

sichtlich um die Assoziation von Leichengeruch zu vermeiden, die bei Nennung unvermeidlich wäre. Und danach darf Rommel nicht riechen. Folgt man Macksey, so war die Bindung so großer Truppenmassen durch so –relativ – geringe Kräfte Ergebnis von Rommels Genie. Macksey übersieht den Kampfauftrag, den Rommel von Hitler hatte. Hitler entschloß sich zur direkten militärischen Unterstützung des italienischen Faschismus in Nordafrika, um die Südostflanke des Aufmarsches gegen die Sowjetunion bis zu deren, damals noch für bald erwartetem, militärischen Zusammenbruch klar zu halten.

Rommel, vom Frankreichfeldzug her als risikofreudiger Panzerschläger bekannt, erhielt den Auftrag, möglichst umfangreiche Feindkräfte zu binden. Der Auftrag, ein ganzes Korps möglichst langsam und wirkungsvoll zu verheizen, bot militärtaktische Entfaltungsmöglichkeiten. Expeditionstruppen hängen wegen der ungesicherten rückwärtigen Verbindung besonders stark von ihrer Führung ab. Wohin flüchten, desertieren, sich auflösen? Zum höheren Zweck genialischen Menschenverbrauchs konnte Rommel eine gewisse Kritik am obersten Feldherrn und Führer in Kauf nehmen: Klagen über Nachschub, die Verbündeten usw. usf. So hatte die Truppe ihre Generalspapafigur zum Liebhaben, der Führer hatte seinen General, der tat, was nötig war, Rommel hatte nach einiger Zeit seinen Feldmarschall in der Tasche, und die Traditionspflege hat auch was: Wie man als Soldat für eine ungerechte Sache militärtaktisch elegant zu verrecken hat.

Tanzanisches Dorf gegen Kolonialherrn

In seinem 1971 in Tanzania erstmals veröffentlichten Buch „Blutendes Land“ erzählt Ismael R. Mbise, Sohn eines schwarzen Predigers, die Geschichte seines Dorfes am Fuße des Kilimanjaro-Gebirges. Eindringlich schildert er das Vordringen der weißen Siedler und der Missionare ins Gebiet des Meru-Volkes, beschreibt, wie den Meru das fruchtbare Land, ihre Lebensgrundlage, geraubt wird, wie erst die deutschen und dann die britischen Imperialisten die kulturelle Identität und die kollektiven Produktions- und Lebensformen der Meru zerstören. 1896, im „Zeitalter der Keulen und

Speere“, können die Krieger des Dorfes die deutschen Eroberer noch verjagen. Die Erinnerung an die verhaßte deutsche Kolonialmacht ist so tief eingegraben im Bewußtsein des tanzanischen Volkes, daß Mbise notiert: „General Lettow-Vorbeck brauche ich wohl niemandem vorzustellen.“ Aber in immer neuen Wellen dringen Siedler auch ins Meru-Gebiet ein, rauben Stammesland und zwingen die Meru, die hochentwickelte Landwirtschaft betreiben, zur Lohnsklaverei auf den Farmen. Dafür sorgt zunächst nackte Gewalt, dann zunehmend wirtschaftlicher Zwang. Nach dem zweiten Weltkrieg, im „Zeitalter der Vereinten Nationen“ (Mbise), beschließt die britische Regierung, die Meru ganz aus dem Dorf Engare Nanyuki zu vertreiben und „dieses Land für die Entwicklung der ganzen Nation“ zur Verfügung zu stellen. Dagegen mobilisiert die noch halbwegs intakte Dorfgemeinschaft, nimmt Verbindung zu anderen Meru-Dörfern und zu den kenianischen Freiheitskämpfern auf, appelliert (erfolglos) an die UNO. Im Herbst 1951 brennen Truppen das Dorf nieder und ermorden 64 Menschen. „Mein wichtigstes Ziel in ‚Blutendes Land‘ ist es zu versuchen, die Gefühle der Unterdrückten auszudrücken. Die Erfahrungen der Meru-Leute stellen nur einen Fall dar, in dem die Saat der Ausbeutung unter dem Deckmantel der ‚Entwicklung‘ gesät wurde ... Die Gefühle führen zum Bewußtsein, und das Bewußtsein führt zu Unzufriedenheit, die im Kampf des Volkes gipfelt. Der Kampf um Befreiung.“ Zur Fortführung des Befreiungskampfes, gegen neokoloniale Abhängigkeit, für soziale Umwälzungen, ruft Mbise auf.

Ismael R. Mbise, Blutendes Land, Ullstein-TB 20166, DM 5,80



MAK-Werte

Wem bieten sie Schutz? Kapitalisten oder Arbeitern?

Alljährlich stellt eine Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Liste der MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatzkonzentrationswerte) auf. Definiert hat die Kommission diese Werte als die „höchstzulässige Konzentration eines Arbeitsstoffs als Gas, Dampf oder Schwebstoffe in der Luft am Arbeitsplatz, der nach dem gegenwärtigen Stand der Kenntnis auch bei wiederholter und langfristiger, i. d. R. täglicher 8-stündiger Exposition, jedoch bei Einhaltung einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden (in Vierschichtbetrieben 42 Stunden, je nach Woche im Durchschnitt von vier aufeinanderfolgenden Wochen) im allgemeinen die Gesundheit der Beschäftigten und deren Nachkommen nicht beeinträchtigt und diese nicht unangenehm belästigt.“ (Deutsche Forschungsgemeinschaft 1980)

Strenggenommen müßten sich also bei Überschreitung der 40-Stundenwoche die MAK-Werte ändern. Es ist dem aber nicht so. Die strenge Wissenschaftlichkeit der Senatskommission erhellet sich auch aus der Tatsache, daß bei der Festlegung der Höchstwerte von Schadstoffen die zugrundegelegte 40-Stundenwoche bei Kontschicht selbstredend nicht gilt. Bis 1979 war die 42-Stundenwoche in der chemischen Industrie bei Kontschicht noch tariflich geregelt. Daß sämtliche Chemiemonopole in der Senatskommission Sitz und Stimme haben (die gesamte Kommission wird von Vertretern der großen Industrie beherrscht), zahlte sich nicht nur bei diesen Festlegungen aus.

Werden in einem Betrieb oder an einem Arbeitsplatz die MAK-Werte unterschritten, ist dann eine gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter ausgeschlossen?

Gegen diese Behauptung der Kapitalisten lassen sich folgende Argumente ins Feld führen:

1. MAK-Werte sind Durchschnittswerte, bezogen auf einen 8-stündigen Arbeitstag. Sie lassen keine Aussagen zu über kurzfristige höhere Konzentrationen von Schadstoffen. Z. B. kann bei gefährlichen Gasen eine kurzfristig höhere Konzentration ganz andere Schäden bei Menschen hervorrufen, als eine gleichmäßig niedrigere über 8 Stunden.

2. MAK-Werte berücksichtigen lediglich die Einwirkung von Schadstoffen über die Atemwege. Andere für den menschlichen Organismus schädlichen Wirkungen der Stoffe (z.B. Ätzungen) bleiben unberücksichtigt. Auch über das Auftreten von Allergien lassen die MAK-Werte keine Schlüsse zu.

3. MAK-Werte lassen lediglich Aussagen zu über die Einwirkung des reinen Stoffs. In der Praxis sind es aber meist mehrere Stoffe, die auf den Arbeiter einwirken. Außerdem setzen MAK-Werte voraus, daß sich der Körper nach einer achtstündigen Einwirkung 16 Stunden von dieser Einwirkung erholen und reinigen kann, was in der Praxis einer Großstadt nur schwer möglich sein dürfte.

4. MAK-Werte berücksichtigen nicht, daß die Belastung durch Schadstoffe in Verbindung mit anderen Belastungen am Arbeitsplatz auftreten, als da sind: Schicht- und Akkordarbeit, Arbeit bei Hitze oder Lärm. Es liegt aber auf der Hand, daß die Abwehrbereitschaft des Körpers bei Nacharbeit oder bei Lärm sich ändert oder sinkt, auch wenn es darüber bis jetzt keine wissenschaftlichen Untersuchungen gibt.

5. Nur bei einer geringen Zahl der gegenwärtig 800 in der Liste aufgenommenen Stoffe liegen überhaupt hinreichende toxikologische (giftkundliche) Befunde vor. Wie ist dann die Kommission wohl zu einer Festlegung von Grenzen gekommen, bei Stoffen, die gar nicht ausreichend untersucht sind?

6. Nicht zuletzt, sondern für die Betriebsräte und Gewerkschaften zu allererst, sprechen die Erfahrungen der Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben dagegen, daß die Unterschreitung der MAK-Werte gesundheitlichen Schutz bietet.

7. Die Methode, mit der bei Messungen in den Betrieben die Werte gewonnen werden, muß beachtet werden. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie mißt üblicherweise an einem repräsentativen Arbeitsplatz, also gerade nicht dort, wo kurzfristige Spitzen auftreten. Aus dieser dann meist einstündigen Messung werden dann Langzeitwerte errechnet.

Es gibt also genug Gründe, sich nicht auf die Behauptung der Kapitalisten einzulassen, daß die Unterschreitung der MAK-Werte bereits einen Schutz für die Arbeiter darstellt, auch wenn das Bundesministerium für Arbeit diese Liste in den Rang einer gesetzlichen Verordnung hebt.

Der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke hat sich diese Aufgabe gestellt. Er hat von den HAW-Kapitalisten Aufklärung darüber verlangt, wie sich die Konzentration bestimmter Schadstoffe zu jeder Zeit des achtstündigen Arbeitstages verhält. Der Betriebsrat verlangt deshalb alle bei Schadstoffmessungen gewonnenen Einzelwerte. Er hat dies mit den hier angeführten Argumenten vor der Belegschaft und gegenüber den HAW-Kapitalisten begründet.

Sofort hat die Geschäftsführung die Schotten dicht gemacht und die Herausgabe aller Werte verweigert. In dieser Angelegenheit führt der Arbeitsring Chemie das Zepher, der der Geschäftsführung untersagte, auch nur einen einzigen Einzelwert rauszurücken. Jetzt steht die Geschäftsführung dumm da, hatte sie doch vorher lauthals behauptet, sie hätte gar nichts zu verbergen. Es sind wohl eher die Kapitalisten, die sich durch die Aufstellung der MAK-Werte Schutz vor Ansprüchen der Arbeiter auf Entschädigung versprechen.

Polnische Kirche

Bischöfe entwickeln Überlebens-taktik für das Christentum

Gleich nach ihrer Einsetzung 1945 hob die provisorische polnische Regierung das Konkordat auf, das 1925 zwischen Polen und dem Vatikan abgeschlossen worden war. In den folgenden Jahren führten die wechselnden polnischen Regierungen zwar mehrere heftige Angriffe gegen die katholische Kirche durch und ergriffen Maßnahmen zur Beschneidung ihrer Macht. In der Folge zogen sie es jedoch immer vor, sich die Unterstützung der Kirche beim Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung zu sichern und sie Stück für Stück in ihre angestammten Rechte und ihren Besitzstandiedereinzusetzen.

1946 erkannte sie neben der katholischen Kirche weitere 25 Religionsgemeinschaften an unter dem Grundsatz der Gleichberechtigung, was die Kirche zum Schäumen über den Einfluß der „Sekten“ brachte. Sie folgte zunächst dem 1949 vom Vatikan erlassenen Dekret gegen den Kommunismus, eine Art Unvereinbarkeitsbeschluß, in dem diejenigen, die sich mit Verteidigung oder gar Propagierung des Kommunismus befassen, mit Nichtzulassung zu den Sakramenten oder mit Exkommunikation bedroht wurden. Im Gegenzug begann die polnische Regierung mit der Verstaatlichung der katholischen Krankenhäuser und der Auflösung der katholischen Vereine. 1950 verstaatlichte sie die mächtige Caritas.

Die polnische Kirche änderte ihren Kurs, nachdem im März 1950 der kirchliche Grundbesitz entschädigungslos enteignet worden war. Schon einen Monat später schlossen die polnischen Bischöfe ein Abkommen mit der polnischen Regierung ab, das ihre Beziehungen untereinander regelte unter der Voraussetzung, daß die polnische Regierung „auf dem Standpunkt einer Achtung der Religionsfreiheit steht“ und der Episkopat „das Wohl der Kirche und das gegenwärtige polnische Staatsinteresse vor Augen hat“. Die Bischöfe verpflichteten sich, die Lohnabhängigen zur Arbeit anzuhalten und die Gläubigen „über die Achtung der Gesetze und der Staatsgewalt zu belehren“.

Die polnische Regierung suchte die Bischöfe zur Sicherung der Oder-Neiße-Grenze einzusetzen, was aber auf eine Stärkung der Kirche hinauslief. Gern erklärten sich die Bischöfe bereit, sich für die Ordnung der Kirchenangelegenheiten in den Westgebieten einzusetzen. „Ausgehend von der Voraussetzung, daß die neu gewonnenen Gebiete einen untrennbaren Teil des polnischen Staates bilden, wird sich das Episkopat an den Heiligen Stuhl wenden mit der Bitte, daß die kirchlichen Administraturen, deren Verwalter die Rechte von residierenden Bischöfen innehaben, in ordentliche bischöfliche Ordinariate umgewandelt werden.“

In diesem Punkt wurde zwar Einigung mit der polnischen Regierung erzielt, nicht aber mit dem Vatikan. Dieser stellte sich vorerst quer, weil er die Anerkennung der polnischen Westgrenze nicht wünschte. Er lehnte die Vereinbarung ab. Erst 1972 wurden durch eine Enzyklika Pauls VI. fünf neue Bischofssitze in den Westgebieten geschaffen. Damit wurde auch eine Quelle des Krachs zwischen der westdeutschen und der polnischen Geistlichkeit verstopft. Im Abkommen von 1950 hatte es geheißen: „Der Episkopat wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten der polenfeindlichen Tätigkeit entgegenstellen, namentlich dem antipolnischen und revisionistischen Auftreten eines Teiles der deutschen Geistlichkeit.“

Die Bischöfe erlangten offenen Zugang zum staatlichen Bildungswesen, indem im Abkommen bekräftigt wurde, daß in den Schulen Religionsunterricht durchgeführt werden konnte und dieser keineswegs auf die Tätigkeit der religiösen Vereine außerhalb der Schule beschränkt wurde, wo die Organisation, Finanzierung und Rekrutierung von der Freiwilligkeit der Kirchenmitglieder abgehängt hätte. Vielmehr war der Religionsunterricht Teil des Lehrplans, wenn auch nicht obligatorisch. Die Lehrpläne sollten durch die Schulbehörden gemeinsam mit Vertretern des Episkopats aufgestellt werden.

Die Erhaltung der bestehenden katholischen Schulen wurde zugesichert, ebenso die Tätigkeit der Katholischen Universität in Lublin. Der katholischen Presse und den katholischen Verlagen wurde Gleichberechtigung mit anderen Verlagen zugesagt, also z.B. Zuteilung von Papier.

Der Zugang der Kirche zu staatlichen Einrichtungen blieb nicht auf die Schulen beschränkt, wenn dies auch wegen des Einflusses auf die Jugend am schwerwiegendsten war, sondern sie erhielt auch Wirkungsmöglichkeiten in Einrichtungen, in denen es den Menschen schlecht geht und sie sich Unterstützung wünschen, also in den Strafgefängnissen und in den Spitälern. Versprochen wurde weiter eine finanzielle Subvention durch den Staat. Die Regierung sagte, sie wolle bei der Durchführung des Gesetzes „über die Übernahme der Güter der toten Hand durch den Staat“ die Bedürfnisse der Bischöfe und Institutionen prüfen: „Der Kirchenfonds wird entsprechende Summen den Ordinarien der Diözesen zur Verfügung überweisen.“

Ihre Stellung konnte die katholische Kirche 1956 ausbauen. Der Platz des Religionsunterrichts in den Schulen wurde abgesichert: „Die Schulbehörden sind verpflichtet, durch entsprechende Aufstellung des Stundenplans eine Teilnahme am Religionsunterricht zu ermöglichen. Die Lehrer für Religionsunterricht werden von den Schulbehörden im Einvernehmen mit den Kirchenbehörden berufen. Die Religionslehrer werden aus Haushaltsmitteln des Ministeriums für Volksbildung bezahlt.“

Damit war die etatmäßige Verankerung der katholischen Erziehung als „Volksbildung“ deklariert und mußte von den Lohnabhängigen wohl oder übel über die Steuer bezahlt werden. Dieser Zwang gegenüber der Arbeiterklasse, für ihre religiöse Unterdrückung zu bezahlen, wurde kaschiert durch die Phrase: „Die Schulbehörden und die Geistlichkeit gewährleisten völlige Freizügigkeit und Toleranz sowohl für alle Gläubigen als auch für die Nichtgläubigen und werden entschlossen allen Erscheinungen der Verletzung der Gewissensfreiheit entgegentreten.“

Die katholische Kirche hat es verstanden, von jedem Regierungswechsel in Polen zu profitieren und weitere Zugeständnisse für sich zu buchen. Eins der Verbrechen Giereks, das feststeht, ist die Wiederherstellung des kirchlichen Eigentums an Gebäuden und die teilweise Aufhebung der staatlichen Kontrolle über die Kirche. Die römisch-katholische Kirche wurde 1971 von der seit 1962 bestehenden Verpflichtung befreit, ihr Budget für die Steuer vorlegen zu müssen. Durch Beschluß des Sejm wurden ihr in den Westgebieten 4 700 Kirchen und 2 200 andere Gebäude übertragen und ihre Mietschuld von 111 Millionen Zloty gestrichen.

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei verzichtete zunehmend darauf, die Kirche ideologisch zu bekämpfen. Vielmehr wurde deren staatstragende Rolle offiziell anerkannt. Gierek äußerte im Oktober 1974: „Sowohl in unserem praktischen Verhalten als auch in unserem Bemühen um die Zukunft werden wir nicht den Versuch machen, die Rolle der Kirche in Polen einzuschränken. Es ist eine Grundvoraussetzung unserer Regierung, daß die Kir-

che eine wesentliche Macht in unserer Nation ist und mithelfen kann, die moralischen Werte und Tugenden beizubehalten, die allen Bürgern gemeinsam sind, ganz abgesehen von ihrem Glauben.“

Zwar war 1961 der Religionsunterricht in den Schulen für illegal erklärt und durch eine Verordnung über die Unterhaltung katechetischer Zentren ersetzt worden. Zwar wurde in der Verfassung die Trennung von Kirche und Staat verankert, aber dieser Anker ist schwach angesichts der reichlichen Versorgung der katholischen Kirche mit Mitteln zur Durchführung ihrer Tätigkeit. Seit dem Sturz Giereks verhandelt die Kirche über die Rückgabe von weiteren Gebäuden und von Grund und Boden.

Wie zum Hohn gegenüber dem prinzipienlos nachgiebigen Zustand der PVAP gegenüber den Forderungen der Kirche wiederholte der erst kürzlich verstorbene Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, sinngemäß die Worte Giereks zur Feier des Höhepunktes seiner Politik, der Eröffnung des Pontifikats eines polnischen Papstes: „Nach schweren Kriegserfahrungen ... appellieren nüchtern denkende Menschen, die die Nation kennen, heute an die Hilfe der Kirche, indem sie sagen: Die Kirche kann mit ihren moralischen Kräften viel Hilfe leisten. Das ist eine tiefe Wahrheit. Wenn wir heute Zeugen sind, daß *der Sieg gekommen ist, der Sieg der heiligsten Mutter*, dann mögen deshalb alle ihre Tugenden ... Eingang finden in unser persönliches Leben.“ Die Hochlobung Woitylas als eines „marianischen Papstes“ enthält ein starkes Selbstlob. Schließlich war es Wyszyński, der in der katholischen Kirche durchsetzte, daß Maria als die Mutter der Kirche anerkannt wurde. Kaum daß die Tradition, einen Italiener zum Papst zu wählen, beendet war, zimmerte er schon an einer „polnischen“ und „marianischen“ Tradition, mit der die Tugenden der dienenden und Gott gehorsamen Mutter auf den Schild gehoben werden. Gleich nach der Papstwahl teilte er mit, die Mutter sei „die Hoffnung für neues Leben – sowohl in der Familie wie auch in der Kirche“. Schon der kurzlebige Vorgänger Johannes Pauls II. sei am Festtag der Muttergottes von Tschestochau gewählt worden, er selber am Festtag der heiligen Hedwig von Schlesien, einer Mutter von sieben Kindern. Die Wahl Woitylas sei „eine Direktive für die Allgemeine Kirche, in welche Richtung sie sich bewegen soll“. Diese Richtung anzugeben, hält er die polnische Kirche mit ihren tausendjährigen Erfahrungen für geeignet. Schließlich hat sie ein Beispiel gegeben, wie die Kirche sich in einem Land, dessen Arbeiterklasse den Weg zum Kommunismus angetreten hat, halten und auf diese Arbeiterklasse Einfluß ausüben, am Ende vielleicht sogar den Kommunismus verhindern kann. „Dieses Band (die lange Verbindung Polens mit der römisch-katholischen Kirche) führte uns in den Kreis der lateinisch-römischen Kultur; diese mächtige Verbindung richtete uns zum Westen aus, so daß Polen, im Zentrum Europas gelegen, mit seiner ganzen Kraft unbezwingbar zum Westen neigt. Und das ist unsere Rettung.“

Mit ihrem Gemische von Nationalismus, reaktionärer Familienideologie und Berufung auf die Geschichte, die als einigendes Band aller Polen dargestellt wird, knüpft die Kirche an das durch historische Erfahrung dem polnischen Volk aufgenötigte Bewußtsein an, daß ständige Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft gegenüber der Aggression der europäischen Großmächte am Platz ist. Die Kirche vollführt eine reaktionäre Wendung, indem sie dazu auffordert, sich auf keinen Fall mit anderen Völkern zu verbinden, während doch das Interesse der Arbeiterklasse ist, sich weltweit zu vereinigen und die Beschränktheit der Nationen zu überwinden. Der Primas sagte z.B. 1974 in einer Ansprache zum Todestag des Priesterpädagogen Konarski: „Von anderen Völkern ist kein Heil zu erwarten ... Nein! Das ist ein pädagogischer Fehler mit tödlichen Folgen. Eben deshalb muß die Nation stets den Ehrgeiz haben, an ihre eigenen Kräfte zu glauben.“

Kraft ihrer Übung in Kompromissen mit der polnischen Regierung und ihrer guten Erfahrung, daß bei Verhandlungen für sie immer etwas herauspringt, hat die Kirche ihre Dienste der polnischen Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahren heftig aufgedrängt mit dem Erfolg, daß sie diese behindert in der Verfolgung ihrer sozialen Interessen. Sie hat ihr zu allen Schwierigkeiten noch überflüssige Kämpfe für Zugangsrecht der Kirche zu den Medien etc. aufgehängt. Unentwegt wirkt sie als Fessel der Arbeiterbewegung und läßt selbst noch deren Versuche, den eigenen Kämpfen ein Denkmal zu setzen, zu monumentalen Kreuzen gerinnen.

Kulturpolitik des DGB

Über 100 Kulturinitiativen für eine Kunst gegen die Reaktion

Wir haben im letzten Heft der Politischen Berichte darüber berichtet, wie die DGB-Kulturinitiative Frankfurt Theater und Lieder gegen die Reaktion singt und spielt. Solche Kulturinitiativen gibt es nicht nur in Frankfurt, sondern überall in der BRD. Zwischen 1976 und 79 haben sich die Kulturgruppen verdreifacht. 1979 gab es schon über 100 gewerkschaftliche Kulturgruppen.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Kunst, die vorgibt, überparteilich zu sein, sind diese Gruppen bewußt parteilich. Die DGB-Abteilung Kulturpolitik schreibt in ihrer 1980 herausgegebenen Bestandsaufnahme der gewerkschaftlichen Kulturarbeit: „Gewerkschaftliche Kulturarbeit ist Teil der Gewerkschaftsarbeit. Ihr Inhalt sind die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer.“ Das ist ein wichtiger Fortschritt gegenüber früherer Zielsetzung. Im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 war davon nicht die Rede. Dort hieß es: „Die menschliche Gesellschaft bedarf der Kunst zu ihrer kulturellen Existenz und Entwicklung. Dies gilt mit besonderer Dringlichkeit für die Industriegesellschaft unserer Zeit, die sonst im Technischen geistig erstarren und im Materiellen verflachen würde. Kunst muß frei sein. Sie darf nicht einer Minderheit vorbehalten bleiben. Dem sozialen Auftrag der Gewerkschaften entspricht die Forderung, künstlerische Werke aus Vergangenheit und Gegenwart allen zugänglich zu machen.“

Ziel ist also, die künstlerischen Werke allen zugänglich zu machen. Diese Zielsetzung hat sich u.a. niedergeschlagen in sozialdemokratischen Kulturprogrammen für Städte, wie z.B. Hannover, wo der sozialdemokratische Stadtrat in den 60er und 70er Jahren ein Straßenkunstprogramm „Kunst für alle“ in die Welt gesetzt hat, wo jeder mal drehen und anfassen durfte und was bei allen Interessierten einen eher faden Geschmack im Mund hinterlassen hat. Genauso war die Folge, daß die sozialdemokratischen Stadträte sich eingesetzt haben für erschwungliche Eintrittspreise in öffentlichen Kultureinrichtungen, natürlich eine positive Sache. 1981 hat der DGB-Bundeskongreß die Zielrichtung im Grundsatzprogramm im Abschnitt Kunst und Kultur verändert. Dort heißt es jetzt: „Die Kulturpolitik der Gewerkschaften dient dem Ziel, kulturelle Initiativen der Arbeitnehmer zu fördern und ihnen die Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen. Kunst und Kultur müssen sich in einem Klima geistiger Freiheit und unbeeinträchtigt von staatlicher Bevormundung und jeder Form von Zensur entfalten können. Kunst und Kultur dienen der schöpferischen Entfaltung des Menschen und dürfen nicht einer Minderheit vorbehalten bleiben.“ Die jetzige Fassung hat sich durchgesetzt auf der Grundlage von zahlreichen Initiativen, die in der Gewerkschaft angefangen haben, ihre Interessen, die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung zum Gegenstand der Kunst und Kultur zu machen und sich nicht damit zu begnügen, daß die bürgerliche Kunst aus dem Museum oder der Galerie auf die Straße transportiert wird und man sie dann dort anfassen kann.

Die 117 Kulturgruppen, die 1979 existierten, teilen sich wie folgt auf: 37 Songgruppen, 8 Chöre, 4 Kabarettgruppen, 28 Theatergruppen, 4 Song-/Kabarett- und Theatergruppen, 20 Foto-, Film- und Videogruppen, 4 Volkstanz- und Folkloregruppen, 5 instrumentale Musikgruppen, 4 Literaturgruppen, 3 Mal- bzw. Grafikgruppen. Einige Gewerkschaftsgruppen arbeiten auch zusammen mit dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Die Höhepunkte der kulturellen Arbeit sind zumeist der 1. Mai, der Antikriegstag am 1.9. und seit 1979 auch die Pfingstjugendtreffen der DGB-Jugend.

Am stärksten wird nach der Aussage des DGB die Kulturarbeit von der Jugend getragen, aber nicht nur, es gibt auch Initiativen, die von älteren Gewerkschaftsmitgliedern getragen oder unterstützt werden. Probleme gibt es in den ländlichen Gebieten, wo es weniger Kulturgruppen gibt. Die Abteilung Kulturpolitik beim DGB arbeitet darauf hin, daß sich mehr Künstler an der Kulturarbeit des DGB beteiligen, damit sie zusammen mit den Laienkünstlern das Niveau der Kulturarbeit heben. Weiter tritt sie dafür ein, daß die Gewerkschaften sich stärker in der kommunalen Kulturpolitik engagieren.

Lohnskalabelegung in den Unterbranchen der Metallindustrie

Da für die metallverarbeitende Industrie inzwischen weithin Forderungen mit Festgeldkomponenten aufgestellt sind, ist von aktuellem Interesse, welche Bedeutung diese Forderungskomponenten in ihren verschiedenen Unterbranchen haben. Der Betrachtung dieses Problems dienen die nebenstehend abgedruckten graphischen Darstellungen, die auf folgenden Berechnungen beruhen:

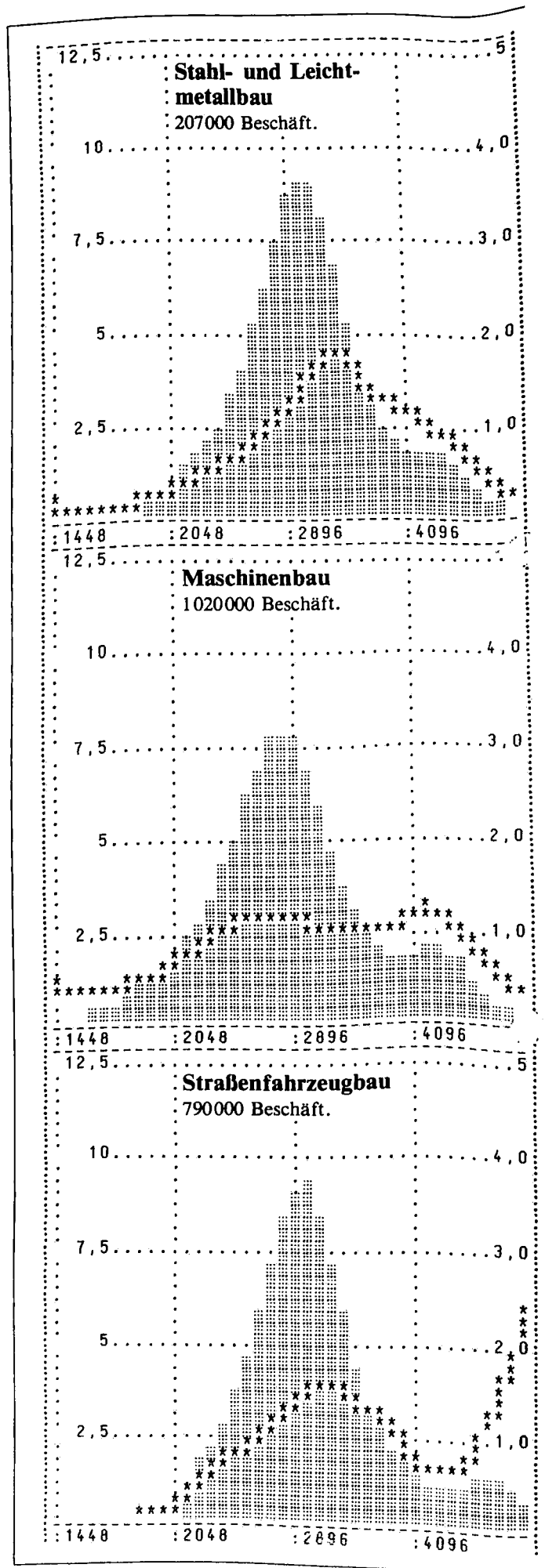
– Die gerasterten Säulen stellen die Verteilung der Beschäftigten der jeweiligen Branchen in logarithmischen Lohnklassen dar. Alle Säulen aufeinandergestellt ergeben 100% der jeweiligen Beschäftigtenzahl. Die links ausgeführte Skala ergibt, wieviel Prozent der Beschäftigten in je einer Lohnklasse zu finden sind. Die an der Waagerechten ausgeführte Beschriftung ergibt, welcher DM-Betrag für die jeweilige Lohnklasse zutrifft. Die Klassen sind durch Multiplikation je mit der zwanzigsten Wurzel aus 2 gebildet, d.h. sie sind rund „3,5% breit“.

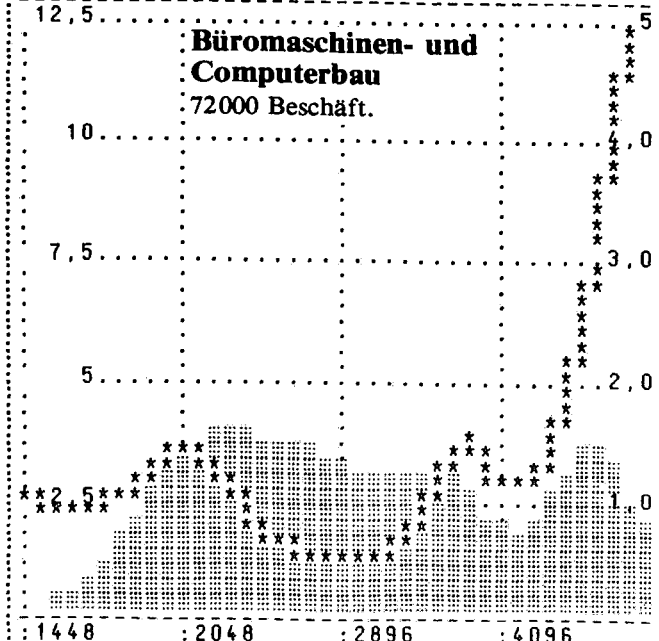
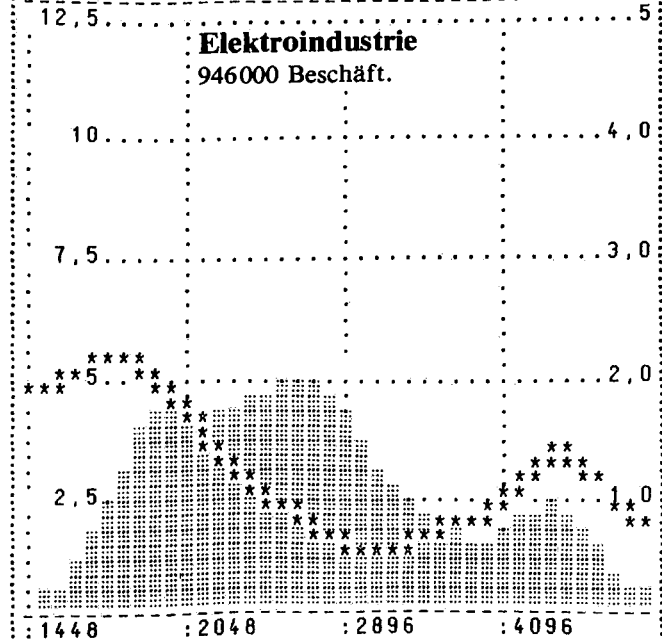
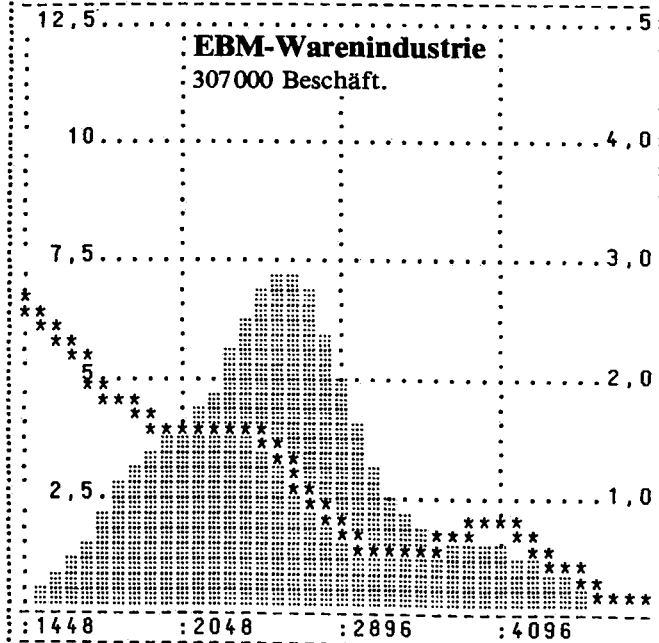
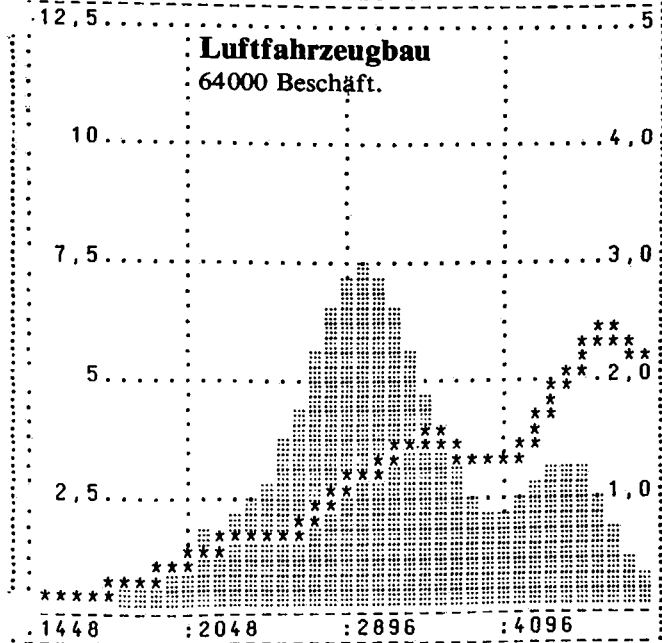
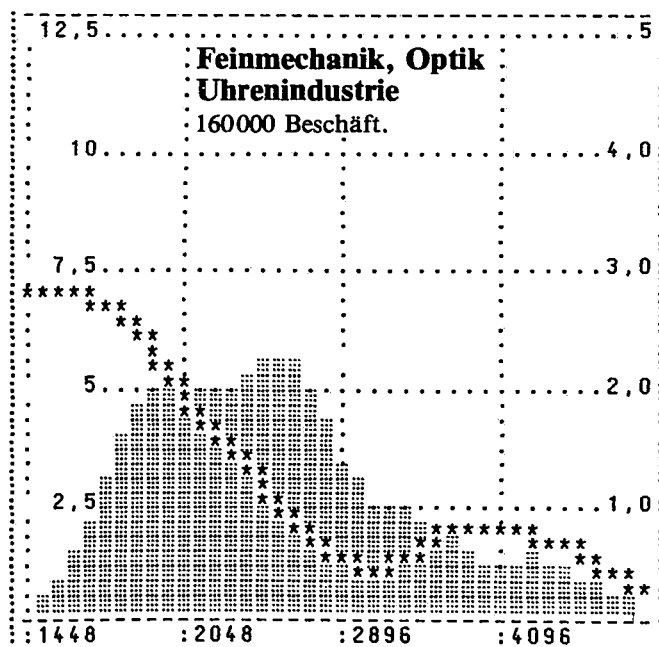
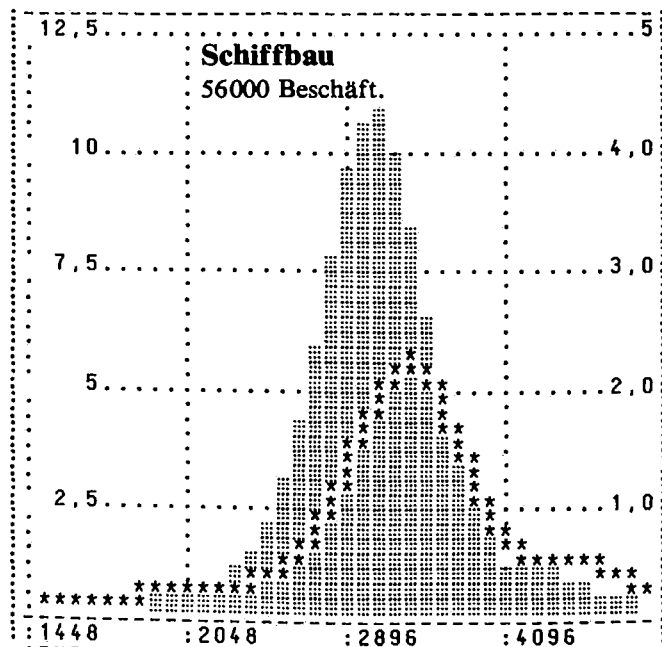
– Die aus den Sternchen gebildete Linie kommt so zustande: Wenn z.B. im Maschinenbau über der mit 2896 DM ausgewiesenen Lohnklasse rund 7,5% der Gesamtbeschäftigten im Maschinenbau zu finden sind und wenn für die Verteilung der gesamten metallverarbeitenden Industrie sich in dieser Lohnklasse ebenfalls 7,5% der Gesamtbeschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie finden, dann ergibt sich $7,5\% : 7,5\% = 1$, d.h. die Belegung dieser Lohnzone im Maschinenbau entspricht dem Durchschnitt in der metallverarbeitenden Industrie. Die rechts auf der Senkrechten angelegte Skala gilt also für die Sternchen und weist aus, ob die entsprechende Lohnklasse verglichen mit der ganzen metallverarbeitenden Industrie überdurchschnittlich, durchschnittlich oder unterdurchschnittlich belegt ist. Steht das Sternchen auf der Höhe 2, dann ist die entsprechende Lohnzone in dieser Branche doppelt so stark belegt wie in der Gesamtindustrie, steht das Sternchen auf Höhe 0,5, dann bloß halb so stark.

Aus diesen Berechnungen ergibt sich, daß die Festgeldkomponenten am gewichtigsten für die Elektroindustrie, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, die Feinmechanik, Optik und Uhrenindustrie sowie im Büromaschinen- und Computerbau wirksam werden.

Seitens der Kapitalisten sind die hauptsächlichen Gegner die großen Monopole der Elektroindustrie. Die EBM-Warenindustrie besteht großteils aus sog. „mittelständischen Unternehmungen“, konkret aus Zulieferbetrieben. Die großen Kapitale überlassen ihnen jene Arbeiten, die mit unstemem Volumen anfallen und sich rationaler Produktion auf größten Maßstab stark entgensperren. Da die Existenz dieser Kapitalien nicht selten von ein, zwei Großkunden abhängt und da diese Großkunden die Preise deswegen stark drücken können, wird man aus diesem Bereich Klagen hören, die sich aus den Bilanzen der jeweiligen Betriebe gut begründen lassen. Indessen würde die Durchsetzung starker Festgeldkomponenten bewirken, daß die „Großkunden“ aufhören müßten, die Kleinspreise zu zahlen, die jetzt zur Rechtfertigung der übelsten Knochenbrecherei herhalten müssen. Bei einer allgemeinen Anhebung der Niedrigstlöhne würde diesen Monopolen gar nichts anderes übrig bleiben, sie stützen sich auf die Zulieferindustrien, gerade weil sie selber gar nicht billig können.

Besonders hervorzuheben ist aber die Entwicklung auf dem Sektor der Elektroindustrie sowie des – mehr oder weniger – dazugehörigen Büromaschinen- und Computerbaus. Dort zeigt sich eine deutliche Überbelegung der höchsten Gehaltszonen und gleichzeitig eine Überbelegung niedrigster Lohnzonen. Die Herausbildung der Überbelegung der höchsten Gehaltszonen kommt durch die in diesen Industrien ablaufende Umwälzung der Technik zustande. Diese Umwälzung verlangt im ersten Stadium eine große Zahl von vielseitig einsetzbarem Fachpersonal. Gleichzeitig deutet sich aber an, daß diese moderne Technik, kaum serienreif, neue Schinderarbeiten auszuschneiden beginnt, so stumpfsinnig, daß sie zu den niedrigst tarifierten Arbeiten überhaupt gehören. Im Zustand dieser Industrien findet sich also ein Vorgeschmack auf die Zukunft, der den Kampf gegen die Entlohnung zu Niedrigstlöhnen zu einer Aufgabe macht, die wachsende Bedeutung für einen wachsenden Personenkreis hat.





FDGO

CDU/CSU will den „inneren Frieden“ durch Abschreckung



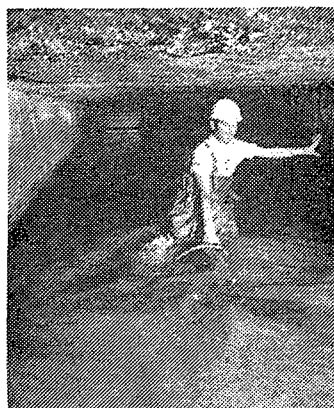
In den Landtagswahlen 1982 will sich die CDU/CSU die Basis für die brutale Unterdrückung der Klassenkämpfe verschaffen. Der „innere Friede“ und die „innere Sicherheit“ seien gefährdet, weil „soziale Mißstände und Fehlentwicklungen ... zum Vorwand für fortdauernde Rechtsverletzungen genommen werden“. Der „verbindlichen Werteordnung“ – wer arm ist, dem geziemt Demut – soll mit dem Polizeiknüppel Respekt verschafft werden.

Öffentliche Dienste

Kampf gegen notverordnete Einkommenskürzung und für Tarifierhöhung

Am 19.1. finden die nächsten Gespräche zwischen ÖTV und Regierung über die Absicht der Einkommenskürzung um 1% statt. Der 28.2.82 ist der Kündigungstermin für die Tarifverträge. Der Plan einer dreimonatigen Verschiebung der Erhöhung der Beamtenbezüge ist nicht vom Tisch. Gleichzeitig steht das Forderungsvolumen der IG Metall, und für die ÖTV ändert sich das nötige

Volumen je nach Kürzungen, die die Regierung durchsetzen kann. Die ÖTV versucht, Gegenmaßnahmen gegen die geplanten Einkommensenkürzungen mit den Tarifforderungen und der Kritik an den Fesseln des Beamtenrechts zu verbinden. Wie kann sie die Unterstützung der Lohnabhängigen für Kampfmaßnahmen der Beschäftigten der öffentlichen Dienste sicherstellen?



Kindergärten Hannover

Kürzungen und Privatisierung



Die vorhandenen Kinderkrippen-, Kindergarten- und Spielplätze bleiben bereits länger hinter den Bedarfzahlen der Stadt Hannover zurück. Die CDU-Landesregierung Niedersachsens hat bereits vor zwei Jahren begonnen, die Zuschüsse an die Kommunen für Vorschulkindergartenplätze zu erhöhen und die Zuschüsse für Kindergärten gleichzeitig zu

kürzen. Bei den geplanten „Spar“-maßnahmen im Stadthaushalt 1982 stehen die sozialen Einrichtungen an erster Stelle: durch Erhöhungen der Gebühren, Übergabe städtischer Einrichtungen an „freie“ Träger (Kirchen etc.). Beschäftigte, Eltern, Kinder, Gewerkschaften u.a. haben begonnen, gemeinsamen Widerstand zu organisieren.

Iran

Ohne Agrarreform keine wirtschaftliche Unabhängigkeit

Die schon unter dem Schah-Regime hohen Lebensmittelimporte Irans sind nach der Revolution weiter gestiegen, eine Folge des Steckenbleibens der Agrarreform. Jetzt fördert auch ein Teil der Geistlichkeit eine „islamische Landreform“, während andere Vertreter des herrschenden islamischen Blocks die Unantastbarkeit des Privateigentums verteidigen. Welchen Kurs verfolgt die Regierung, was fordert die Opposition?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich in acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie Nachrichtenhefte: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelausgaben Nachrichtenhefte: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457